



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Zu den Grundlagen materialistischer Staatstheorie.
Der bürgerlich-kapitalistische Staat und
seine historische Konstituierung.

Verfasser

Johannes Pardatscher

angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Mag.rer.soc.oec)

Wien, 2010

Studienkennzahl, lt. Studienblatt: A300
Studienrichtung, lt. Studienblatt: Politikwissenschaft
Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

Inhaltsverzeichnis

0. Einleitung	4
1. Methodische und theoretische Grundlagen	6
1.1. Historischer Materialismus	7
1.1.1. Historischer Materialismus als theoretische und methodische Revolution.....	8
1.1.2. Grundfragen des Historischen Materialismus	11
1.1.2.1. Grundsätzliche Positionen und Kategorien	11
1.1.2.2. Basis und Überbau – ein schwieriges Verhältnis	12
1.2. Methodische Implikationen und Probleme	15
1.2.1. Dialektik bei Hegel, Marx und Engels	15
1.2.2. Grundlinien der Marxschen Methode	18
1.2.3. Dialektik und Determination: Lösungsansätze und Probleme bei Althusser	20
1.2.3.1. <i>Überdeterminierung</i> als zentrales Element der marxistischen Dialektik.....	22
1.2.3.2. <i>Überdeterminierung</i> und Determination <i>in letzter Instanz</i> : ein ungelöster Widerspruch	26
1.2.3.3. Die fehlende Verbindung von <i>materialistischer Dialektik</i> und <i>Historischem Materialismus</i>	28
1.3. Zwischenresümee: Theoretische und methodische Grundlagen einer (historisch-) materialistischen Staatstheorie	34
2. Materialistische Staatstheorie: Debatten, Probleme und Ansätze	37
2.1. Grundfragen und –achsen materialistischer Staatstheorie	37
2.2. Politische Form des Kapitalismus	39
2.3. Staatstheoretische Überlegungen bei Marx und Engels	42
2.4. Die Staatstheorie von Nicos Poulantzas.....	50
2.4.1. Stärken und Schwächen in Poulantzas' Staatstheorie	53
2.4.1.1. Verhältnis von Staat und Ökonomie	53
2.4.1.2. Klassen und Klassenkampf	54
2.4.1.3. Ökonomie und Produktionsverhältnisse.....	55
2.4.1.4. <i>Verdichtung</i> , Kämpfe und Charakter des Staats.....	58
2.4.1.5. Eine allgemeine Theorie des (kapitalistischen) Staats?	61
2.4.1.6. Was ist der Staat denn eigentlich?.....	63
2.4.2. Schlussfolgerungen	63
2.5. „Staatsableitung plus <i>Verdichtung</i> “: eine mögliche Lösung?.....	66
2.6. Zwischenresümee: materialistische Staatstheorie als Voraussetzung einer Theorie der bürgerlichen Revolutionen	69
3. Bürgerliche Revolutionen	72
3.1. Wie die bürgerlichen Revolutionen erklären? Entwicklungsdynamiken und Umbrüche als theoretische Herausforderung	74
3.1.1. Gerstenbergers Überlegungen in <i>Die subjektlose Gewalt</i>	74
3.1.2. Grundachsen einer Kritik an den Thesen in <i>Die subjektlose Gewalt</i>	80
3.2. Theoretische und methodische Überlegungen	87
3.2.1. Grundzüge der Marxschen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise	87
3.2.2. Klassen und Interessen	90
3.2.3. Zwischenresümee: Methodische Überlegungen.....	91
3.3. Die historische Durchsetzung von kapitalistischen Verhältnissen.....	94
3.3.1. Die <i>Dual Revolution</i>	95
3.3.2. Klassen- und Kräfteverhältnisse.....	99

3.3.3. Vom <i>Wiener Kongress</i> zu den 1848er-Revolutionen.....	101
3.3.4. 1848: Revolutionärer Umbruch?	103
3.4.: Zwischenresümee: Bürgerliche Revolutionen zwischen strukturellem Umbruch und bewusstem politischen Akt.....	105
4. Zum Verhältnis von materialistischer Staatstheorie und bürgerlichen Revolutionen.....	110
4.1. Bonapartismustheorie.....	110
4.1.1. Einleitende Überlegungen	110
4.1.2. Bonapartismus als „Regime des Übergangs“	114
4.2. Bonapartismus, bürgerlicher Staat und bürgerliche Revolutionen.....	118
4.2.1. Methodische Überlegungen.....	118
4.2.2. <i>Staat</i> = bürgerlich-kapitalistischer Staat?.....	119
4.2.3. Was bedeutet <i>Form</i> überhaupt? Form und Inhalt.....	120
4.2.4. Staatlichkeit in der Übergangsphase der bürgerlichen Revolutionen	123
4.2.5. Allgemeine staats-theoretische Lehren aus der Bonapartismusdiskussion	126
4.3. Zu den Grundlagen materialistischer Staatstheorie – Ergebnisse	129
Abkürzungsverzeichnis	133
Literaturverzeichnis.....	134

0. Einleitung

„Die historisch-materialistische Theorie bleibt solange unvollständig, als die Gesamtheit der sozialen Formen – die der gesellschaftlichen Arbeit und die des Gemeinwesens – nicht in ihrem Begründungszusammenhang, ihrem wechselseitigen Verhältnis und in ihren Widersprüchen erklärt werden.“¹

Dieses Zitat bietet gewissermaßen den Anfangspunkt dieser Arbeit – und begründet auch die immanente Wichtigkeit einer Staatstheorie innerhalb einer (historisch-)materialistischen Gesellschaftstheorie. Dabei möchte ich zwei – besonders wichtige – Elemente einer (historisch-)materialistischen Theorie des Staats herausstellen: erstens, die theoretischen und methodischen Grundlagen einer solchen und zweitens, die historische Dimension. Diese beiden Elemente stellen, meiner Meinung nach, allerdings gleichzeitig zwei Ebenen dar auf denen die bisherige Debatte wichtige Mängel, wenn nicht sogar Lehrstellen, aufweist. Daher werde ich einen wichtigen Fokus meiner Arbeit darauf legen.

Hinsichtlich des ersten Punktes erachte ich es als notwendig, die theoretischen und methodischen Annahmen und Positionen, die „hinter“ der Staatstheorie stehen, aufzuarbeiten und explizit zu machen. Dabei kommt den Fragen, was den überhaupt eine historisch-materialistische Theorie ausmacht und wie diese „anzuwenden“ ist, entscheidende Bedeutung zu. Ich werde mich dabei Originaltexten von Karl Marx und Friedrich Engels widmen und mich ebenso auf Arbeiten von Michael Heinrich und Luis Althusser stützen.

Die zweite Ebene, die historische Dimension, wird einen weiteren Fokus der Arbeit darstellen. Als zentral erscheint mir dabei gerade die Frage nach der Rolle der historischen Entwicklung für und in einer materialistischen Staatstheorie (mSt). Von Interesse ist dabei ebenso das methodische Problem des Verhältnisses von Theorie und Historie. Ebenfalls beschäftigen wird mich die Problematik von Struktur und Handlung, da diese wenn es um die historische Konstituierung des bürgerlich-kapitalistischen Staats (bkS) und damit die Fassung der bürgerlichen Revolutionen (bR) geht, maßgeblich ist. Dabei werde ich mich vor allem auf zwei Arbeiten stützen. Behandeln werde ich einerseits Heide Gerstenbergers Schrift *Die subjektlose Gewalt*, in der sie ihre eigene Einschätzung der „bürgerlichen Revolutionen“ darlegt und dabei eine eigenständige Theorie dieser Prozesse aufstellt. Die Betrachtungen von Eric Hobsbawm werden andererseits einen wichtigen Bezugspunkt darstellen; da er reichlich Material, sowohl hinsichtlich des Verständnisses der grundlegenden Transformationen und Prozesse, als auch der konkreten historischen Verläufe, bietet.

¹ Hirsch, Joachim: Politische Form, politische Institutionen und Staat, S. 165, in: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.): Politik, Regulation und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. VSA 1994, Hamburg, S. 157-211

Die Arbeit wird sich daher im ersten Kapitel mit den methodischen und theoretischen Grundlagen mSt auseinandersetzen. So sollen die Grundlagen geschaffen werden staatstheoretische Fragen in ihrer ganzen Tiefe zu behandeln. Danach werde ich auf Debatten, Probleme und verschiedene Ansätze der mSt eingehen. Im dritten Teil wird mich die historische Dimension, d.h. die Phase der bR, also die Prozesse der Etablierung bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit, beschäftigen. Im letzten Kapitel werden die Ergebnisse der bisherigen Kapitel zusammengeführt und gemeinsam diskutiert werden.

1. Methodische und theoretische Grundlagen

Den Marxismus gibt es nicht. Die Facetten und die Entwicklungen *des* Marxismus – oder genauer: sich auf den Marxismus berufender theoretischer und praktischer Strömungen – sind reichhaltig und zum Teil sehr unterschiedlich. Gemeinsam ist ihnen allen nur ein, oft sehr unterschiedlich starker, Bezug auf die Werke von Karl Marx (und in viel geringerem Ausmaß Friedrich Engels). Zentraler Gegenstand der Bezugnahme ist dabei meist die Marxsche Theorie der kapitalistischen Produktionsweise (kpW) (*Kritik der politischen Ökonomie*) sowie ein spezifisches Geschichts- und Gesellschaftsverständnis (*Historischer Materialismus*). Solche Anleihen bei Marx (und Engels) sind oft auch mit einer Abgrenzung gegenüber Teilen ihrer Theorie und Werke, sowie gegenüber realen politischen Strömungen, die sich auf den Marxismus berufen (ArbeiterInnenbewegung allgemein, Sozialdemokratie, Stalinismus...) verbunden. Manche TheoretikerInnen nehmen für sich auch eine „Weiterentwicklung“ der marxistischen Theorie in Anspruch – einerseits als Antwort auf Mängel und Fehler in den Ausführungen von Marx (und Engels), andererseits um auf historische Entwicklungen und Veränderungen zu reagieren und diese fassen zu können. Hier stellt sich dann freilich die Frage, was denn nun eigentlich „den“ Marxismus (oder besser: ein marxistisches Theoriegebäude) ausmacht.

Im Folgenden soll also versucht werden eine mögliche Antwort auf diese Frage zu skizzieren und somit gleichzeitig den theoretischen und methodischen Rahmen meiner Arbeit abzustecken. Dabei geht es auch darum, zu klären, einerseits vor welchem theoretischen und methodischen Hintergrund Grundfragen der mSt überhaupt diskutiert werden müssen und andererseits, welche Rolle historische Betrachtungen dabei spielen können und müssen. Letztlich beschäftigt uns hier also auch das Zusammen- und Wechselspiel von Theorie und Historie und die allgemein-theoretische Grundierung mSt.

Um eine Antwort darauf zu ermöglichen, bedarf es einer Auseinandersetzung mit grundlegenden Überlegungen bei Marx (und Engels), gerade hinsichtlich der theoretischen und methodischen Grundlagen. Ich werde also eine skizzenhafte Rekonstruktion des Marxschen Theorie- und Methodengebäudes versuchen. Dabei wird die Darstellung und Interpretation von Originaltexten der beiden „Klassiker“ einen nicht unwichtigen Platz einnehmen.

Diese Klärung soll im Spannungsverhältnis und in Auseinandersetzung mit einigen ausgewählten neueren theoretischen Ansätzen und Versuchen von Weiterentwicklungen vorgenommen werden. Mir geht es dabei in erster Linie darum, den theoretischen und

methodischen Rahmen für die weitere Arbeit abzustecken und verschiedene Problembereiche in den Blick zu bekommen. Es kann sich daher nur um eine skizzenhafte und beschränkte Diskussion handeln; gerade weil es nicht möglich ist, die gesamte, sehr umfassende Debatte erschöpfend zu behandeln. Meine Auswahl an weiterführender Literatur richtet sich dabei auch nach der Pointiertheit und Relevanz für mein Forschungsinteresse.

Ich werde mich einerseits auf die Ausführung von Michael Heinrich stützen, da ich denke, dass bei ihm die Problematik des theoretischen und „philosophischen“ Rahmens des Marxschen Theoriegebäudes solide aufgearbeitet wurde. Andererseits werde ich mich mit den Schriften von Luis Althusser auseinandersetzen. Auch er widmet sich explizit einer Auf- und Ausarbeitung dieses Rahmens und versucht dabei Überlegungen bei Marx und Engels aufzugreifen, zu systematisieren und weiter zu entwickeln. Im Rahmen dieser Arbeit kann freilich keine Aufarbeitung der gesamten Debatte zu diesem Thema geleistet werden. Ich werde mich daher weitgehend auf einige – die genannten – Theoretiker und Argumentationsstränge beschränken.

1.1. Historischer Materialismus

„Die Voraussetzungen mit denen wir beginnen, sind keine willkürlichen, keine Dogmen, es sind wirkliche Voraussetzungen, von denen man nur in der Einbildung abstrahieren kann. Es sind die wirklichen Individuen, ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre eigene Aktion erzeugten.“²

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich die Fülle der Debatten zu diesem Themenkomplex nachzuzeichnen und schon gar nicht sie aufzuarbeiten. Ich werde mich im Folgenden also auf ein paar Kernpunkte konzentrieren. Ich werde sowohl Überlegungen zum Historischen Materialismus („Geschichtsauffassung“) wie zum Dialektischen Materialismus („Methode“/„Philosophie“), vor allem bei Marx und Engels und Louis Althusser, nachzeichnen und diskutieren und auch ihrem Verhältnis nachgehen. Diesen Ausführungen liegt die **Hypothese** zu Grunde, dass Historischer Materialismus und „Dialektischer Materialismus“ nicht zwei von einander unterschiedene Bereiche sind, die getrennt von einander bestimmt und behandelt werden können, sondern sich, gerade in ihren jeweiligen Bestimmungen, aufeinander beziehen und vor dem Hintergrund der jeweiligen Erkenntnisse behandelt werden müssen. Sie existieren nur im Spannungs- und Wechselverhältnis von Theorie und Methode.

² Marx, Karl/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie. Kritik der neusten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutsche Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. S. 20, in: MEW 3, Dietz 1978, Berlin, S. 9-530

Als unerlässlich sehe ich es an, die zentralen Elemente einer historisch-materialistischen Theorie und Methode bei Marx und Engels zu rekonstruieren und ihre Abgrenzung zu anderen Ansätzen zu skizzieren. Am Anfang steht eine Auseinandersetzung mit den „philosophischen“ Grundlagen einer historisch-materialistischen Theorie und Methode. Vor diesem Hintergrund können die Grundelemente einer solchen Herangehensweise skizziert werden, um dann schließlich die methodischen Implikationen davon zu diskutieren.

1.1.1. Historischer Materialismus als theoretische und methodische Revolution

Meine **Hypothese** für diesen Abschnitt lautet: Die Darstellung des Historischen Materialismus, wie sie von Marx und Engels in den Grundzügen in der *Deutschen Ideologie* (1845) und den *Thesen zu Feuerbach* (1845) vorgenommen wurde, markiert nicht nur einen Einschnitt im Werk der beiden Theoretiker, sondern steckt auch das theoretische Feld einer neuen Wissenschaft ab. Daraus ergeben sich sowohl erkenntnistheoretische als auch methodische und theoretische Konsequenzen. Dieser Bruch wurde von Marx und Engels selbst zwar wahrgenommen, aber nie – theoretisch – ausreichend auf seine umfassende Bedeutung (für Theorie und Methode) hin reflektiert. Dennoch schlägt er sich in den zentralen Werken, zumindest implizit, nieder.³ So führt Marx rückblickend aus, dass Engels und er im Frühjahr 1845 beschlossen „den Gegensatz unsrer Ansichten gegen die ideologische [sic!] der deutschen Philosophie gemeinschaftlich auszuarbeiten, in der Tat mit unserm ehemaligen philosophischen Gewissen abzurechnen. Der Vorsatz ward ausgeführt in der Form einer Kritik der nachhegelschen Philosophie.“⁴ Am ausführlichsten wird der Bruch und ihr Verhältnis zu Hegel und den Junghegelianern in Engels Schrift *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie* (1886)⁵ reflektiert; die methodischen und theoretischen Unterschiede zu Hegel bleiben dort allerdings unterbestimmt. Ähnlich verhält es sich mit Engels Schrift *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* (1880).⁶

Der theoretischen Einschnitt, der sich im Werk von Marx und Engels beobachten lässt, ist zum ersten Mal von Louis Althusser in aller Deutlichkeit und mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen erkannt und theoretisiert worden. Im Artikel *Widerspruch und*

³ So hält etwa Althusser fest, dass Marx „zehn Werke und jenes Monument, das ‘Kapital’ geschrieben [hat, Anm. J.P.], ohne jemals eine ‘Dialektik’ zu schreiben.“ (Althusser, Louis: Über die materialistische Dialektik, S. 114, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 100-167. Vgl. auch ebd., S. 112-115)

⁴ Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, S. 10, in: MEW 13, Dietz 1985, Berlin, S. 7-11

⁵ Engels, Friedrich: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW 21, Dietz 1981, Berlin, S. 259-307

⁶ Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, Dietz 1962, Berlin, S. 177-228

*Überdeterminierung*⁷ arbeitet er sich am Verhältnis von Marx und Hegel ab und diskutiert inwiefern die Dialektik bei Marx, wie dieser selber schreibt⁸, nur eine „umgestülpte“ Form der Hegelschen Dialektik ist – bei Marx nun auf einer materialistischen Grundlage. Althusser verneint diese Sichtweise und führt aus, „daß es unvorstellbar ist, daß die Hegelsche Ideologie nicht das Wesen der Dialektik bei Hegel selbst angesteckt haben sollte“.⁹ Im Anschluss daran konstatiert er einen „wissenschaftstheoretischen Einschnitt“ im Werk von Marx, den er in den Arbeiten *Die deutsche Ideologie* und den *Thesen zu Feuerbach* verortet. Dieser betreffe zwei zu unterscheidende Disziplinen: „In dem Marx die Geschichtstheorie gründete (historischer Materialismus), hat er in einer einzigen Bewegung mit seinem früheren ideologischen philosophischen Bewußtsein gebrochen und eine neue Philosophie gegründet (dialektischer Materialismus).“¹⁰

Worin bestand dieser Bruch und wie ist es dazu gekommen? Marx und Engels waren in ihren „Jugendwerken“ (1840-44) stark von hegelianischen und besonders von junghegelianischen Positionen beeinflusst. Sie entwickeln in dieser Zeit auch zunehmend Kritik an anderen junghegelianischen Philosophen. Bereits in der *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* (1843)¹¹ war eine erste Kritik an den Konsequenzen junghegelianischer Positionen erkennbar. Mit *Zur Judenfrage* (1843)¹², der *Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* (1843)¹³, der *Heiligen Familie* (1844)¹⁴ und den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* (1844) wurde diese Kritik präzisiert. Ihre Kritik verbleibt hier allerdings noch im selben theoretischen Rahmen¹⁵: „der Kern der *philosophischen Problematik* ist feuerbachianisch.“¹⁶

⁷ Althusser, Louis: Widerspruch und Überdeterminierung, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 52-85

⁸ Die Dialektik steht bei Hegel „auf dem Kopf. Man muß sie umstülpen, um den rationellen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken.“ (Marx, Karl: Nachwort zur zweiten Auflage, S. 27, in: MEW 23, Dietz 1969, Berlin, S. 18-28)

⁹ Althusser: Widerspruch und Überdeterminierung, a.a.O., S. 54. Siehe dazu auch: Heinrich, Michael: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. Westfälisches Dampfboot 2003, Münster, 3. Auflage, S. 164ff

¹⁰ Althusser, Louis: Vorwort: Heute, S. 33, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main. S. 17-41

¹¹ Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts (§§261-313), in: MEW 1, Dietz 1972, Berlin, S. 201-333

¹² Marx, Karl: Zur Judenfrage, in: MEW 1, Dietz 1972, Berlin, S. 347-377

¹³ Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW 1, Dietz 1972, Berlin, S. 378-391. Marx selber weist rückblickend auf die Bedeutung der Erkenntnisse in dieser Schrift hin: „Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln“ (Marx: Zur Kritik... Vorwort, a.a.O., S. 8)

¹⁴ Engels, Friedrich/Marx, Karl: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten, in: MEW 2, Dietz 1958, Berlin, S. 3-224

¹⁵ Vgl. Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 121-141

¹⁶ Althusser, Louis: Die „philosophischen Manifeste“ Feuerbachs, S. 45, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 43-51. Hervorhebung im Original

Auf Grundlage der Erkenntnisse in diesen Schriften waren sie dann jedoch zu einer Kritik an Feuerbach und letztlich dem gesamten wesensphilosophischen Ansatz in der Lage. An zentraler Stelle steht die Abkehr von der Vorstellung eines menschlichen *Wesens*. So kritisieren sie, dass Feuerbach „die Menschen nicht in ihrem gegebenen gesellschaftlichen Zusammenhänge, nicht unter ihren vorliegenden Lebensbedingungen, die sie zu Dem gemacht haben, was sie sind, auffaßt, so kommt er nie zu den wirklich existierenden, tätigen Menschen, sondern bleibt bei dem Abstraktum ‘der Mensch’ stehen“¹⁷. Zusammenfassend können wir festhalten: „Nicht mehr ein menschliches ‘Wesen’ und die Entfremdung davon, sondern die historisch spezifische Produktionsweise wird zum zentralen Konzept für das Begreifen der Gesellschaft und ihrer Dynamik.“¹⁸ Damit einher geht auch die Kritik an der, in der idealistischen Philosophie Hegels verwurzelten, Vorstellung von Geschichte als der Durchsetzung von „Ideen“ und die sich daraus ableitende Schlussfolgerung, dass Gesellschaftsveränderung im Kern die Veränderung des Denkens ist. Sie kommen zum Resultat, „daß alle Formen und Produkte des Bewußtseins nicht durch geistige Kritik [...], sondern nur durch den praktischen Umsturz der realen gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen diese idealistischen Flausen hervorgegangen sind, aufgelöst werden können.“¹⁹

Heinrich identifiziert vier Dimensionen des Einschnitts und Ebenen der Kritik am theoretischen Feld der Junghegelianer und der klassischen politischen Ökonomie: Anthropologismus (ein bestimmtes „Wesen des Menschen“ wird unterstellt), Individualismus (die Gesellschaft wird als unmittelbar aus den einzelnen Individuen konstituiert aufgefasst), Ahistorismus (Naturalisierung der Individuen als Warenbesitzer) und Empirismus (die Wirklichkeit stellt sich so dar und ist so erfassbar wie sie ist).²⁰

Die *Deutsche Ideologie* (sowie die *Thesen zu Feuerbach*) bietet jedoch keine abgeschlossene Darstellung des Historischen Materialismus, sondern ist vielmehr, wie Engels 1888 rückblickend anmerkte, „das erste Dokument, worin der geniale Keim der neuen Weltanschauung niedergelegt ist“²¹. Erst danach konnte sich Marx an die Ausarbeitung seiner ökonomischen Theorie machen. Der Weg zu den Überlegungen im *Kapital* ist jedoch ein langer, auf dem er sich mit vielen methodischen und theoretischen Problemen herumschlägt. Heinrich zeichnet nach wie sich die Marxsche *Kritik der politischen Ökonomie* dabei „zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition“ bewegt und Marx es nie ganz geschafft hat, alle Probleme konsequent auf der Grundlage des neuen wissenschaftlichen

¹⁷ Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 44

¹⁸ Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 124

¹⁹ Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 38

²⁰ Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 82

²¹ Engels: Ludwig Feuerbach..., a.a.O., S. 264

Terrains zu stellen und zu behandeln.²² Gerade deswegen erscheint es mir als notwendig den Versuch zu unternehmen den Kern dieses historisch-materialistischen Verständnisses zu rekonstruieren – gerade auch um klar zu machen, worauf ich mich beziehen und wovon ich mich abgrenzen werde.

1.1.2. Grundfragen des Historischen Materialismus

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“²³

1.1.2.1. Grundsätzliche Positionen und Kategorien

Nun sollen die in der *Deutschen Ideologie* entwickelten Thesen kurz zusammengefasst werden (vor allem jene Punkte die für diese Arbeit ausschlaggebend sind). Als Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen dient mir folgende Aussage: „Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse [Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung, Anm. J.P.], die Produktion des materiellen Lebens selbst, und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte“.²⁴ Dabei „zeigt sich also schon von vornherein ein materialistischer Zusammenhang der Menschen untereinander, der durch die Bedürfnisse und die Weise der Produktion bedingt und so alt ist wie die Menschen selbst“.²⁵ Ausgehend von diesen grundlegenden Annahmen gilt es nun die Formen in denen die Produktion stattfindet zu analysieren – und diese sind wesentlich *gesellschaftliche* Formen, denn „bestimmte Individuen, die auf bestimmte Weise produktiv tätig sind, gehen diese bestimmten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse ein.“²⁶ Und: „Die gesellschaftliche Gliederung und der Staat gehen beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber dieser Individuen, nicht wie sie in der eigenen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern wie sie wirklich sind, d.h. wie sie wirken, materiell produzieren.“²⁷ Mit Alex Callinicos lässt sich daher feststellen: „Historical materialism can be seen as making a distinctive claim about the kinds of structures which have primacy in explaining social systems, namely that these are the forces and

²² Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O.

²³ Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, S. 115, in: MEW 8, Dietz 1960, Berlin, S. 111-207

²⁴ Marx /Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 28

²⁵ ebd., S. 30

²⁶ ebd., S. 25

²⁷ ebd.

relations of production.“²⁸ Zusammenfassend können wir festhalten, dass der Gegenstand des neuen Materialismus „die *gesellschaftliche Praxis* der Menschen selbst ist“.²⁹

1.1.2.2. Basis und Überbau – ein schwieriges Verhältnis

Davon ausgehend wurde das Konzept von *Basis* und *Überbau* oft zu einem zentralen Element des Marxismus erhoben. Diesbezüglich heißt es an einer berühmten und viel zitierten Stelle im *Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie*:

„Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“³⁰

Dieses Zitat stellt einerseits einen positiven Bezugs- bzw. Ausgangspunkt vieler marxistischer TheoretikerInnen dar und andererseits gilt es den KritikerInnen als deterministischer und teleologischer Kern der Marxschen Theorie bzw. *des* Marxismus. Und tatsächliche kristallisiert sich darin eine zentrale Problematik des Historischen Materialismus: die Frage von Determination und nach dem Wechselverhältnis von Basis und Überbau. Von manchen TheoretikerInnen wird hier mit dem Anspruch Basis und Überbau „zusammenzudenken“ gegen einen Ökonomismus oder ökonomischen Determinismus/Reduktionismus, argumentiert.³¹

Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass der Anspruch des „Zusammendenkens“ eine konkrete(re) Antwort auf die Frage, wie das Verhältnis von „Basis“ und „Überbau“, denn nun eigentlich zu denken ist, ersetzt. Wenn sich dieser Anspruch in der allgemeinen Aussage, dass Alles irgendwie zusammenhängt und sich beeinflusst, auflöst, ist damit zwar nichts falsches behauptet, aber noch recht wenig geklärt. Ebenso könnten wir sagen, ohne das genauer zu bestimmen, dass etwas „dialektisch“ ist.³² Die Konsequenz des Fehlens einer klaren Fassung dieses Verhältnisses, das letztlich eine theoretische und methodische Grundfrage jeder Sozialwissenschaft darstellt, muss eine ziemliche Beliebigkeit sein.

²⁸ Callinicos, Alex: *Making History. Agency, structure and change in social theory*. Polity Press 1989, Cambridge, S. 41

²⁹ Heinrich: *Die Wissenschaft vom Wert*, a.a.O., S. 127. Hervorhebung im Original. Bei Marx heißt es diesbezüglich, dass der Standpunkt des neuen Materialismus „die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit“ ist. (Marx, Karl: *Thesen über Feuerbach*, S. 7, in: MEW 3, Dietz 1978, Berlin, S. 5-7)

³⁰ Marx: *Zur Kritik... Vorwort*, a.a.O., S. 8f

³¹ Dabei wird oft Antonio Gramsci als positiver Bezugspunkt herausgestellt. Ein Versuch die Überlegungen bei Gramsci „anzuwenden“ und damit die genannten Probleme konkret in Angriff zu nehmen, findet sich in: Merckens, Andreas/Rego Diaz, Victor (Hrsg.): *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*. Argument 2008, Hamburg, 2. Auflage

³² Vgl. Heinrich, Michael: *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*. Schmetterling Verlag 2004, Stuttgart, 34ff

Post-strukturalistische Theorien, auch solche, die sich selbst als Fortführung des Marxismus sehen (Post-Marxismus), arbeiten sich an dem Begriff der Determination (bzw. des ökonomischen Determinismus) ab, und schlagen hier eine andere Fassung dieses Verhältnisses vor.³³ Dass damit in vielen Fällen ein realer Bezug auf eine marxistische oder materialistische Theorie aufgegeben wird, scheint jedoch nicht immer klar zu sein.

Als **Hypothese** möchte ich daher formulieren, dass alleine der Anspruch des „Zusammendenkens“ von Basis und Überbau die zentralen theoretischen und methodischen Probleme nicht löst, sondern vielmehr umgeht. Soll der Anspruch einer (historisch-)materialistischen Theorie aufrechterhalten werden, muss es erstens eine (wie auch immer geartete und bestimmte) Determination durch „die Ökonomie“ geben und zweitens eine konkretere Bestimmung des Verhältnisses bzw. der wechselseitigen Beeinflussung von „Basis“ und „Überbau“.

Das „Konzept“ von Basis und Überbau muss im Kontext der gesamten Schriften von Marx und Engels gesehen werden: es nimmt bei ihnen lange nicht so einen prominenten Platz ein, wie es dessen inflationäre Verwendung in einigen marxistischen Traditionslinien und die oberflächliche Darstellung mancher KritikerInnen suggerieren. Tatsächlich verwenden sie diese Begrifflichkeit nicht an vielen Stellen. Die Vorstellung von Basis und Überbau sollte demnach vor allem als ein Versuch gesehen werden, theoretische Überlegungen begrifflich zu fassen – und nicht die Geschichte damit schon zu erklären. Bei einer Betrachtung von diversen historischen und ökonomischen Analysen von Marx und Engels kann einerseits eine konkrete Benennung von ökonomischen Faktoren und wie diese auf eine Veränderung des „Überbaus“ wirken und andererseits die Beschreibung von einer Wechselbeziehung zwischen „Basis“ und „Überbau“ ausgemacht werden. Für Engels ist die (Re)produktion des wirklichen Lebens „nur“ das *in letzter Instanz* bestimmende Moment: „Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase“.³⁴ Ich werde später noch auf diese Problematik und Engels’ Ausführung zurückkommen.

Auch in folgender Stelle in der *Deutschen Ideologie* wird diese Herangehensweise ersichtlich, wenn es heißt, es gelte „die sämtlichen verschiedenen theoretischen Erzeugnisse und Formen des Bewußtseins, Religion, Philosophie, Moral etc. etc., aus ihr [der bürgerlichen

³³ Vgl. Münker, Stefan/Roesler, Alexander: Poststrukturalismus. Metzler 2000, Stuttgart. Siehe auch: Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Passagen 2006, Wien, 3. Auflage

³⁴ Engels, Friedrich: Brief an Joseph Bloch vom 21.-22.09.1890, S. 463, in: MEW 37, Dietz 1967, Berlin, S.462-463

Gesellschaft, Anm. J.P.] zu erklären und ihren Entstehungsprozeß aus ihnen zu verfolgen, wo dann natürlich auch die Sache in ihrer Totalität (und darum auch die Wechselwirkung dieser verschiedenen Seiten aufeinander) dargestellt werden kann.“³⁵ Dass Marx und Engels den „theoretischen Erzeugnissen und Formen des Bewußseins“ sowie den „Verkehrsformen“ selber Einfluss und Wirkung zusprechen zeigen auch folgende Zitate: „Hieraus geht hervor, daß eine bestimmte Produktionsweise oder industrielle Stufe stets mit einer bestimmten Weise des Zusammenwirkens oder gesellschaftlichen Stufe vereinigt ist, und diese Weise des Zusammenwirkens ist selbst eine ‘Produktivkraft’.“³⁶ Diese Geschichtsauffassung zeigt, dass in der Geschichte „auf jeder Stufe ein materielles Resultat, eine Summe von Produktionskräften, ein historisch geschaffenes Verhältnis zur Natur und der Individuen zueinander sich vorfindet, die jeder Generation von ihrer Vorgängerin überliefert wird, eine Masse von Produktivkräften, Kapitalien und Umständen, die zwar einerseits von der neuen Generation modifiziert wird, ihr aber auch andererseits ihre eignen Lebensbedingungen vorschreibt und ihr eine bestimmte Entwicklung, einen speziellen Charakter gibt – daß also die Umstände ebensowohl die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen.“³⁷

Die Reproduktion des unmittelbaren Lebens dient als der Ausgangspunkt, von dem aus es gilt, die Formen in denen das passiert, zu analysieren. Die Betrachtung (der Entstehung) von (Re-)Produktionsverhältnissen ist deshalb wichtig, da diese den Rahmen, bzw. die materielle Grundlage, als Voraussetzung des Lebens überhaupt, für die Entstehung und die spezifische politische, kulturelle, ideologische... Ausgestaltung der Gesellschaft darstellen. Wenn es an anderer Stelle heißt, dass indem „die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, [...] sie indirekt ihr materielles Leben selbst“³⁸ produzieren, soll damit klar gemacht werden, dass auch die gesellschaftlichen Formen „produziert“ sind, d.h. erst durch menschliche Praxis entstehen und vermittelt sind – aber diese findet eben nicht im „luftleeren Raum“ statt, sondern auf Grundlage der Bedürfnisse zur (Re)produktion des materiellen Lebens. Somit ist es auch klar, dass es nicht „die Ökonomie“ (als eigenständiges Subjekt oder gegebenes Objekt) ist, die unmittelbar und direkt daraus ableitbare Reaktionen/Reflexe erzeugt. Man/frau kann also festhalten: „Wenn Marx davon spricht, daß die Produktionsweise des materiellen Lebens den politischen und geistigen Lebensprozeß ‘bedingt’, so ist damit eine

³⁵ Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 38

³⁶ ebd., S. 30

³⁷ ebd., S. 38

³⁸ ebd., S. 21

strukturelle Abhängigkeit der verschiedenen *Ebenen* und keine Determination eines *Ereignisses* durch ein anderes gemeint.“³⁹

Die hier skizzierten historisch-materialistische Grundannahmen sollen also keineswegs bereits „Alles“ erklären, sondern darin sind vielmehr Grundlinien einer Herangehensweise festgehalten: „Es gibt allen Produktionsstufen gemeinsame Bestimmungen, die vom Denken als allgemeine fixiert werden; aber die sogenannten *allgemeinen Bedingungen* aller Produktion sind nichts als diese abstrakten Momente, mit denen keine wirkliche geschichtliche Produktionsstufe begriffen ist.“⁴⁰ Nachdem nun diese allgemeinen Bedingungen bestimmt worden sind, kann nun dazu übergegangen werden, die methodischen Implikationen zu diskutieren, d.h. die Frage, wie nun an konkrete Analysen herangegangen werden kann.

1.2. Methodische Implikationen und Probleme

„Die im ‘Kapital’ angewandte Methode ist wenig verstanden worden, wie schon die einander widersprechenden Auffassungen derselben beweisen.“⁴¹

Im folgenden Abschnitt möchte ich diskutieren, wie sich, auf diesen Überlegungen aufbauend, eine Methode entwickeln lässt – die dann auch zur Grundlage meiner weiteren Analyse werden soll. Dazu sind eine Auseinandersetzung mit dem Dialektischen Materialismus, sowie eine Klärung des Stellenwerts der Dialektik und ihres Verhältnisses zum Historischen Materialismus notwendig.

1.2.1. Dialektik bei Hegel, Marx und Engels

Eine gängige Interpretation ist, dass Marx und Engels den Idealismus von Hegel überwunden hätten, jedoch den großen philosophischen Durchbruch den Hegel mit sich brachte, die dialektische Methode, übernommen hätten – nun aber in Gestalt der materialistischen Dialektik.⁴² Eine solche Sichtweise kann sich auf eine unzureichende Ver- und Bearbeitung dieser Problematik durch Marx und Engels selber, sowie die Ausführungen in einigen Werken von Engels (vor allem *Dialektik der Natur*⁴³, *Anti-Dühring*⁴⁴) stützen. Demgegenüber finden sich aber auch Anmerkungen und Passagen, die von einem Bewusstsein über diese Problematik zeugen. Einen wichtigeren Stellenwert nimmt jedoch die *implizite* Anwendung

³⁹ Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 148. Hervorhebung im Original.

⁴⁰ Marx, Karl: Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie], S. 620, in: MEW 13, Dietz 1985, Berlin, S. 615-642. Hervorhebung im Original

⁴¹ Marx: Nachwort zur zweiten Auflage, a.a.O., S. 25

⁴² Vgl. etwa Mandel, Ernest: Einführung in den Marxismus. Isp 2002, Köln, 7. Auflage, S.176ff

⁴³ Engels, Friedrich: Dialektik der Natur, in: MEW 20, Dietz 1978, Berlin, S. 305-568

⁴⁴ Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), in: MEW 20, Dietz 1978, Berlin, S. 3-303

einer dialektischen Methode auf einer materialistischen Grundlage ein – wie sie dem Unterfangen der *Kritik der politischen Ökonomie*, besonders dem *Kapital*, zugrunde liegt. Was die „dialektische Entwicklungsmethode“ darin allerdings nun ausmacht, wurde von Marx nie systematisch dargelegt; es finden sich in einzelnen Abschnitten Anmerkungen dazu, die aber nicht ganz widerspruchsfrei bleiben.⁴⁵

Auf der einen Seite wird deutlich, dass, zumindest auf einer abstrakten, philosophischen Ebene, der methodische Bruch mit Hegel (und dessen Tragweite) nicht ausreichend reflektiert wurde. Für Marx verhindert die „Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen erleidet [...] in keiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewusster Weise dargestellt hat.“⁴⁶ Und Engels hält, selbst zu einem späten Zeitpunkt und im Kontext einer grundsätzlicheren, retrospektiven Beschäftigung mit ihren eigenen philosophischen Grundlagen, daran fest, dass bei ihnen „die Hegelsche Dialektik auf den Kopf, oder vielmehr vom Kopf, auf dem sie stand, wieder auf die Füße gestellt“⁴⁷ wurde.⁴⁸

Ein Ausdruck davon ist auch der Versuch von Engels, den er in der *Dialektik der Natur* unternimmt. Dabei geht es um den Nachweis, dass die Natur von dialektischen Gesetzen bestimmt ist und danach funktioniert. So definiert Engels die Dialektik als „die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens.“⁴⁹ Die positive Seite dieses Unterfangens besteht darin, dass so versucht wird dem Verständnis einer mechanischen Funktions- und Entwicklungsweise der Natur entgegenzutreten und auf einer materialistischen Grundlage neue Erkenntnisse der Naturwissenschaften zu verarbeiten und hinsichtlich ihrer Bedeutung zu theoretisieren.⁵⁰ Dem Entwurf einer Dialektik der Natur liegen jedoch grundsätzliche Probleme zu Grunde: es geht dabei wohl auch sehr stark darum, eine Versicherung für die Richtigkeit des Marxismus und der Dialektik zu finden – und diese in den *objektiven* Gesetzmäßigkeiten der Natur begründet und dadurch bestätigt zu sehen. Diese Herangehensweise ist auch erkenntnistheoretisch problematisch, wird so doch die Rolle „des

⁴⁵ Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 164ff

⁴⁶ Marx: Nachwort zur zweiten Auflage, a.a.O., S. 27

⁴⁷ Engels: Ludwig Feuerbach..., a.a.O., S. 293

⁴⁸ An anderer Stelle heißt es ähnlich, dass „das Hegelsche System nur einen nach Methode und Inhalt idealistisch auf den Kopf gestellten Materialismus repräsentiert.“ (Engels: Ludwig Feuerbach..., a.a.O., S. 277)

⁴⁹ Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings..., a.a.O., S. 131f

⁵⁰ In der Tradition von Engels versuchen auch Alan Woods und Ted Grant (Aufstand der Vernunft. Marxistische Philosophie und moderne Wissenschaft. Promedia 2002, Wien.) das Verhältnis von „marxistischer Philosophie“ und „modernen (Natur)wissenschaften“ zu erfassen, also die Herangehensweise von Engels auf neuere naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu übertragen und so den Beweis der dialektischen Verfasstheit der Natur zu führen. Allerdings mit den gleichen grundsätzlichen Problemen wie bei Engels.

Menschen“ (bzw. der Wissenschaft) in einem Erkenntnisprozess unter den Tisch fallen gelassen und so verschwiegen, dass diese Kategorien und Werkzeuge menschlichen Gedanken entspringen und nicht objektiven Wahrheiten entsprechen.

Das größte Problem liegt allerdings wo anders: in der Übertragung *objektiver*, in der Natur begründeter Gesetzmäßigkeiten – so die Auffassung – auf die Menschheit und die Gesellschaft. Damit werden die entscheidenden Besonderheiten des (gesellschaftlichen) Menschen, die Fähigkeit zu Denken, somit auch die eigene Existenz zu reflektieren und darin bewusst einzugreifen, nicht ausreichend wahrgenommen und in eine Analyse miteinbezogen. Die Entwicklung der Menschheit und ihrer Gesellschaften wird somit auf einen objektiven Prozess reduziert. Das Problem von Struktur und Handlung wird hier gänzlich auf die Seite von, als objektiv gegeben angesehenen, Strukturen aufgelöst. Zu Recht sieht Callinicos daher in der *Dialektik der Natur* „nothing but the speculative projection of Hegelian categories onto the physical world“⁵¹, d.h. dass also auch die Grundstruktur der Hegelschen Dialektik übernommen wird.

Auf der anderen Seite werden bei Marx und Engels allerdings Schwierigkeiten, die sich im Anschluss an Hegel ergeben, benannt. Marx bezeichnet etwa seine dialektische Methode als das direkte Gegenteil der Hegelschen und nicht nur von dieser verschieden.⁵² Und Engels schreibt: die dialektische Methode „war in ihrer Hegelschen Form unbrauchbar. Bei Hegel ist die Dialektik die Selbstentwicklung des Begriffs.“⁵³ Hier wird bereits angedeutet, dass es nicht (nur) darum geht, der Hegelschen Dialektik eine materialistische Grundlage zu verpassen, sondern dass der Aufbau und die Argumentationsführung bei Hegel selber in Frage stehen.

Auf Althusser's Intervention, der die Sichtweise verneint, dass die Dialektik bei Marx (und Engels) nur eine „umgestülpte“ Form der Hegelschen Dialektik ist – nun auf einer materialistischen Grundlage – wurde bereits oben hingewiesen. Für ihn ist es unvorstellbar, „daß die Hegelsche Ideologie nicht das Wesen der Dialektik bei Hegel selbst angesteckt haben sollte“.⁵⁴ Und auch Callinicos weist auf die Unmöglichkeit einer Übertragung der Hegelschen Dialektik auf eine materialistische Methode hin: „There is no materialist

⁵¹ Callinicos: *Making History*, a.a.O., S. 53

⁵² Marx: *Nachwort zur zweiten Auflage*, a.a.O., S. 27

⁵³ Engels: *Ludwig Feuerbach...*, a.a.O., S. 292. Weiter heißt es dazu: „Wir faßten die Begriffe unseres Kopfs wieder materialistisch als Abbilder der wirklichen Dinge, statt die wirklichen Dinge als Abbilder dieser oder jener Stufe des absoluten Begriffs.“ (ebd., S. 292f)

⁵⁴ Althusser: *Widerspruch und Überdeterminierung*, a.a.O., S. 54. Siehe dazu auch: Heinrich: *Die Wissenschaft vom Wert*, a.a.O., S. 164ff

dialectical ‘method’ which can be extracted from Hegel’s idealist ‘system’.⁵⁵ Für Heinrich bedeutet das allerdings nicht, dass Hegel keine Rolle für die *Kritik der Politischen Ökonomie* gespielt habe. Dabei gehe es aber „weniger um die Übernahme bestimmter Argumentationsfiguren als vielmehr um einen bestimmten *Stand der Problemstellung*, der aber allererst einmal aus der Hegelschen Philosophie zu gewinnen wäre.“⁵⁶

Aber kann dann überhaupt von einer „dialektischen Methode“ bei Marx (und Engels) gesprochen werden? Und wenn ja, was ist damit überhaupt gemeint und was kann damit überhaupt erfasst werden? Eine Auseinandersetzung mit der der *Kritik der Politischen Ökonomie* zugrunde liegenden analytischen Vorgehensweise, soll anhand eines konkreten „Beispiels“ zentrale methodische Überlegungen bei Marx zum Vorschein bringen.

1.2.2. Grundlinien der Marxschen Methode

Marx’ Herangehensweise muss vor dem Hintergrund des „wissenschaftstheoretischen Einschnitts“, den er und Engels mit der *Deutschen Ideologie* vollzogen haben, gesehen werden. Der Bruch mit dem wesensphilosophischen Ansatz der Junghegelianer implizierte auch einen Bruch mit dem theoretischen Feld der Politischen Ökonomie, der Klassik; gerade auch mit der Grundkategorie dieser Theorieschule: dem *homo oeconomicus*, dem vereinzelt, rational handelnden Warenbesitzer. Heinrich identifiziert vier Momente die dieses theoretische Feld konstituieren und mit denen Marx in Folge auch bricht: Anthropologismus, Individualismus, Ahistorismus, Empirismus.⁵⁷ Den Ausgangspunkt bildet bei Marx daher nicht mehr der/die einzelne, gegebene WarenbesitzerIn, sondern ein gegebener, nicht unmittelbar ersichtlicher gesellschaftlicher Zusammenhang. Daher bedarf es „einer theoretischen Konstruktion, eben der ‘dialektischen Darstellung’, um aufzuzeigen, daß das scheinbar Unmittelbare ein Vermitteltes ist“.⁵⁸ Denn „alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen“.⁵⁹

Somit liefert die „dialektische Darstellung“ auch einen bestimmten Begründungszusammenhang zwischen den einzelnen Kategorien: die einzelnen Begriffe stehen dabei nicht einfach nebeneinander, sondern sind bereits in einer bestimmten Ordnung, „die ihnen aber nicht äußerlich ist und lediglich den Gesamtzusammenhang herstellt, sondern die zur Bestimmung der Kategorien selbst noch wesentlich ist: *eine Ordnung, die wesentliche*

⁵⁵ Callinicos: *Making History*, a.a.O., S. 53

⁵⁶ Heinrich: *Die Wissenschaft vom Wert*, a.a.O., S. 170. Hervorhebung im Original

⁵⁷ ebd., a.a.O., S. 82

⁵⁸ ebd., a.a.O., S. 175

⁵⁹ Marx, Karl: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*, MEW 25, Dietz 1969, Berlin, S. 825

*Beziehungen der Kategorien ausdrückt.*⁶⁰ Es kann dabei also *nicht* um die Anwendung einer „fix-fertig“ konzipierten Methode auf einen äußeren, gegebenen Gegenstand gehen.⁶¹ An einer Stelle beschreibt Marx seine Vorgehensweise⁶² folgendermaßen:

„Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen, und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfachere Begriffe kommen; von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakte, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre die Reise wieder rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung eines Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen.“⁶³

Marx selbst schreibt, dass es ihm im *Kapital* um die Darstellung der „innere[n] Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt“⁶⁴ gehe. D.h. es geht um eine analytische Konstruktion von grundlegenden Gesetzen der kPw, um eine „theoretische“ Analyse des Kapitalismus. Das impliziert auch eine Abstraktion von konkret-historischen Ausformungen. Im *Kapital* folgen die historischen Ausführungen daher auf die theoretisch-analytischen Ausführungen: sie „ergänzen die theoretische Darstellung, sie begründen sie aber nicht.“⁶⁵ Eine zentrale Frage, die sich im Anschluss an Marx' Ausführungen stellt, ist jene nach der Bedeutung der theoretischen Fassung der kPw in ihrem *idealen Durchschnitt* bzw. nach dem Verhältnis dieser abstrakten Analyse und konkreten Gegebenheiten.

Der Fokus auf die Analyse des Funktionierens der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem *idealen Durchschnitt*, d.h. ihre grundlegenden Funktionsmechanismen, impliziert *notwendigerweise* eine Abstraktion von konkreten zeitlichen und räumlichen Bedingungen. Hier geht es gerade darum, die grundlegenden Bewegungs- und Entwicklungstendenzen herauszuarbeiten, die sich auf Grundlage der Produktionsverhältnisse ergeben und die allen Gesellschaften mit kPw grundsätzlich wirken. Das Formulieren dieser abstrakten Gesetze ist jedoch nicht mit einer Analyse konkreter Gesellschaften/Gesellschaftsformationen zu verwechseln und ersetzt diese auch nicht. In der Betrachtung konkreter Gesellschaften gilt es, eine Vielzahl verschiedener Faktoren mit einzubeziehen – nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer und ideologischer Natur: das Vorhandensein und Zusammenspiel verschiedener Produktionsweisen und –verhältnisse, der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die Strukturiertheit des ökonomischen Bereichs insgesamt, geographische

⁶⁰ Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 172f

⁶¹ Vgl. Heinrich: Kritik der... Einführung, a.a.O., S. 36

⁶² Heinrich (Kritik der... Einführung, a.a.O., S. 36) weist zu Recht darauf hin, dass die tatsächliche Darstellung im *Kapital* „erheblich komplexer“ ist, als diese Passage vermuten lässt. Ich denke jedoch, dass sich darin dennoch wichtige grundlegende Achsen der Marxschen Methode ausmachen lassen.

⁶³ Marx: Einleitung [zur Kritik...], a.a.O., S. 631

⁶⁴ Marx: Das Kapital. Band 3, a.a.O., S. 839

⁶⁵ Heinrich: Kritik der... Einführung, a.a.O., S. 29. Hervorhebung im Original

und geologische Faktoren, die Rolle von institutionellen Arrangements sowie politischen und kulturellen Traditionen.

Die Bedeutung dieser Herangehensweise wird auch in Marx' Klassentheorie sichtbar: auf der analytischen Ebene, d.h. bei der Untersuchung der zentralen Funktionsmechanismen der kapitalistischen Produktionsweise, konstituieren sich die gesellschaftlichen Klassen durch ihre Stellung zu den Produktionsmitteln.⁶⁶ Für eine Beschreibung der tatsächlichen Klassen- und Schichtstruktur einer Gesellschaft müssen allerdings weitere Faktoren, wie die politische, ideologische oder repressive Funktion, die verschiedene (Berufs-)Gruppen für die Aufrechterhaltung des tatsächlichen, historisch konkret ausgeformten Kapitalismus spielen, in Betracht gezogen werden. So schreibt etwa Marx selbst von der „unendliche[n] Zersplitterung der Interessen und Stellungen, worin die Teilung der gesellschaftlichen Arbeit die Arbeiter wie die Kapitalisten und die Grundeigentümer [...] spaltet.“⁶⁷ Auf der analytischen Ebene spielen diese Faktoren jedoch keine Rolle.

1.2.3. Dialektik und Determination: Lösungsansätze und Probleme bei Althusser⁶⁸

„Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. [...] Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase“⁶⁹

Gegenüber dem Marxismus wird oft der Vorwurf eines ökonomischen Reduktionismus und/oder historischen Determinismus aufgebracht. Dabei bleibt eine seriöse Auseinandersetzung mit den Grundfragen einer marxistischen Theorie sehr oft aus; nicht selten müssen dann einzelne Zitate oder die vom Stalinismus geschaffene dogmatischen Doktrin des *Marxismus-Leninismus* als „Beweis“ erhalten. Dass solche Vorwürfe aber nicht neu sind, zeigt das oben angeführte Zitat von Engels – mit dem er ähnlichen Anschuldigungen entgegentreten wollte. Es zeugt auch von einem Bewusstsein über die vorhandene Problematik, auch wenn es noch keine wirkliche Lösung impliziert. Da die Frage nach dem, was unter *Determination* nun eigentlich zu verstehen ist und welche Rolle dieser im Rahmen einer historisch-materialistischen Theorie zuzurechnen ist, entscheidende Bedeutung hat, soll

⁶⁶ Vgl. Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 263ff

⁶⁷ Marx: Das Kapital. Band 3, a.a.O., S. 893

⁶⁸ Louis Althusser's Arbeiten umfassen eine Reihe von Themen. Ich werde mich im Folgenden auf der marxistischen Dialektik, und damit zusammenhängend dem Historischen Materialismus, widmen und dabei speziell die Frage der Begründung einer solchen, sowie den Begriff Determination diskutieren. Für eine umfassendere kritische Auseinandersetzung siehe: Callinicos, Alex: Althusser's Marxism. Pluto Press 1976, London

⁶⁹ Engels: Brief an Joseph Bloch, a.a.O., S. 463

sie hier ausführlicher behandelt werden. Eine intensive Beschäftigung mit dieser Problematik findet sich bei Louis Althusser.

Die theoretischen Ausführungen von Althusser beschränken sich nicht auf das Feststellen eines Bruches im Denken von Marx (und Engels), dem Vorliegen eines „wissenschaftstheoretischen Einschnitts“. Im Anschluss daran und auf Grundlage dieser Einsicht versucht er selbst eine materialistische Dialektik darzulegen. Im Text *Über die materialistische Dialektik* greift er dazu Überlegungen, die er in *Widerspruch und Überdeterminierung* angestellt hat, auf. Hinter diesen Bemühungen steht auch die Einsicht, dass Marx mit der Anmerkung über die Notwendigkeit der „Umstülpung“ der Hegelschen Dialektik zwar den Bedarf für eine dialektische Methode auf materialistischer Grundlage erkannt hat, diese Einsicht aber noch nicht die Formulierung einer solchen impliziert.⁷⁰ Althusser wird allgemein dem strukturalen Marxismus bzw. dem Strukturalismus zugerechnet. Mit seinen theoretischen Interventionen will er die damals, gerade in Frankreich, vorherrschende humanistische Interpretation des Marxismus zurückweisen und überwinden. Damit einher geht auch eine Abkehr „vom Menschen“ und der Betonung seines Handlungspotentials und eine Hinwendung zu strukturellen Zwängen und Zusammenhängen.⁷¹

Althusser selber formuliert die wohl entscheidende Frage hinsichtlich einer marxistischen Theorie und Methode, die auch die Problematik von Struktur und Handlung auf den Punkt bringt: „Wie könnte man [...] theoretisch aufrechterhalten, daß es durch den *politischen* Kampf möglich ist, die *‘existierende Einheit zu zerspalten’*, wenn wir bestimmt wissen, daß nicht die Politik sondern die Ökonomie in letzter Instanz determinierend ist?“⁷² Daran können wir weitere entscheidende Fragestellungen anschließen: Wie sieht das Verhältnis von Basis und Überbau aus? Wie kann vor diesem Hintergrund die Problematik von Struktur und Handlung geklärt werden? Wie kann Determination überhaupt gefasst und bestimmt werden? Was meint dabei *in letzter Instanz* eigentlich genau? Ist die Annahme einer Determination (durch die Ökonomie) nicht mit historischem Determinismus gleichzusetzen? Wie kann *Handlung*, als nicht im Vorhinein bereits vollends festgelegt und auf einen Reflex reduzierbar, vor diesem Hintergrund überhaupt theoretisiert werden? Oder zusammengefasst: Worin besteht nun das Besondere an der marxistischen/materialistischen

⁷⁰ Vgl. Althusser: *Über die materialistische Dialektik*, a.a.O., S. 115

⁷¹ Siehe auch: Althusser, Louis: *An die deutschen Leser*, S. 7ff, in: derselbe.: *Für Marx*. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 7-15

⁷² Althusser: *Über die materialistische Dialektik*, a.a.O., S. 163. Hervorhebungen im Original

Dialektik? Welchen Platz nimmt die Dialektik überhaupt in einer historisch-materialistischen Theorie ein und wie muss sie gefasst werden?

Althusser's Konzept der *Überdeterminierung* stellt dabei einen interessanten und umfassenden Versuch dar, diese Problematiken zu behandeln und zu lösen – gerade auch mit einem expliziten und direkten Bezug auf das Marxsche Theoriegebäude. Ich werde mich im Folgenden daher umfassender damit auseinandersetzen.

1.2.3.1. *Überdeterminierung* als zentrales Element der marxistischen Dialektik

„Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen.“⁷³

Althusser sieht den entscheidenden Punkt in der Zurückweisung und Überwindung des in der und für die Hegelsche Dialektik zentralen *einfachen Widerspruchs*, des Grundmodells eines „einfache[n] Prozeß[es] mit zwei Gegensätzen“.⁷⁴ Als Grundlage der marxistischen Dialektik sieht er demgegenüber „*das 'Immer-Schon-Gegebene' einer strukturierten komplexen Einheit.*“⁷⁵ In Wirklichkeit könne niemals von der reinen Existenz der Einfachheit gesprochen werden, das „Einfache existiert immer nur in einer komplexen Struktur“⁷⁶ – die eben schon gegeben ist und nur konkret existiert. Hier kommt der zentrale Begriff der *Überdeterminierung* ins Spiel: „*Diese Reflexion der Existenzbedingungen des Widerspruchs in ihrem Inneren, diese Reflexion der gegliederten Struktur mit Dominante, die die Einheit des komplexen Ganzen im Innern jedes Widerspruchs bildet, das ist der tiefste Zug der marxistischen Dialektik, den, den ich oben unter dem Begriff der 'Überdeterminierung' zu fassen versucht habe.*“⁷⁷ Damit will er also auf die Eingebettetheit von Widersprüchen im gegebenen Ganzen hinweisen, d.h. „daß der 'Widerspruch' von der Struktur des ganzen sozialen Körpers untrennbar ist, in dem er sich auswirkt, untrennbar von seinen formellen Existenzbedingungen und den *Instanzen*, die er regiert, daß er also selbst, in seinem Kern, *durch sie berührt ist*, in einer einzigen und gleichen Bewegung determinierend, aber auch determiniert, und zwar determiniert durch die verschiedenen *Ebenen* und die verschiedenen *Instanzen* der Gesellschaftsformation, die er belebt: wir können ihn *in seinem Prinzip überdeterminiert nennen.*“⁷⁸ Diese Bedingtheit der

⁷³ Marx, Karl: Vorwort zur ersten Auflage, S. 16, in: MEW 23, Dietz 1969, Berlin, S. 11-17

⁷⁴ Althusser: Über die materialistische Dialektik, a.a.O., S. 139ff

⁷⁵ ebd., S. 144. Hervorhebung im Original

⁷⁶ ebd., S. 140

⁷⁷ ebd., S. 152. Hervorhebungen im Original

⁷⁸ Althusser: Widerspruch und Überdeterminierung, a.a.O., S. 66. Hervorhebungen im Original

Widersprüche untereinander hebt bei Althusser allerdings „nicht die Struktur mit Dominante auf“.⁷⁹

Im Begriff der *Überdeterminierung* kristallisiert sich für Althusser also der entscheidende Unterschied der marxistischen zur Hegelschen Dialektik. Diese wird aber nicht einfach über Bord geworfen, sondern zunächst wird daran angeknüpft – zentrale Elemente davon werden dabei aber eliminiert. Althusser weist auch auf zentrale Probleme, die mit einer reinen „Umstülpung“ der Hegelschen Dialektik einhergehen, hin. Sein Anspruch ist dabei auch die innere, auf idealistischen Grundannahmen basierende Struktur zu überwinden. Seine Kritik richtet sich dabei auch gegen einen reduktionistischen Ökonomismus bzw. ein einfaches „Widerspruch-Reaktion“-Schema.⁸⁰ Althusser schafft es mit dem Konzept der Überdeterminierung ein zentrales Problem der Hegelschen Dialektik auf- und anzugreifen und somit auch eine erkenntnistheoretische⁸¹ und methodische Fundierung des Marxismus voranzutreiben: so wird deutlich, dass wir nicht, in einer empiristischen und positivistischen Art und Weise, mit „einfachen“ Begriffen beginnen können, weil diese durch ihre Einfachheit unmittelbar verwendbar wären, sondern wir es immer mit einer Totalität zu tun haben und daher bereits auf dieser Ebene die Komplexität des Ganzen eine Rolle spielt und mit einbezogen werden muss.

Die Gemeinsamkeiten zwischen der Dialektik bei Hegel und Marx können wir im Sinne Althusser folgendermaßen fassen: „they share the basic conception of history as a process motored by the contradictions internal to it.“⁸² Die Widersprüche bei Althusser sind aber nun keine „einfachen“ mehr, sondern überdeterminiert. An anderer Stelle schreibt Althusser: die Kategorie „of a process without a subject, which must of course be torn from the grip of the Hegelian teleology, undoubtedly represents the greatest theoretical debt linking Marx to Hegel.“⁸³ Diese Gemeinsamkeiten sind aber nicht ohne den Bruch mit der idealistischen Grundstruktur der Hegelschen Dialektik zu haben. Daraus ergibt sich folgendes: Einerseits soll damit klar gemacht werden, dass die geschichtliche Entwicklung keiner Entfaltung oder Bewegung von „absoluten Ideen“ geschuldet ist, d.h. Ergebnis von Entwicklungen auf geistiger Ebene sind, sondern eine materielle Grundlage in tatsächlich vorhandenen Widersprüchen hat. Andererseits richtet sich diese Auffassung gegen eine

⁷⁹ Althusser: Über die materialistische Dialektik, a.a.O., S. 152

⁸⁰ Callinicos: Althusser's Marxism, a.a.O., S. 92 („Althusser's philosophical intervention has been aimed against the couple economism/humanism.”)

⁸¹ Auf die erkenntnistheoretischen Ausführungen bei Althusser, sowie eine Diskussion dieser im Hinblick auf eine marxistische Epistemologie, kann hier nicht (oder nur kaum) eingegangen werden. Zu einer ausführlicheren Auseinandersetzung siehe: Callinicos: Althusser's Marxism, a.a.O.

⁸² Callinicos: Althusser's Marxism, a.a.O., S. 40

⁸³ zitiert nach: ebd., S. 68. Hervorhebung im Original

humanistische Interpretation des Marxismus, die den Maßstab für die Auffassung und Bewertung von Geschichte außerhalb dieser zu finden versucht: in einem ahistorischen Humanismus.

Als zentrales Element der marxistischen Dialektik identifiziert Althusser weiters das universale „Gesetz der Ungleichmäßigkeit“ des Widerspruchs bzw. der „ungleichen Entwicklung der Widersprüche“ (dessen Erkenntnis er fälschlicherweise Mao zuschreibt)⁸⁴. Für ihn ist die ungleichmäßige Entwicklung „dem Widerspruch nicht äußerlich, sondern bildet sein innerstes Wesen.“⁸⁵ Damit soll weiters unterstrichen werden, dass es nicht möglich ist den Widerspruch (bzw. die Widersprüche) auf einen einfachen Gegensatz zu reduzieren oder Entwicklung und Veränderung aus einem „einfachen Prozeß mit zwei Gegensätzen“ zu erklären. Für Althusser besteht so, Mao folgend, vor dem Hintergrund der Bedingtheit der Widersprüche und der Ungleichmäßigkeit, auch die Möglichkeit, dass der Hauptwiderspruch nebensächlich wird und ein Nebenwiderspruch seinen Platz einnimmt.⁸⁶

Im Anschluss daran stellt sich nun die Frage wie es sich mit der Determination *in letzter Instanz* verhält. Althusser definiert die Ökonomie, im Anschluss an Engels⁸⁷, als *in letzter Instanz* determinierend. Während bei Engels die Formulierung „in letzter Instanz“ wohl eher dazu diente, sich recht allgemein gegen Angriffe auf den Historischen Materialismus an sich zur Wehr zu setzen, wird bei Althusser eine *analytische* Kategorie daraus. Bei Althusser ist so der Hinweis zentral, dass die Überdeterminierung universal ist, „daß die ökonomische Dialektik *nie im reinen Zustand* sich geltend macht [...]. Die einsame Stunde der ‘letzten Instanz’ schlägt nie.“⁸⁸ Worauf will er damit hinaus? An einer Stelle umschreibt Althusser die determinierende Rolle der Ökonomie in letzter Instanz damit, dass diese „auf lange Sicht [...] den Lauf der Geschichte“ bestimmt. Doch diese Determination setzte sich nicht unmittelbar um, denn „dieser Lauf ‘bahnt sich seinen Weg’ durch die Welt der vielfältigen Formen des Überbaus, der Lokaltraditionen und der

⁸⁴ Alleine dieser kleine Punkt zeigt, wie sehr sich Althusser dem Stalinismus verpflichtet fühlt und dem Dogmatismus der stalinistischen Komintern bzw. der KPF unterordnet. In seiner frühen Arbeit *Ergebnisse und Perspektiven* verarbeitet Leo Trotzki die revolutionären Ereignisse in Russland von 1905. Dabei analysiert er einerseits die besondere ökonomische und politische Konstellation und Situation in Russland und zieht die allgemeine Schlussfolgerung, dass sich Gesellschaften und ihre Widersprüche ungleichzeitig und kombiniert entwickeln. Diese theoretischen Ausführungen und Errungenschaften von Trotzki leugnet Althusser – in stalinistischer Manier – einfach (und das obwohl er sich eigentlich positiv *darauf* bezieht) und schreibt sie stattdessen Mao zu. Vgl. ebd., S. 93

⁸⁵ Althusser: Widerspruch und Überdeterminierung, a.a.O., S. 161

⁸⁶ Althusser: Über die materialistische Dialektik, a.a.O., S. 158

⁸⁷ „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase“ (Engels: Brief an Joseph Bloch, a.a.O., S. 463)

⁸⁸ Althusser: Widerspruch und Überdeterminierung, a.a.O., S. 81. Hervorhebungen im Original

internationalen Umstände.“⁸⁹ Hierin sieht er die Anwendung des Konzepts der Überdeterminierung auf die ökonomische Ebene, d.h. dass wir es auch dort mit keinem „reinen und einfachen“ Widerspruch zu tun haben. Ansonsten hätten wir nur eine „leere abstrakte und absurde Phrase.“⁹⁰

Er will damit seinen Punkt klarmachen, dass die Ökonomie nicht als reine, eigenständige Ebene/Sphäre, sondern immer schon in einem gegebenen, strukturierten Ganzen existiert und bereits durch andere Widersprüche und deren Konstellation untereinander bedingt ist. Er weist daher auch die Vorstellung zurück (und rechnet sie dem Ökonomismus zu), dass der in letzter Instanz bestimmende Widerspruch von vornherein und für immer mit der Rolle des vorherrschenden Widerspruchs identifiziert wird.⁹¹ Zusammenfassend können wir festhalten:

„Der spezifische Unterschied des marxistischen Widerspruchs ist seine ‘Ungleichmäßigkeit’ oder ‘Überdeterminierung’, die in sich ihre Existenzbedingungen reflektiert, nämlich: die spezifische Struktur der Ungleichmäßigkeit (mit Dominante) des immer-schon-gegebenen komplexen Ganzen, das seine Existenz ist. Die Verlagerung und die Verdichtung, begründet in ihrer Überdeterminierung, legen durch ihre Vorherrschaft Rechenschaft ab über die Phasen (nicht-antagonistisch, antagonistisch und explosiv), die die Existenz des komplexen Prozesses konstituieren, d.h. ‘des Werdens der Dinge’.“⁹²

Machen wir uns noch einmal klar was Althusser mit seinen Ausführungen leisten und lösen wollte: einerseits die entscheidenden Unterschiede der marxistischen gegenüber der Hegelschen Dialektik bestimmen und herausarbeiten; und andererseits eine Lösung auf das Struktur-Handlungs-Problem formulieren. Ist ihm das bzw. wie weit ist ihm das gelungen? Und im Anschluss: Welche Rückschlüsse können wir daraus für die Diskussion um Historischen Materialismus und „Dialektischer Materialismus“/Dialektik ziehen? Meine **Hypothese** dazu lautet: Althusser wirft zentrale Punkte einer Debatte um eine marxistische Theorie und Methode auf – zusammengefasst in dem widersprüchlichen Verhältnis von Basis und Überbau, der Fassung von Determination (durch die Ökonomie) und der Frage nach dem was eine marxistische Dialektik ausmacht. Seine Lösungsvorschläge bleiben jedoch widersprüchlich und unterbestimmt; er schafft es letztlich nicht, eine marxistische Dialektik, auch nicht in ihren Grundzügen und grundsätzlichen Besonderheiten, befriedigend auszuarbeiten. Die Gründe dafür sind auch im Charakter von Althusser's Bemühungen selbst zu suchen: die Begründung und Ausarbeitung von allgemeinen Bewegungsgesetzen auf einer abstrakten, philosophischen Ebene. Ihm gelingt es auch nicht die Frage nachdem, wie die

⁸⁹ ebd., S. 80

⁹⁰ ebd., S. 81. Hervorhebungen im Original

⁹¹ Althusser: Über die materialistische Dialektik, a.a.O., S. 161

⁹² ebd., S. 166. Hervorhebung im Original

Determination durch die Ökonomie zu begreifen ist, ausreichend zu fassen – ohne dabei auf der einen Seite in ökonomischen Determinismus und Reduktionismus und auf der anderen Seite in Politizismus und Beliebigkeit zu verfallen.

Im Folgenden werde ich nun versuchen, eine Kritik an Althusser's Ausführungen zur materialistischen Dialektik zu skizzieren, um anschließend, vor dem Hintergrund der Beschäftigung mit theoretischen und methodischen Ansätzen bei Marx und Engels selbst, Grundachsen einer marxistischen Theorie und Methode zu formulieren, sowie Problemfelder und Fallstricke in den Blick zu nehmen. Dabei werde ich mich auf zwei Bereiche konzentrieren: einerseits die Frage von Determination und Wechselwirkung zwischen Basis und Überbau – dabei werde ich die von ihm zentral angesehenen Begriff Überdeterminierung und Determination in letzter Instanz diskutieren; andererseits die Frage der Begründung einer marxistischen Methode, bei Althusser speziell die Ausarbeitung einer materialistischen/marxistischen Dialektik.

1.2.3.2. Überdeterminierung und Determination in letzter Instanz: ein ungelöster Widerspruch

Das Konzept der Überdeterminierung ist für Althusser, wie gesagt, der Kern des Unterschieds zwischen marxistischer und Hegelscher Dialektik. Damit in Zusammenhang steht auch sein Bestreben die Ökonomie „nur“ als *in letzter Instanz* bestimmend aufzufassen. Auch wenn diese Vorschläge einer guten Intention folgen und reale Probleme aufgreifen und lösen wollen, stellen sie letztlich keinen richtigen Ausweg dar. Althusser bleibt hier äußerst widersprüchlich und unklar. Auf der einen Seite lässt sich die *Überdeterminierung*, vor dem Hintergrund, dass letztlich – *in letzter Instanz* – ohnehin immer die Ökonomie *determiniert*, nur als lose, zufällige und letztendlich ergebnislose Beeinflussung verstehen. Damit reduziert sich diese Vorstellung darauf, dass alles irgendwie zusammenhängt und recht komplex ist, aber im Endeffekt ohnehin die Ökonomie alles bestimmt. Auf der anderen Seite besteht ein grundsätzliches Begründungsdilemma; auf das etwa die Bemerkung, dass der Widerspruch „in einer einzigen und gleichen Bewegung determinierend, aber auch determiniert“⁹³ ist, hinweist.⁹⁴ Denn wenn die Ökonomie letztendlich durch andere Widersprüche bestimmt ist, dann ist die Vorstellung ihrer in letzter Instanz determinierenden Rolle eigentlich nicht

⁹³ Althusser: Widerspruch und Überdeterminierung, a.a.O., S. 65

⁹⁴ An anderer Stelle heißt es ähnlich im Hinblick auf die Vorstellung eines überdeterminierten Widerspruchs, dass der Widerspruch „aufhört, eindeutig zu sein, also ein für alle Male in seiner Rolle und seinem Wesen fixiert“ (Althusser: Über die materialistische Dialektik, a.a.O., S. 156)

aufrechterhaltbar bzw. eine nichtssagende und abstrakte Phrase. Althusser's Lösungsvorschlag bleibt also widersprüchlich und unbefriedigend.

Viele Ausführungen bei Althusser laufen letztlich auf eine Reduktion von „Handlung“ und Veränderung auf Strukturen und objektive Widersprüche hinaus – als Ergebnis seines Festhaltens an der Determination durch die Ökonomie in letzter Instanz: „For Althusser history is a ‘process without a subject or goals’. Change occurs as a result of the accumulation of structural contradictions. Human beings’ role within this process is merely to act as ‘bearers’ of the structures in conflict.“⁹⁵ Somit sieht er „human agents as the ‘bearers’ or ‘supports’ of objective structures and subjectivity itself as a construct of ideology. [...] its reduction of agency to structure denied it the means to conceptualize struggle and change.“⁹⁶

Wie lässt sich vor dem Hintergrund dieses Problems sein Konzept der *Überdeterminierung* deuten? Wir können wohl zwei Dimensionen identifizieren: einerseits geht es Althusser dabei, wie oben skizziert, um eine philosophische, methodische Abgrenzung der marxistischen Dialektik von der Hegelschen und eine Begründung eben dieser. Andererseits soll damit wohl auch eine Antwort auf das Struktur-Handlungs-Dilemma gefunden werden – als ein Ausweg aus der *absoluten* Determination durch die Ökonomie soll die eigenständige Rolle der anderen Instanzen und deren *determinierender* Effekt, eben die Überdeterminierung, dienen.

Probleme ergeben sich auch dadurch, dass er nicht klar stellt welche Bedeutung und Reichweite das Konzept der *Determination* für ihn überhaupt hat; er nimmt keine Definition des Begriffes vor und diskutiert auch nicht die Schwierigkeiten bei der Festlegung von Determinierung. Callinicos sieht die determinierende Rolle der Ökonomie bei Althusser darin bestehen, „precisely in assigning to a particular instance the role of dominant instance.“⁹⁷ Damit wäre die Rolle der Ökonomie auf eine einmalige Bestimmung festgelegt und danach auf eine „Zuschauerposition“ reduziert; somit wäre auch der Begriff *in letzter Instanz* wertlos. In diesem Zusammenhang muss also auch die Konstruktion einer *Dominanten*, die für Althusser nicht notwendigerweise die determinierende Ökonomie sein muss, kritisch gesehen werden. Er kommt hier eben auch zu keiner wirklichen Lösung, denn so gesehen entsteht bei ihm der Eindruck, dass die Determination durch die Ökonomie, abgeschwächt durch das Konzept *in letzter Instanz*, zwar existiert, aber kaum greifbare und theoretisch relevante Auswirkungen hat. Mit dem Begriff der

⁹⁵ Callinicos: *Making History*, a.a.O., S. 10

⁹⁶ ebd., S. 3

⁹⁷ Callinicos: *Althusser's Marxism*, a.a.O., S. 41

Überdeterminierung eröffnet er die Möglichkeit, dass andere Widersprüche bzw. Ebenen zur Dominanten (bzw. zum „Hauptwiderspruch“) werden können – ohne, und das ist der entscheidende Punkt, dabei jedoch die Bedingungen unter denen das möglich wäre/ist zu klären! Damit macht er auch den Weg frei für ein voluntaristisches Politikverständnis und eine Überbetonung (der Möglichkeiten) des Politischen. Callinicos sieht bei Althusser demnach eine „abstract polarity between structure and agency“.⁹⁸

Prinzipiell kann darin der Versuch gesehen werden, eine Antwort auf die Problemstellung des widersprüchlichen Verhältnisses von Struktur und Handlung und ihrer Wechselwirkung zu formulieren. Wenn wir nicht in reduktionistischen Ökonomismus und historischen Determinismus verfallen wollen, müssen wir daran festhalten, dass die Handlungsebene, also politische Aktion, dominant werden kann, d.h. auch in die determinierenden ökonomischen Verhältnisse eingreifen kann. Wird dieser Punkt nicht miteinbezogen, dann besteht auch kein Spannungsverhältnis zwischen Struktur und Handlung, sondern eine Auflösung hin zu, als objektiv existierend konzipierten, Strukturen. Veränderungen können dann nur als Ergebnis einer objektiven Selbstentwicklung der Widersprüche konzipiert werden. Althusser schafft es also nicht eine befriedigende Antwort auf die entscheidende Frage zu finden: wie und unter welchen Umständen kann eine andere Struktur/Ebene dominant werden, d.h. den determinierenden Effekt der Ökonomie (zeitweise) aufheben und „bezwingen“? Bei ihm stehen die zwei Seiten, *Determination in letzter Instanz* und *Überdeterminierung*, letztlich unvermittelt nebeneinander – er schafft es nicht eine adäquate Antwort auf das Struktur-Handlungs-Problem zu geben. Und genau an diesem ungelösten Widerspruch und Problem werden, wie ich später bei Poulantzas zu zeigen versuchen werde, später post-strukturalistische Theorien ansetzen.

1.2.3.3. Die fehlende Verbindung von *materialistischer Dialektik* und *Historischem Materialismus*

Ein Grund für diese Probleme liegt wohl auch darin, dass Althusser sich rein auf einer philosophischen Ebene bewegt und nicht klärt, welche Rolle eine marxistische Dialektik überhaupt im Gesamtgebäude des Marxismus spielen kann und soll. Damit stehen die Erkenntnisse einer marxistischen Dialektik unvermittelt neben einer marxistischen „Geschichtsauffassung“ und konkreten Analysen. So ist auch „Determination“ bei ihm in erster Linie eine philosophische und methodische Kategorie, d.h. deren Bestimmung wird

⁹⁸ Callinicos: *Making History*, a.a.O., S. 10

nur in einem abstrakten Gedankengebäude verhandelt, als Begründungsproblem der Beziehung verschiedener Instanzen und Ebenen aufeinander.⁹⁹

Diese Probleme bei Althusser sind in erster Linie also nicht einem Fehler oder einem „Übersehen“, sondern grundlegenden Problemen seines Versuchs des Entwurfs einer marxistischen Dialektik an sich, der theoretischen Ebene auf der Althusser operiert, geschuldet. So bleibt auch unklar, was eine materialistische Dialektik für Althusser überhaupt leisten kann und soll, was ihre Aufgabe und ihr Stellenwert im Marxismus ist. Die Probleme sind zentral mit seiner Konzeption von Wissenschaft, gerade in seinen früheren Werken, geschuldet: er geht von einer Autonomie der Theorie (bzw. theoretischen Praxis) aus. Allerdings: „he has failed completely to show wherein lies the relative character of this autonomy.“¹⁰⁰ Zusammen mit dem fehlenden Bezug zur gesellschaftlichen Praxis, sowie zur politischen Praxis, bleiben ihm am Ende eigentlich gar keine anderen Möglichkeiten mehr, als sich auf einer abstrakten, philosophischen Ebene zu bewegen und dort den „Beweis“ zu führen. Ein Grund für sein Verbleiben auf dieser Ebene liegt wohl auch in seiner Treue zur KPF und letztlich dem Stalinismus begründet¹⁰¹: bedeutende Intellektuelle mit einer Bindung an die kommunistische Bewegung, also auch Althusser, „trafen mit ihrer Partei stillschweigend die Übereinkunft, sich nicht über die eigentliche Politik zu äußern, wenn ihre theoretische Arbeit [...] einigermaßen unberührt gelassen wurde.“¹⁰² Außerdem wäre es ein äußerst schwieriges, wenn nicht unmögliches Unterfangen gewesen, die politische Praxis des Stalinismus auf der Grundlage einer Theorie, die den Anspruch hat die Interessen des Proletariats zu formulieren und die theoretischen Grundlagen für eine kohärente, revolutionäre Strategie zu liefern, zu rechtfertigen.

Althusser ersetzt im Endeffekt den der Hegelschen Dialektik zugrunde liegenden einfachen Widerspruch durch einen überdeterminierten Widerspruch – und bleibt dabei der selben Problematik verhaftet wie Hegel¹⁰³: die Formulierung von Bewegungsgesetzen (auch der Gesellschaft/Menschheit) auf einer abstrakten, philosophischen und damit ahistorischen

⁹⁹ Callinicos (Althusser's Marxism, a.a.O., S. 83ff) weist auf ähnliche Probleme mit der Fassung von „Ideologie“ hin, die in Althusser's frühen Werken in erster Linie epistemologisch, als Gegenpart zu Wissenschaft, konzipiert und die soziale Funktion somit kaum behandelt wird.

¹⁰⁰ Callinicos: Althusser's Marxism, a.a.O., S. 72

¹⁰¹ Siehe dazu: ebd., S. 89-95

¹⁰² Anderson, Perry: Über den westlichen Marxismus. Syndikat 1978, Frankfurt am Main, S. 64

¹⁰³ Callinicos fasst die erkenntnistheoretischen und methodischen Probleme in Althusser's System folgendermaßen zusammen: „But, more seriously, the role the theory of theoretical practice plays in Althusser's system involves a relapse into the bourgeois empiricist epistemology he has so vigorously criticised. For Althusser can now resolve the problem of scientificity: theoretical practice can cognitively appropriate its real object despite the fact that it takes place completely in thought because thought and the real are homologous – they possess an identical structure, that of practice. [...] This solution is not that far removed from that of Engels in his *Dialectics of Nature*.“ (Callinicos: Althusser's Marxism, a.a.O., S. 76f. Hervorhebung im Original)

Ebene.¹⁰⁴ Bei Althusser's Konzeption könnte wohl von einer „Selbstentfaltung/bewegung der überdeterminierten Widersprüche“ gesprochen werden. Damit gibt es aber ein grundlegendes Dilemma: die dialektische Darstellung „kann bei Marx gerade nicht zu dem in sich ruhenden, abgeschlossenen Unternehmen werden, als das sie für Hegel erst wahre Wissenschaft ist.“¹⁰⁵

Ein Beispiel für die widersprüchliche und letztlich mechanische Struktur von Althusser's System ist das Beispiel der russischen Revolution; an Hand dessen er auch in *Widerspruch und Überdeterminierung* sein Konzept der Überdeterminierung entwickelt. Für das Thema dieser Arbeit ist dieses Beispiel insofern von Interesse, weil dabei Fragen nach den Gründen bzw. den Voraussetzungen für soziale Revolutionen gestellt und diskutiert werden – dieser Umstand wird später beim Thema bR noch ausführlicher zu diskutieren sein. Zunächst fasst Althusser solide die besonderen Widersprüche der russischen Gesellschaft und Ökonomie zusammen (dessen Erkenntnis er fälschlicherweise Lenin und Stalin zurechnet¹⁰⁶), und konstatiert, dass „es die größte Summe damals möglicher historischer Widersprüche anhäuften; [...] es gleichzeitig die *verspätetste und fortgeschrittenste* Nation war“.¹⁰⁷ Althusser führt zwar nun richtigerweise aus, dass auf Grund dieser Konstellation die *objektiven* Bedingungen für eine Revolution in Russland bestanden, und die *subjektive* Bedingung für ihren Erfolg die kommunistische Partei darstellte. Er verfolgt diesen Punkt, und damit allgemein das Verhältnis von objektiven Gegebenheiten und subjektivem Faktor, jedoch nicht weiter. Eine Reihe von anderen Formulierungen führen zu einer Unterbelichtung der Rolle des subjektiven Faktors und legen eine Selbstentwicklung der Widersprüche nahe. So etwa wenn er schreibt: „Damit dieser Widerspruch ‘aktiv’ werden kann im starken Sinn, Prinzip des Bruchs, bedarf es einer derartigen Anhäufung von ‘Umständen’ und ‘Strömungen’, daß diese [...] zu einer *Einheit des Bruches ‘zusammenfließen’*“.¹⁰⁸

Er schafft es nicht, die eigenständige und entscheidende Rolle des *subjektiven* Faktors, der russischen Massen und der Bolschewiki, herauszuarbeiten. Natürlich lassen sich die

¹⁰⁴ Folgende Kritik von Marx an Hegel kann vielleicht dabei helfen das Problem weiter zu erhellen: „Hegel geriet daher auf die Illusion, das Reale als Resultat des sich in sich zusammenfassenden, in sich vertiefenden und aus sich selbst sich bewegenden Denkens zu fassen, während die Methode, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. Keineswegs aber der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst.“ (Marx: Einleitung [zur Kritik...], a.a.O., S. 632)

¹⁰⁵ Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. S. 177

¹⁰⁶ Auch hier zeigt sich wie sehr Althusser Stalinist war, denn er schreckt nicht einmal vor offener Fälschung der Geschichte zurück. Wie bereits oben angemerkt, wurden die besonderen Widersprüche der russischen Ökonomie und Gesellschaft das erste Mal von Leo Trotzki in seinem Werk *Ergebnisse und Perspektiven* (1906) analysiert – und Althusser gibt diese Beschreibung fast genauso wieder. Diese Erkenntnisse Trozki's wurden jedoch bis kurz vor der russischen Oktoberrevolution kaum wahrgenommen, auch nicht von Lenin (wie Althusser meint). Siehe dazu: Wegner, Eric: *Marxistische Revolutionstheorie in der Arbeiterbewegung der letzten 150 Jahre*, in: Arbeitsgruppe Marxismus (Hrsg.): *Revolutionen nach 1945*, Wien, AGM 2001, 2. Auflage, S. 9-99

¹⁰⁷ Althusser: *Widerspruch und Überdeterminierung*, a.a.O., S. 61. Hervorhebung im Original.

¹⁰⁸ ebd., S. 63. Hervorhebung im Original.

Ereignisse der russischen Revolution und die Besonderheiten des subjektiven Faktors nicht getrennt von den besonderen geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingungen des damaligen Russlands erfassen; sie lassen sich aber auch nicht auf diese materiellen Bedingungen reduzieren! Der Fehler ist jedoch keiner falschen Einschätzung einer konkreten, historischen Situation geschuldet, sondern symptomatisch für eine fehlende (oder zumindest kaum vorhandene) Beschäftigung von Althusser mit der Frage des subjektiven Faktors und allgemein einer Unterbestimmung des Verhältnisses von Struktur und Handlung. Dahinter steht auch die weitgehende Absenz einer Verknüpfung von Theorie und Praxis bzw. die Auflösung dieser Problematik mit dem Verweis auf die „theoretische Praxis“.¹⁰⁹

Althusser's Ausführungen müssen als Reaktion auf die humanistische und hegelianische Interpretation von Marx/des Marxismus nach dem zweiten Weltkrieg, sowohl im stalinistischen Russland als auch in der KPF, gesehen werden. Gegenüber einer „vom Menschen“ ausgehenden Theorie und Geschichtsauffassung betont er – zu Recht – die Rolle von Strukturen. Er gelangt dabei aber zu keiner wirklichen Lösung wie ein solches „dialektisches Wechselverhältnis“ zu denken ist. Deswegen besteht bei ihm auch eine Überbetonung der Strukturen; daneben aber auch, als notwendiges Beiprodukt, um die Möglichkeit des Eingreifens der Menschen in die Gesellschaft und ihre Geschichte nicht gezwungenermaßen über Bord werfen zu müssen, eine voluntaristische Konzeption von politischem Handeln. Andererseits ging es ihm auch um eine erkenntnistheoretische Fundierung des Marxismus, die Begründung seiner Legitimität als Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft, die nicht vom einzelnen Menschen ausgeht und eine subjektivistische Sichtweise von „Wahrheit“ zulässt, sondern objektive, „wahre“ Erkenntnisse liefert.

Dabei war ein Ziel wohl auch die Bestätigung der „Richtigkeit“ des Marxismus, seine Verteidigung gegenüber einer „Verwässerung“ und KritikerInnen. Althusser versucht die Versicherung dafür, die einen absoluten Wahrheitsanspruch hat, auf einer abstrakten, philosophischen Ebene zu finden und zu begründen. Dabei gibt es zwei zusammenhängende Probleme. Auf der einen Seite das weitgehende Verschwinden der historischen Ebene/Betrachtung; die sich sowohl in der Postulierung absoluter Erkenntnisse/Wahrheiten als auch im Fehlen historischer Betrachtungen ausdrückt. Für Eagleton vertritt Althusser die These, „daß Erkenntnis in keiner Weise historisch ist“ und Althusser „verweigert sich der Einsicht, daß die Kategorien in denen wir denken, historisch gemacht sind. Es ist *eine* Sache, die historizistische These, Theorie sei einfach nur der

¹⁰⁹ Siehe: Callinicos: Althusser's Marxism, a.a.O.

‘Ausdruck’ bestimmter Gesellschaftsverhältnisse abzulehnen [...]. Es ist jedoch eine ganz andere Sache, zu behaupten, Theorie sei völlig und unabhängig von Geschichte oder bewiese sich selbst.“¹¹⁰ Auf der anderen Seite gibt es, als Ergebnis der Ebene auf der Althusser operiert und in Zusammenhang mit der Sonderstellung die er der „reinen“ Wissenschaft einräumt, auch entgegen Althusser's eigenen Ausführungen zur Materialität von Ideologie/Ideen¹¹¹, keine Reflexion des eigenen Bewusstseins, d.h. auch der Theorie, als durch die Gesellschaft und spezifische historische Umstände „produziert“, oder zumindest beeinflusst.¹¹² Dies ist freilich auch Ergebnis der Existenzbedingungen des *westlichen Marxismus*, „seine[r] strukturelle[n] Trennung von der politischen Praxis.“¹¹³ Althusser's Kritik an der humanistischen Interpretation des Marxismus verbleibt auf der Ebene der „reinen“ Theorie. Er unterlässt eine grundsätzlichere Kritik am Stalinismus und seiner politischen Praxis und beschäftigt sich auch nicht mit politischen und konkreteren Fragestellungen und Problemen.

Es mutet fast kurios an, dass Marx gerade in den *Thesen über Feuerbach* formulierte: „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme – ist keine Frage der Theorie, sondern eine *praktische* Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i.e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit des Denkens – das von der Praxis isoliert ist – ist eine rein *scholastische* Frage.“¹¹⁴ Althusser verbleibt in diesem Punkt auf der Ebene der (Jung-)Hegelianer: ein Kampf mit Ideen gegen Ideen; ohne eine Verortung und Rückbindung dieser an die gesellschaftliche, menschliche Praxis.

Althusser erfasst nicht den zentralen Punkt einer historisch-materialistischen Theorie, nämlich den Fokus auf und die Erklärung der gesellschaftlichen Formen und Verhältnisse in denen sich die „(Re-)produktion des materiellen Lebens“ vollzieht und darauf aufbauend, die Benennung der Bedingungen der Möglichkeit einer Transformation dieser. So umgeht er etwa den zentralen Punkt wenn er sagt: „Der ‘Ökonomismus’ (der Mechanismus) ist es, und nicht die echte marxistische Tradition, der ein für alle Male die Hierarchie der Instanzen aufstellt, einer jeden ihr Wesen und ihre Rolle zuweist und den

¹¹⁰ Eagleton, Terry: *Ideologie. Eine Einführung*. J.B. Metzler 2000, Stuttgart, S. 164 Hervorhebungen im Original

¹¹¹ Vgl. Althusser, Louis: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, in: derselbe.: *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie*. VSA 1977, Hamburg/Westberlin, S. 108-168.

¹¹² Marx formulierte in den *Thesen über Feuerbach*: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus [...] ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefasst wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv.“ (Marx: *Thesen über Feuerbach*, a.a.O., S. 5)

¹¹³ Anderson: *Über den westlichen Marxismus*, a.a.O., S. 50

¹¹⁴ Marx: *Thesen über Feuerbach*, a.a.O., S. 5. Hervorhebung im Original

eindeutigen Sinn ihrer Beziehungen definiert“.¹¹⁵ Im Historischen Materialismus und „Dialektischen Materialismus“ geht es nicht um eine abstrakt festgelegte „Hierarchie der Instanzen“, sondern um die grundlegende Rolle der „Produktion des materiellen Lebens selbst“¹¹⁶ und die historischen, gesellschaftlichen Formen in denen das passiert. Es geht darum die „gesellschaftliche Gliederung“ (und den Staat), wie sie „beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor[geht]“¹¹⁷ zu analysieren und zu erklären. Die Zwänge die sich aus der Ökonomie ergeben sind dabei keine theoretisch konstruierten (auch wenn sie auf der theoretischen Ebene natürlich eine entscheidende Rolle spielen), sondern es handelt sich dabei um die (Über-)Lebensbedingungen der Menschen, die Grundlagen menschlicher Existenz und Gesellschaftlichkeit.

Um nicht falsch verstanden zu werden: es ist absolut notwendig die theoretischen und methodischen Grundlagen des Marxismus zu klären und auf Fragen, die Althusser zu Recht aufwirft, Antworten zu finden; allerdings kann Althusser's Entwurf nicht überzeugen bzw. scheitert sein Versuch der (Re)konstruktion einer marxistischen Dialektik, inklusive eines Bruches mit der Struktur, dem „Wesen“ der Hegelschen Dialektik. Er verpasst den entscheidenden Punkt: nämlich die Gesellschaft, ihre Widersprüche und Veränderung als Ergebnis tatsächlich existierender, materieller Prozesse und menschlicher Praxis zu verstehen – und dabei das „dialektische“ Wechselverhältnis zwischen strukturellen Zwängen und darüber hinausgehenden Handlungen, aber auf der Grundlage dieser materiellen Determination, zu fassen. Eine historisch-materialistische Theorie muss, auf der Grundlage der Annahme einer Determination durch die Ökonomie, davon ausgehen, „daß also die Umstände ebensowohl die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen.“¹¹⁸ Wie diese gegenseitige Beeinflussung konkret aussieht kann allerdings nicht auf einer abstrakten, philosophischen Ebene geklärt werden – dazu braucht es eine Analyse einer konkreten, historischen Situation, die Einschätzung von objektiven und subjektiven Faktoren. Eine solche kann jedoch nur auf Grundlage einer Klärung der theoretischen und methodischen Grundachsen stattfinden.

¹¹⁵ Althusser: Über die materialistische Dialektik, a.a.O., S. 160. Hervorhebung im Original

¹¹⁶ Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 28

¹¹⁷ ebd., S. 25

¹¹⁸ ebd., S. 38

1.3. Zwischenresümee: Theoretische und methodische Grundlagen einer (historisch-)materialistischen Staatstheorie

„Hieraus geht hervor, daß eine bestimmte Produktionsweise oder industrielle Stufe stets mit einer bestimmten Weise des Zusammenwirkens oder gesellschaftlichen Stufe vereinigt ist, und diese Weise des Zusammenwirkens ist selbst eine ‚Produktivkraft‘“¹¹⁹

Aus dem bisher gesagten wurde klar, dass es gilt, eine Art „Drahtseilakt“ zu vollführen: eine konkrete Gesellschaft(skonstellation) kann weder als einfache „Widerspiegelung“ ökonomischer Gegebenheiten, noch als Ergebnis (bewusster) politischer Handlungen und Prozesse begriffen werden; ein „Zusammendenken“ der beiden Ebenen, ein loses Nebeneinander mit gegenseitiger Beeinflussung, stellt auch keine befriedigende Lösung dar. Wie könnte dieses Verhältnis nun gefasst werden? Zunächst gilt es festzuhalten, dass die determinierende Rolle der Ökonomie nicht abstrakt ist, sondern nur vermittelt durch gesellschaftliche Prozesse und Praxis existiert. Aber die Formen, Ausprägungen und Bedingungen, unter denen menschliche Praxis stattfindet, sind keine (rein) zufälligen oder voluntaristisch veränderbaren, sondern sowohl bestimmt/geprägt durch den Zwang zur (Re-)produktion und die Produktionsverhältnisse, als auch durch historisch gewachsene Strukturen/Umstände. Darauf will auch Marx hinaus wenn er meint: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“¹²⁰

In welchem Verhältnis stehen nun Historischer Materialismus und „Dialektischer Materialismus“/Dialektik? Was bleibt von der Dialektik für eine marxistische Theorie überhaupt noch übrig? Die Dialektik stellt weder eine fix-fertige Methode, eine Art Schablone, dar, die es nur der Realität (Geschichte, Gesellschaft, Natur) überzustülpen gilt und die somit die Versicherung einer „wahren“ Erkenntnis liefern würde. Noch ist sie die Erkenntnis objektiver, allgemeiner Bewegungsgesetze, die es nur zu übertragen gelte. Auch wenn sich bei Marx und Engels keine Ausformulierung einer marxistischen Dialektik findet (und auch keine „Abrechnung“ mit der Hegelschen Dialektik), kann in einigen Werken, in erster Linie im *Kapital*, von einer impliziten Anwendung gesprochen werden. Dort dient die „dialektische Darstellungsweise“ vor allem der Entwicklung der Kategorien; aber nicht als didaktische oder semantische Aufgabe, sondern als notwendig, um überhaupt den Gegenstand hinlänglich erfassen zu können. Marx weist auch darauf hin (im Bezug auf den Kapitalismus),

¹¹⁹ ebd., S. 30

¹²⁰ Marx: Der achtzehnte Brumaire..., a.a.O., S. 115

dass der gesellschaftliche Zusammenhang der Menschen nicht unmittelbar ersichtlich oder durchschaubar ist, das Wertgesetz wirkt *hinter dem Rücken*¹²¹ der ProduzentInnen. Die Menschen sind sich auch nicht bewusst, was sie als Tauschende und ProduzentInnen tun¹²², d.h. wie die (Re-)Produktionsverhältnisse verfasst sind.

Die Dialektik schafft daher die methodischen Voraussetzungen, um auf Grundlage eines historisch-materialistischen „Geschichtsverständnisses“, die tatsächliche Verfasstheit und „Struktur“ der Gesellschaft, die sich nicht einfach auf der „Oberfläche“ zeigt, zu erfassen. Heinrich bringt es folgendermaßen auf den Punkt: „Marx zeigt dynamische Wirkungszusammenhänge zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen auf und entwickelt damit überhaupt erst einen Begriff geschichtlicher Entwicklung.“¹²³ Diese Bestimmung ist notwendigerweise abstrakt und kann nur allgemeinen Charakter haben, d.h. dass sich daraus „kein konkreter geschichtlicher Verlauf deduzieren“¹²⁴ lässt. Hier kommt das Wechselverhältnis von Theorie/Methode und konkreter Geschichte ins Spiel: auf einer abstrakten, „philosophischen“ Ebene gilt es, die theoretischen und methodischen Grundlagen zu klären, die notwendigerweise von konkreten, historischen Gegebenheiten abstrahieren. Erst so kann überhaupt das „Werkzeug“ zur richtigen Analyse geschaffen werden, d.h. auch geklärt werden, sowohl welche Ebenen/Faktoren überhaupt eine Rolle spielen (können) und was für eine, als auch welche Bedeutung konkret-historische Konstellationen und Entwicklungen überhaupt zukommen kann.

Hinsichtlich der Fassung des Verhältnisses von Basis und Überbau bzw. von Struktur und Handlung können wir festhalten, dass diese Bestimmung notwendigerweise auf einer abstrakten, „philosophischen“ Ebene stattfinden und verbleiben muss. Dort kann aber nicht mehr geleistet werden als eben eine allgemeine Beschreibung/Fassung dieses Wechselverhältnisses – inklusive einer Umschreibung der Determination durch die ökonomische Basis. Den Verlauf der konkreten Geschichte bzw. die Entwicklung einer konkreten Gesellschaft kann damit noch nicht erklärt, geschweige denn vorweggenommen werden. Dazu bedarf es einer Einbeziehung und Analyse der konkreten, historischen Tatsachen und Umstände. Welche Bedeutung dabei welchen Entwicklungen und Verhältnissen zugesprochen wird ist jedoch nicht beliebig, sondern Ausdruck einer abstrakt(er) zu bestimmenden Theorie und Methode: „Es ist die dialektische Entwicklung der

¹²¹ Marx stellt fest, „daß der Mehrwert nicht aus der Zirkulation entspringen kann, bei seiner Bildung also etwas hinter ihrem Rücken vorgehen muß, das in ihr selbst unsichtbar ist.“ (Marx: Das Kapital. Band 1, a.a.O., S. 179)

¹²² „Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen, setzen sie ihre verschiedenen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich. Sie wissen das nicht, aber sie tun es.“ (ebd., S. 88)

¹²³ Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 151

¹²⁴ ebd.

Kategorien, die deutlich machen soll, an welcher Stelle und in welcher Hinsicht die historische Betrachtung hereintreten muß.¹²⁵

¹²⁵ ebd., S. 177

2. Materialistische Staatstheorie: Debatten, Probleme und Ansätze

„Meine Untersuchung mündet in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln.“¹²⁶

Im folgenden Kapitel sollen anhand von verschiedenen Ansätzen und Theoriesträngen der mSt ihre zentralen Frage- und Problemstellungen herausgearbeitet und unterschiedliche Herangehensweisen diskutiert werden. Ein wesentlicher Fokus wird dabei auf dem Verhältnis von Politik/Staat und Ökonomie/Klassen liegen. Dieses ist auch hinsichtlich der Einschätzung der bürgerlichen Revolutionen von großer Relevanz, da sich dort konkret-historisch die Frage nach dem (notwendigen) Zusammenhang von kPw und einer spezifisch kapitalistischen Form des Staats stellt. Das Kapitel soll also auch dabei helfen, die Frage nach der historischen Entstehung und Begründung bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit theoretisch einordnen und in den Griff bekommen zu können.

Als erstes werde ich kurz verschiedene Ansätze und Diskussionsachsen skizzieren. Danach werde ich auf die „Staatsableitung“, oder weniger problembehaftet: Staatsformanalyse, eingehen und ihre zentralen Annahmen darstellen. Im nächsten Teil werde ich mich mit den staatstheoretischen Ausführungen bei Marx und Engels beschäftigen. Danach möchte ich zentrale Punkte von Nicos Poulantzas' Staatstheorie darstellen und kritisch beleuchten. Im Anschluss daran wird der Frage nach dem Verhältnis von *Form* und *Institution* und wie es theoretisch bearbeitbar ist nachgegangen. Schließlich sollen in einem Zwischenresümee Schlussfolgerungen und deren Bedeutung für die weitere Arbeit diskutiert werden.

2.1. Grundfragen und –achsen materialistischer Staatstheorie

Zunächst stellt sich die grundsätzliche Frage, was unter *materialistischer* Staatstheorie überhaupt zu verstehen ist. Hirsch bietet folgende grundlegende Charakterisierung des Gebiets der mSt an: „Materialistische Staatstheorie ist kein geschlossenes Theoriegebäude, sondern umfasst sehr unterschiedliche Ansätze. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich auf je spezifische Weise auf den von Marx entwickelten historischen Materialismus und dessen Kritik der politischen Ökonomie beziehen.“¹²⁷ Dabei sind jedoch, wie ich zu zeigen versuchen werde, sowohl die Interpretation dessen worauf Bezug genommen wird, als auch die Ergebnisse sehr unterschiedlich. Ein Grund dafür liegt sicherlich auch darin, dass Marx und

¹²⁶ Marx: Zur Kritik... Vorwort, a.a.O., S. 8

¹²⁷ Hirsch, Joachim: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. VSA 2005, Hamburg, S. 15

Engels keine „fertige“ Staatstheorie hinterlassen haben – bei ihnen gibt es kein Werk, das sich explizit mit dieser Thematik beschäftigt, sondern nur Auseinandersetzungen unterschiedlichen Charakters in unterschiedlichen Werken.

So identifiziert etwa Jessop zwei unterschiedliche Sichtweisen bei Marx und Engels: auf der einen Seite die Vorstellung des Staats als *Instrument* der Klassenherrschaft, auf der anderen Seite die Auffassung als potenziell *autonome* Autorität.¹²⁸ Viele Debatten der mSt drehen sich auch um diese, oder zumindest ähnliche, Punkte: Ist der Staat ein bloßes Instrument? Und wenn ja, nur eines der herrschenden Klasse oder kann dieses auch von anderen Klassen „benutzt“ werden? Oder ist der Staat nicht gar ein eigenständiges Subjekt, mit spezifischen Eigeninteressen? Worin liegt der Charakter des Staats und die Rolle die er spielt (bzw. spielen kann) überhaupt begründet?

Poulantzas will gerade dieses ewige „Pseudodilemma“ zwischen den Konzeptionen des Staats als entweder Sache/Subjekt oder Instrument vermeiden.¹²⁹ Er definiert den kapitalistischen Staat daher *„als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat in spezifischer Form ausdrückt.“*¹³⁰ Er geht weiters davon aus, dass sich dieses Kräfteverhältnis nicht direkt und unmittelbar, sondern in einer der Materialität der Apparate entsprechenden Form überträgt.¹³¹ Poulantzas lehnt jedoch ein zentrales Argument der Staatsformanalyse ab: die Annahme einer spezifischen Form des Politischen in kapitalistischen Gesellschaften – die sich aus den ökonomischen Verhältnissen ergibt und erklären lässt. Er lehnt eine solchen Annahme alleine schon deswegen ab, weil für ihn „die Produktionsverhältnisse bereits Macht- und Kampfverhältnisse“ sind.¹³² Insgesamt geht es ihm darum, die Vorstellungen von Politik und Ökonomie, in denen das Verhältnis dieser Ebenen „als Beziehungen einer prinzipiellen *Äußerlichkeit* gedacht“¹³³ werden zu überwinden, d.h. sie aufeinander zu beziehen, sie gemeinsam und in ihrer wechselseitigen Beeinflussung zu analysieren.

Es handelt sich hier also um durchaus divergierende Ansätze – auch mit etwas unterschiedlichen Analyseschwerpunkten. Während Poulantzas auf die Erklärung des Niederschlagens von gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen auf den Staat fokussiert, operiert die Staatsformanalyse in erster Linie auf einer abstrakteren und

¹²⁸ Jessop, Bob: Karl Marx, S. 120, in: derselbe: Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Argument 2007, Hamburg, S. 108-126

¹²⁹ Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA 2002, Hamburg, S. 159f

¹³⁰ ebd., S. 159. Hervorhebung im Original

¹³¹ ebd., S. 162

¹³² ebd., S. 75

¹³³ ebd., S. 44

allgemeineren Ebene. Es ergibt sich also durchaus ein möglicher Überschneidungspunkt zwischen den beiden Ansätzen: die Erklärung der konkreten Ausformung spezifischer Staaten/Staatsapparate und ihre spezifische Verfasstheit in konkreten historischen Konstellationen. Ein solcher Versuch wird von Hirsch (und Kannakulam) unternommen.

Meine forschungsleitende **Hypothese** für dieses Kapitel ist, dass es notwendig ist an der Staatsformanalyse festzuhalten. Wird diese aufgegeben führt das zu theoretisch unlösbaren Problemen (wie ich am Beispiel der Staatstheorie von Poulantzas zu zeigen versuchen werde). Ebenso wird es so unmöglich die bR adäquat zu fassen. Entscheidende Bedeutung kommt der Fassung des Verhältnisses von *Form* und *Institution* zu; jedoch ist Hirschs (und Kannakulams) Konzept „Staatsableitung plus *Verdichtung*“ unzureichend.

2.2. Politische Form des Kapitalismus

„Es geht also um die in den materiellen Produktionsverhältnissen liegenden Handlungsmöglichkeiten und –zwänge, die die politischen Institutionen und die politischen Prozesse der bürgerlichen Gesellschaft prägen.“¹³⁴

Nun soll es darum gehen, zentrale Annahmen der „Staatsableitung“ kurz darzustellen. Dabei geht es auch darum den Referenzrahmen für die weitere Diskussion abzustecken. So soll später auch deutlicher werden wie Marx’ und Engels’ Bestrebungen einzuordnen sind und wovon sich Poulantzas abgrenzt. Außerdem wird die Frage der politischen Form bei der Diskussion der bR noch eine wesentliche Rolle spielen. Bei meinen Ausführungen zur Staatsableitung werde ich mich im Wesentlichen an die Arbeiten von Joachim Hirsch halten.¹³⁵

Bei Hirsch ist der Begriff der *sozialen Formen* für eine Erklärung zentral: Damit „werden in der materialistischen Gesellschaftstheorie den Menschen äußerlich und fremd gegenüberstehende Objekte bezeichnet, in denen ihr gesellschaftlicher Zusammenhang, in einer verstellten, nicht unmittelbar durchschaubaren Weise zum Ausdruck kommt und mittels derer Gesellschaftlichkeit unter den bestehenden ökonomischen Bedingungen überhaupt erst möglich wird.“¹³⁶ Die beiden grundsätzlichen sozialen Formen im Kapitalismus sind auf der einen Seite der *Wert* und auf der anderen Seite die politische Form, der Staat.¹³⁷ Diese beiden Bereiche stehen aber nicht unvermittelt nebeneinander, sondern zwischen ihnen bestehen ein

¹³⁴ Hirsch, Joachim: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. VSA 2002, Hamburg, S. 21

¹³⁵ Ich werde mich hier im Wesentlichen auf die grundsätzlichen/einleitenden Kapitel seiner Bücher *Materialistische Staatstheorie* und *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen* konzentrieren. Seine weiterführenden staatstheoretischen Ausführungen (Stichwort: Nationaler Wettbewerbsstaat) werde ich nicht behandeln. Weiters werden in dieser Arbeit Hirschs Texte *Politische Form, Politische Institutionen und Staat* und *Die Räume des Kapitals* (mit Kannakulam) einfließen und diskutiert werden.

¹³⁶ Hirsch: Herrschaft, Hegemonie..., a.a.O., S. 19

¹³⁷ ebd., S. 19

immanenter Zusammenhang und eine gewisse Wechselwirkung. Die Bestimmung der Form des Politischen (in kapitalistischen Gesellschaften) muss also mit Blick auf die ökonomischen Verhältnisse durchgeführt werden. Dabei ist das Ziel „zu begründen, weshalb das politische Gemeinwesen, der Staat, überhaupt eine von der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Klassen *getrennte* Gestalt annimmt“.¹³⁸ Den Kern dieser, oft als „Staatsableitung“ bezeichneten, Begründung fasst Hirsch folgendermaßen zusammen: „Es geht also um die in den materiellen Produktionsverhältnissen liegenden Handlungsmöglichkeiten und –zwänge, die die politischen Institutionen und die politischen Prozesse der bürgerlichen Gesellschaft prägen, nicht um die Erklärung konkreter Staatsapparate oder einzelner politischer Systeme.“¹³⁹

Politische Herrschaft – und damit der Staat – nimmt dabei im Kapitalismus eine besondere Form an: „Von ‘Staat’ als Herrschaftsform ist prinzipiell erst dann zu sprechen, wenn sich ein eigenständiger, zentralisierter Gewaltapparat, getrennt von Gesellschaft und Ökonomie herausbildet, ‘Politik’ und ‘Ökonomie’ als gesellschaftliche Funktionsbereiche damit auseinandertreten.“¹⁴⁰ Dieser Umstand ist erst unter kapitalistischen Verhältnissen gegeben – in früheren Gesellschaftsformen kann von einem weitgehenden Zusammenfallen von politischer und ökonomischer Herrschaft gesprochen werden. Daher ist es für Hirsch auch „irreführend, von einem ‘antiken’, ‘mittelalterlichen’ oder ‘feudalen’ Staaten zu sprechen.“¹⁴¹ Weiter unten werde ich die Problematik wieder aufnehmen werden, inwiefern politische Herrschaftsapparate vor dem Kapitalismus auch als Staat bezeichnet werden können. Das zentrale Argument ist jedenfalls, und das ist verschiedenen Interpretationen gemein, dass in kapitalistischen Gesellschaften ökonomische und politische Herrschaft nicht mehr unmittelbar zusammenfallen.

An dieser Stelle ist es notwendig die Besonderheiten der kPw in den Blick zu nehmen und diese dann hinsichtlich ihrer Relevanz für die politische Form, d.h. den Staat, zu diskutieren. Marx geht es in seiner *Kritik der politischen Ökonomie* und der dort an zentraler Stelle stehenden Werttheorie darum, „den *spezifisch gesellschaftlichen Charakter* Waren produzierender Arbeit“¹⁴² zu erklären. Es geht also auch darum, den Schein von einer Gesellschaft vereinzelter Warenbesitzer (*homo oeconomicus*) zu dekonstruieren und die besondere Art der Vergesellschaftung unter kapitalistischen Verhältnissen aufzuzeigen. Die Klassenverhältnisse der kPw sind nicht mehr durch direkte, persönliche

¹³⁸ Hirsch: *Materialistische Staatstheorie*, a.a.O., S. 25. Hervorhebung im Original.

¹³⁹ Hirsch: *Herrschaft, Hegemonie...*, a.a.O., S. 21

¹⁴⁰ ebd., S. 18

¹⁴¹ ebd., S. 18

¹⁴² Heinrich: *Kritik der...*, Einführung, a.a.O., S. 45. Hervorhebung im Original.

Abhängigkeitsverhältnisse gekennzeichnet, sondern Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sind indirekt, sachlich vermittelt – das ist ein wichtiges Element von Marx' Kategorie der *doppelt freien Lohnarbeit*. Neben diesen Voraussetzungen in den Klassenverhältnissen gilt es auch die besondere Dynamik der kPw zu berücksichtigen: im Zentrum steht nicht die Aneignung von Gebrauchswerten, sondern die Realisierung von Tauschwerten am Markt. Kapital bezeichnet also nicht eine Anhäufung von Reichtümern oder Geldmitteln, sondern bezeichnet den *sich selbst verwertenden Wert*. Aus diesem Drang zu ständiger Verwertung – unter Bedingungen der Konkurrenz – entspringt auch die expansive Dynamik der kPw.¹⁴³

Die relative Trennung von Politik und Ökonomie, und damit die spezifische politische Form des bkS, ist wesentlich durch die ökonomischen Verhältnisse und sich daraus ergebender Notwendigkeiten bestimmt. Wir können dabei zwei zusammenhängende Seiten identifizieren. Einerseits eine „unmittelbar“ ökonomische: um einen „ungehinderten“ Akkumulationsprozess ermöglichen zu können, bedarf es der Herstellung und Sicherung der Voraussetzungen kapitalistischer Produktion, d.h. im Kern die Existenz doppelt freier LohnarbeiterInnen und eines „freien“ Marktes. Andererseits einer stärker politische Seite: „Erst innerhalb und durch seine Apparatur kann sich so etwas wie die gemeinsame Politik der ökonomisch herrschenden, aber zugleich konkurrierenden und sich bekämpfenden Klassen und Klassenfraktionen herausbilden und sie stellt gleichzeitig den institutionellen Rahmen zu seiner sowohl repressiven wie ideologisch-materiellen Befriedigung der beherrschten und ausgebeuteten Klassen bereit.“¹⁴⁴ Auf dieser Grundlage können wir uns nun auch dem Klassencharakter des bkS zuwenden: „Er ist weder Ausdruck eines allgemeinen Willens noch einfach das Instrument einer Klasse, sondern Vergegenständlichung eines strukturellen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisses.“¹⁴⁵

Hinsichtlich dieser grundsätzlichen Ausführungen können wir zusammenfassend festhalten: die Form des bürgerlich-kapitalistischen Staats taucht nicht zufällig mit der Durchsetzung der kPw auf, sondern ist strukturell vielmehr die der Verfasstheit und Dynamik der kPw entsprechende – „idealtypische“ – politische Form. Diese Auffassung kann wohl als Kern der „Staatsableitung“ angesehen werden. Einschränkend gilt es hinzuzufügen, dass die abstrakte Bestimmung der spezifischen Form des Politischen im Kapitalismus „noch nichts aussagt über die historischen Prozesse, Kämpfe und Auseinandersetzungen, in denen sich diese

¹⁴³ Vgl. Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, a.a.O., S. 252ff und Marx: Das Kapital. Band 1, a.a.O., S. 161ff

¹⁴⁴ Hirsch: Herrschaft, Hegemonie..., a.a.O., S. 27

¹⁴⁵ Hirsch: Materialistische Staatstheorie, a.a.O., S. 26

durchgesetzt hat und immer wieder neu durchsetzen muß.“¹⁴⁶ Somit wird auch klar, dass eine formanalytische Gesellschaftstheorie „in einem klaren Gegensatz zu einer ‘funktionalistischen’“¹⁴⁷ steht. Für die weitere Debatte gilt es daher festzuhalten: „das Herausarbeiten der politischen Form kann sich nur auf die allgemeinen Strukturmerkmale der kapitalistischen Gesellschaft beziehen und erklärt noch keineswegs historisch konkrete Staaten, ihre Funktionen und ihre Entwicklung.“¹⁴⁸

2.3. Staatstheoretische Überlegungen bei Marx und Engels

„Es ist jedes Mal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten [...], worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden.“¹⁴⁹

Wie bereits erwähnt, besteht die Schwierigkeit, dass Marx und Engels keine kohärente Staatstheorie hinterlassen und auch keine eigenständige Arbeit zu diesem Thema verfasst haben.¹⁵⁰ Zu diesem Thema finden sich jedoch Bemerkungen und Ausführungen in verschiedenen Schriften. Diese tragen unterschiedlichen Charakter und umfassen theoretische Analysen, Auseinandersetzungen mit konkreten Ereignissen, Polemiken und Propaganda. Im Rahmen dieser Arbeit kann freilich keine grundsätzliche Aufarbeitung der staatstheoretischen Überlegungen bei Marx und Engels geleistet werden; dazu bedürfte es auch eines umfassenden In-Bezug-Setzens dieser zu ihrem „Gesamtwerk“, sowie eine tiefergehendere Beschäftigung mit ihren historischen Analysen (also auch eine Überprüfung dieser Einschätzungen). Mir geht es hier um eine skizzenhafte Nachzeichnung ihrer staatstheoretischen Überlegungen – vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen zu Historischem Materialismus und mSt. Auf die Entwicklung ihrer theoretischen Bemerkungen zu diesem Thema kann kaum eingegangen werden. Die Diskussion wird sich auf die Darstellung zentraler Achsen und Konzepte beschränken und dabei gerade im Hinblick auf die Diskussion bR bedeutende Elemente miteinbeziehen.

Wie soll man/frau sich diesen weit verstreuten Elementen einer Staatstheorie nähern und wie können diese eingeordnet und eingeschätzt werden? Ich habe weiter oben bereits erwähnt das

¹⁴⁶ Hirsch: Politische Form..., a.a.O., S. 162

¹⁴⁷ ebd., S. 161

¹⁴⁸ ebd., S. 164

¹⁴⁹ Marx: Das Kapital. Band 3, a.a.O., S. 799f

¹⁵⁰ Jessop, Bob: Holen wir den Staat zurück! Rückblicke und Perspektiven, S 13, in: derselbe: Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Argument 2007, Hamburg, S.13-38., S. und Jessop: Karl Marx, a.a.O., S. 120

Jessop bei Marx und Engels zwei unterschiedliche Sichtweisen auf den Staat identifiziert.¹⁵¹ Ähnlich wie Jessop identifiziert auch Wippermann bei Marx und Engels zwei unterschiedliche Staatsverständnisse.¹⁵² (Ich werde später auf die Thesen von Wippermann noch ausführlicher eingehen).

Im Anschluss daran möchte ich folgende **Hypothese** formulieren: Marx und Engels legen zwar keine abgeschlossene Staatstheorie vor, sie liefern aber die zentralen Grundachsen einer solchen – auch wenn sich in ihren Schriften durchaus unterschiedliche Ausführungen und widersprüchliche Bemerkungen ausmachen lassen (diese sind letztlich auch Ausdruck der Unabgeschlossenheit ihrer Staatstheorie). Diese unterschiedlichen „Sichtweisen“ sind auf zwei Dinge zurückzuführen: einerseits zeigt sich darin die Vorstellung der relativen Autonomie des Staats bzw. des Politischen, die sich aus der Annahme einer relativen Trennung von Staat und Ökonomie ergibt. Dabei halten sie jedoch immer am grundsätzlichen Klassencharakter des Staats fest – auch bzw. gerade wenn die Bourgeoise eben nicht unmittelbar und direkt in Besitz der politischen Macht ist. Andererseits sind diese „unterschiedlichen Sichtweisen“ in vielen Fällen eher Ergebnis des Charakters der jeweiligen Schrift als sich widersprechende Ansätze; sie sind vielfach der unterschiedlichen (Über)Betonungen verschiedener Elemente geschuldet.

Das Ziel dieses Kapitels ist also weder eine fix-fertige Staatstheorie aus den Werken von Marx und Engels zu (re)konstruieren, noch eine kohärente Bearbeitung dieser Problematik nachzuweisen und auch nicht eine umfassende Einbettung ihrer Beschäftigung auf diesem Gebiet in ihr „Gesamtwerk“ vorzunehmen.¹⁵³ Vielmehr soll es darum gehen Grundlagen und Grundfragen – und ihre Bearbeitung bei den beiden Theoretikern – herauszuarbeiten und herauszustellen. Dabei beschäftigt uns auch, wo eine (historisch-)materialistische Theorie des Staats überhaupt ansetzen muss. Letztlich geht es auch darum klar zu machen und darzulegen, an welchen Elementen angeknüpft wird und wo es gilt die Diskussion weiterzuführen – ein Umstand den die meisten materialistischen StaatstheoretikerInnen, wie auch Poulantzas und Hirsch, weitgehend auslassen oder „vergessen“.

¹⁵¹ Jessop: Karl Marx, a.a.O., S. 120

¹⁵² Wippermann, Wolfgang: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels. Klett-Cotta 1983, Stuttgart.

¹⁵³ Laut Stojanovic (Stojanovic, Christina: Die Entwicklung der Staatstheorie bei Marx und Engels, S. 76, in: Arbeitsgruppe Marxismus (Hrsg.): Der „reale Sozialismus“. Marxismus Nr. 2, AGM 1994, Wien, S. 76-90) lassen sich die Auseinandersetzungen mit Staatsfragen bei Marx und Engels in folgende vier Gruppen einteilen: erstens, die Arbeiten, die eine Kritik der klassischen Rechtsphilosophie zum Gegenstand haben; zweitens, die Texte, in denen sie den Historischen Materialismus skizzieren; drittens, Schriften, in denen sie aktuelle politische Ereignisse verarbeiten und beurteilen und viertens, Auseinandersetzungen mit anderen linken Strömungen wie AnarchistInnen und Sozialdemokratie. Eine gewisse Sonderstellung nimmt Engels' Arbeit *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* ein. (Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem *Ursprung* siehe: Scharinger, Manfred: Geschlechterverhältnisse bei Marx und Engels. Eine kritische Auseinandersetzung. RSO 2007, Wien, S. 264-413)

Ihre Herangehensweise an die Betrachtung von Staatlichkeit ist eng mit der historisch-materialistischen Analyse an sich verknüpft. Mit der Überwindung des theoretischen Rahmens der hegelianischen Wesensphilosophie ändert sich daher auch der Blick auf den Staat: „Meine Untersuchung mündet in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln.“¹⁵⁴ D.h. auch für die Analyse des Staats gilt es, eine historisch-materialistische Herangehensweise an den Tag zu legen: „Die gesellschaftliche Gliederung und der Staat gehen beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber dieser Individuen, nicht wie sie in der eigenen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern wie sie *wirklich* sind, d.h. wie sie wirken, materiell produzieren“.¹⁵⁵ In der *Kritik des Gothaer Programms* kritisiert Marx, dass die deutsche Arbeiterpartei „statt die bestehende Gesellschaft [...] als *Grundlage* des bestehenden Staats [...] zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eignen ‘*geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen*’ besitzt.“¹⁵⁶ Damit wäre zwar die Herangehensweise an eine materialistische Staatstheorie skizziert, die Analyse des Staats als Ergebnis gesellschaftlicher, materieller Prozesse, aber freilich noch nicht diese selbst.

Zunächst ist es notwendig, auf einen wesentlichen Unterschied zwischen Marx’ und Engels’ Position und etwa den Ausführungen bei Hirsch und Poulantzas hinzuweisen: die „Klassiker“ verwenden *Staat* nicht nur im Sinne einer bürgerlich-kapitalistischen Staatsform (mit seiner relativen Trennung von der Ökonomie), sondern allgemein für die Organisation politischer Herrschaft in Klassengesellschaften. Auf diesen Aspekt der Kontinuität bzw. Diskontinuität werde ich weiter unten, bei der Betrachtung der Durchsetzung bürgerlicher Staatlichkeit, nochmals eingehen.

Allgemein ist für Engels der Staat „keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht“, sondern „vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe“, die Spaltung in unversöhnliche Gegensätze: „Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‘Ordnung’ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie

¹⁵⁴ Marx: Zur Kritik... Vorwort, a.a.O., S. 8

¹⁵⁵ Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 25, Hervorhebung im Original

¹⁵⁶ Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, S. 28, in: MEW 19, Dietz 1962, Berlin, S. 11-32. Hervorhebungen im Original

stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende¹⁵⁷ Macht ist der Staat.“¹⁵⁸ Als zentrales Element von Staat stellt Engels die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt heraus; diese sei nötig geworden, „weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen“.¹⁵⁹ Zusammenfassend können wir festhalten: „Die Herausbildung des Staats vollzieht sich also materiell oder tatsächlich in der Herausbildung *besonderer* Körperschaften und Institutionen, die nicht mehr mit der Masse des Volkes zusammenfallen“.¹⁶⁰ Als grundlegende Aspekte von Staatlichkeit können also die Verwurzelung in Klassengegensätzen, die Sonderung von der Gesellschaft, als eigene Instanz, und die in ihr verkörperte „besondere Formation bewaffneter Menschen“¹⁶¹, wie Lenin im Anschluss an Engels ausführt, gelten. Damit stellen Marx und Engels, stärker als andere materialistische StaatstheoretikerInnen, auf die Kontinuität zwischen verschiedenen politischen Herrschaftsapparaten ab. Sie betonen auch stärker die unmittelbar repressive Seite und die Funktion der Absicherung von Eigentumsverhältnissen.

Damit ist aber noch nicht die Frage nach der Form und dem (Klassen)charakter des Politischen beantwortet. Bei Marx und Engels wird nicht immer deutlich, woran der Klassencharakter des Staats festgemacht werden muss. Einige Passagen legen ein Verständnis nahe, das die Ausübung der unmittelbaren politischen Macht dabei ins Zentrum stellt. So etwa wenn es heißt: die Bourgeoisie erkämpfte sich „seit der Herstellung der großen Industrie und des Weltmarkts im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft.“¹⁶² Oder: der Staat ist „eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit).“¹⁶³ Das nächste Zitat geht zwar in eine ähnliche Richtung, weist aber auch den Weg zu einer Formbestimmung des Politischen: an die Stelle der feudalen Gesellschaft „trat

¹⁵⁷ Wenn Engels hier den Begriff der „entfremdende“ benutzt, ist zwar eine begriffliche, aber keine theoretische Kontinuität zum junghegelianischen Begriff/Konzept der *Entfremdung* gegeben. Vgl. Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert..., a.a.O., S. 141-144

¹⁵⁸ Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, S. 165, in: MEW 21, Dietz 1981, Berlin, S. 25-173

¹⁵⁹ ebd.

¹⁶⁰ Stojanovic: Die Entwicklung der..., a.a.O., S. 80. Hervorhebung im Original

¹⁶¹ Lenin, W.I.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, S. 471ff, in: LAW, Band 3, Dietz 1975, Berlin, S. 461-584

¹⁶² Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, S. 464, in: MEW 4, Dietz 1959, Berlin, S. 459-493

¹⁶³ Engels: Die Entwicklung des Sozialismus..., a.a.O., S. 223

die freie Konkurrenz mit der ihr *angemessenen* gesellschaftlichen und politischen Konstitution, mit der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisieklasse.“¹⁶⁴

Wenn weitere Aussagen miteinbezogen werden, relativiert sich jedoch die Marx und Engels zugeschriebene verkürzte und einseitige Auffassung und es lassen sich dann auch die wesentlichen Elemente einer „Staatsableitung“, d.h. die Erklärung der Formbestimmung des Politischen vor dem Hintergrund der ökonomischen Verhältnisse und Begründung der relativen Trennung von Staat und Ökonomie in kapitalistischen Gesellschaften, finden (jedoch in gewissem Widerspruch zur Betonung der „Kontinuität“ von Staatlichkeit). Als besonders zentral erscheint mir dabei der Begriff des „ideelle[n] Gesamtkapitalisten“¹⁶⁵. Damit will Engels auf die zentrale Aufgabe des bkS hinweisen: „der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten.“¹⁶⁶ An anderer Stelle wird ebenso auf diese Funktion hingewiesen: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.“¹⁶⁷ Hier verweisen sie, zumindest indirekt, auf ein gewichtiges Element der Diskontinuität von Staatlichkeit, indem sie von einem *modernen* Staat sprechen und diesen als funktional für die Anforderungen der kPw charakterisieren, seine Form also in Bezug zu den Pv setzen.

Sie schaffen es also die wesentlichen Spezifika bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit, zumindest in ihren Grundzügen, zu reflektieren. Auf den zentralen Gedanken der relativen Trennung von Politik und Ökonomie, des Auseinandertretens von ökonomischer und unmittelbar politischer Herrschaft, weisen etwa folgende Passagen hin:

„Die Bourgeoisie ist schon, weil sie eine Klasse, nicht mehr ein Stand ist, dazu gezwungen, sich national, nicht mehr lokal zu organisieren und ihrem Durchschnittsinteresse eine allgemeine Form zu geben. Durch die Emanzipation des Privateigentums vom Gemeinwesen ist der Staat zu einer besonderen Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft geworden; er ist aber weiter Nichts als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeoisie sowohl nach Außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben.“¹⁶⁸

Dabei sprechen sie die Form des Staats kapitalistischer Gesellschaften als Nationalstaat, das in ihm verkörperte „Allgemeininteresse“, die Sonderung des Staatsapparats vom Rest der Gesellschaft, die organisierende Aufgabe im Hinblick auf die herrschende Klasse und die Notwendigkeit zur relativen Unabhängigkeit von Interessen von Einzelkapitalen an. Ein

¹⁶⁴ Marx/Engels: Manifest der..., a.a.O., S. 467. Hervorhebung von mir, J.P.

¹⁶⁵ Engels: Die Entwicklung des Sozialismus..., a.a.O., S. 222

¹⁶⁶ ebd.

¹⁶⁷ Marx/Engels: Manifest der..., a.a.O., S. 464

¹⁶⁸ Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 62. Hervorhebungen im Original

wesentlicher weiterer Aspekt betrifft das In-Bezug-Setzen des Staats zur den Pv: die Eigentumsformen entwickelten sich „bis zum modernen, durch die große Industrie und universelle Konkurrenz bedingten Kapital, dem reinen Privateigentum, das allen Schein des Gemeinwesens abgestreift und alle Einwirkungen des Staats auf die Entwicklung des Eigentums ausgeschlossen hat. Diesem modernen Privateigentum entspricht der moderne Staat“.¹⁶⁹ Auch hier wird deutlich, dass die Organisation der ökonomischen Basis der Gesellschaft wesentlichen Einfluss auf die Form des Politischen hat. An folgender Stelle wird sowohl die Annahme einer Kontinuität von Staatlichkeit, als auch die Besonderheiten der politischen Form der kPw reflektiert und in Beziehung gesetzt:

„Die ‘heutige Gesellschaft’ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelaltrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ‘heutige Staat’ wechselt mit der Landesgrenze. [...] Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer, trotz ihrer bunten Formverschiedenheit, alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinn kann man von ‘heutigem Staatswesen’ sprechen.“¹⁷⁰

Woran lässt sich nun der Klassencharakter des Staats festmachen? Oder wo besteht hier der Unterschied zu einer Auffassung des Staats als Instrument (der herrschenden Klasse)? Wie aus dem bisher Gesagten hervorgegangen ist, besteht der Klassencharakter nicht im Inhalt von bestimmten staatlichen Politiken oder im Umstand, dass die ökonomisch herrschende Klasse in direktem Besitz der politischen Macht wäre, sondern vielmehr in der Existenz des Staats selber: ein die Klassenspaltung der Gesellschaft absichernder Apparat. Wichtige Aussagen über die Einschätzung und Tragweite des Klassencharakters können wir Schriften, die sich mit konkreten politischen Ereignissen auseinandersetzen, entnehmen. Hier gilt es besonders auf die Arbeiten *Der achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* und *Bürgerkrieg in Frankreich* hinzuweisen, die auch verstärkt politisch-strategische Fragestellungen beinhalten. Dieser Umstand ist insofern wichtig, weil er zeigt, dass viele Überlegungen zum (bürgerlich-kapitalistischen) Staat von Marx und Engels nicht auf abstrakter Ebene vorgenommen wurden, sondern Ergebnis der Verarbeitung historischer Ereignisse sind.

Die dabei diskutierte Fragestellung ist, inwiefern die bestehenden Staatsapparate auch für den Zweck anderer Klassen, konkret durch das Proletariat, in Besitz genommen werden können bzw. wo hier die Grenze liegt und worin diese begründet ist. Im Zusammenhang mit den Analysen des Regimes von Louis Bonaparte wird auch der *Bonapartismus*-Begriff bei Marx

¹⁶⁹ ebd.

¹⁷⁰ Marx: Kritik des Gothaer Programms, a.a.O., S. 28

und Engels geprägt (siehe dazu Kapitel 4.1.). Dabei gehen sie davon aus, dass sich die Exekutive verselbstständigt habe – der Klassencharakter des Staats stehe aber dennoch außer Frage: „Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine [den Staat, Anm. J.P.] statt sie zu brechen.“¹⁷¹ In dieser Bemerkung macht Marx den Klassencharakter des Staats und seine Tragweite deutlich. Ebenso skizziert er, politisch-strategische Fragen im Blick, in welche Richtung eine positive Überwindung des Staats gehen müsste – er liefert hier aber noch keine Antwort.¹⁷² Dies ändert sich mit der Pariser Kommune, in der Marx „die endlich entdeckte politische Form, unter der sich die ökonomische Befreiung der Arbeit“¹⁷³ vollziehen könne, erblickt. Dort führt er weiter aus: „Aber das Proletariat kann nicht, wie es die herrschenden Klassen und ihre verschiedenen konkurrierenden Fraktionen nach ihrem Sieg getan haben, den bestehenden Staatskörper einfach in Besitz nehmen und diese fertige Staatsmaschine für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen. Die erste Bedingung für die Erhaltung seiner politischen Macht ist, diese herkömmliche Arbeitsmaschinerie umzuwandeln und als ein Werkzeug der Klassenherrschaft zu zerstören.“¹⁷⁴ Hirsch bringt es in Bezug auf die Formbestimmung auf den Punkt: „Ein ‘revolutionäres’ Handeln wäre demnach dadurch bestimmt, daß es sich diesen grundlegenden Formbestimmungen bewusst widersetzt.“¹⁷⁵ Lenin reflektiert diese Überlegungen von Marx und Engels im Begriff des (*proletarischen*) *Halbstaats*.¹⁷⁶

Für die Problematik des Klassencharakters ist weiters die Sichtweise des Staats als „der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft“¹⁷⁷ erhellend. Hirsch bringt diese Überlegungen auf den Punkt wenn er schreibt, dass der Staat „nicht nur ein von den sozialen Klassen getrennter Gewaltapparat“ ist, sondern sich in ihm zugleich „die politische Gemeinschaftlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft aus[drückt]: er ist die zugleich illusorische und *reale* Form, die das Gemeinwesen unter den herrschenden Vergesellschaftungsprinzipien annehmen *muß*.“¹⁷⁸ Der Staat repräsentiert also tatsächlich die „ganze Gesellschaft“; die ist jedoch jene einer Klassengesellschaft und durch spezifische Verhältnisse und Dynamiken der jeweiligen (dominanten) Pw, d.h. nicht durch

¹⁷¹ Marx: Der achtzehnte Brumaire..., a.a.O., S. 197

¹⁷² Darauf weist etwas Lenin hin wenn er festhält: „Die Erfahrung gab damals noch keine Unterlage für diese Frage, die von der Geschichte später, im Jahre 1871, auf die Tagesordnung gesetzt wurde.“ (Staat und Revolution, a.a.O., S. 493)

¹⁷³ Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, S. 342, in: MEW 17, Dietz 1979, Berlin, S. 313-365

¹⁷⁴ Marx, Karl: Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“, S. 591, in: MEW 17, Dietz 1979, Berlin, S. 572-610

¹⁷⁵ Hirsch: Politische Form..., a.a.O., S. S. 183

¹⁷⁶ Lenin: Staat und Revolution, a.a.O., S. 480-484

¹⁷⁷ Engels: Die Entwicklung des Sozialismus..., a.a.O., S. 223

¹⁷⁸ Hirsch: Politische Form..., a.a.O., S. 167. Hervorhebungen von mir, J.P.

neutrale Formen, sondern klassenspezifische, geprägt. Der Klassencharakter des Staats ergibt sich also alleine schon daraus, dass der Staat in einer Klassengesellschaft, so wie alles andere auch, nicht neutral sein kann bzw. außerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche steht. Deshalb fügt Engels auch einschränkend hinzu: „aber er war dies [der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, Anm. J.P.] nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat“¹⁷⁹, d.h. die jeweilige herrschende Klasse.

Hier können wir einen weiteren Schlüssel finden, um durch das Nadelöhr des widersprüchlichen Verhältnisses von, auf der einen Seite, der notwendigen Annahme eines Klassencharakters des Staats, und auf der anderen Seite, die Vermeidung einer Auffassung des Staats als bloßes Instrument, hindurchzugehen. Dabei werden auch die positiven Seiten eines umfassenderen Staatsbegriffs bei Marx und Engels, der sich nicht auf seine bürgerlich-kapitalistische Form beschränkt, sondern allgemein politische Herrschaftsapparate in Klassengesellschaften umfasst, deutlich. Der Staat erscheint dann nicht mehr als etwas, das die Bourgeoisie bewusst für ihre Zwecke geschaffen oder in direkten Besitz genommen hat, sondern als notwendige Ordnungsinstanz jeder Klassengesellschaft. Die jeweiligen Staaten entsprechen in ihrer Ausformung den spezifischen Pw. So drücken die jeweiligen Klassenantagonismen der jeweiligen Gesellschaft und ihrem Staat ihren Stempel auf; jedoch nicht (nur) direkt und bewusst, sondern strukturell. Es sind gerade die spezifischen Dynamiken verschiedener Pw, inklusive ihrer besonderen Pv, die hier wirken. Welche Schlussfolgerungen sich dadurch für die Fassung der historischen Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse und Staatlichkeit ergeben, wird weiter unten diskutiert werden.

Zu den Stärken der staatstheoretischen Überlegungen bei Marx und Engels gehört sicherlich, dass sie, dezidierter als viele TheoretikerInnen im Anschluss an sie, den Klassencharakter des Staats betonen und herausgearbeitet haben – und politisch-strategische Fragestellungen konsequent damit in Zusammenhang gebracht haben. Sie begründen diesen nicht mit einer aktuellen Politik oder Regierung, sondern vielmehr mit der Institution des Staats selbst: ein Apparat der sich auf der Grundlage widerstreitender Klassengegensätze „über“ die Gesellschaft erhebt, die Form einer eigenen Instanz annimmt, und diese Klassenverhältnisse legitimiert und absichert – auch über das Gewaltmonopol. Dabei findet jedoch auch der Umstand des Auseinandertretens von ökonomischer und politischer Herrschaft, dessen Grundlage in der Struktur der kPw verortet wird, Berücksichtigung. Insgesamt entwickeln sie die Grundachsen einer historisch-materialistischen Analyse des Staats; gerade auch in ihren allgemeineren Ausführungen zu ihrer „Geschichtsauffassung“. In vielen Punkten bleiben sie

¹⁷⁹ Engels: Die Entwicklung des Sozialismus..., a.a.O., S. 223

allerdings nicht ganz eindeutig und hinterlassen allgemein auch etliche Lücken. Vor diesem Hintergrund soll nun der Versuch Nicos Poulantzas' die Ansätze bei Marx und Engels weiterzuentwickeln und die Lücken zu schließen, kritisch unter die Lupe genommen werden.

2.4. Die Staatstheorie von Nicos Poulantzas

Die Beiträge von Nicos Poulantzas gelten gemeinhin als der am weitesten ausgearbeitete theoretische Ansatz einer marxistischen bzw. materialistischen Staatstheorie. Und das nicht ganz zu Unrecht. Einerseits gab es – wie gesagt – in der marxistischen Tradition bisher keinen umfassenden Versuch einer grundsätzlichen Ausarbeitung und Konzeptionalisierung einer Theorie des Staates – und, einen Punkt den Poulantzas stark macht, ebenso wenig eine umfassende Theorie (mit marxistischem Anspruch) des Politischen bzw. der (politischen) Macht. Andererseits hat sich Poulantzas selber über Jahre hinweg mit dieser Problematik beschäftigt und eine ganze Reihe von Arbeiten zu diesem Thema (und zu damit zusammenhängenden Fragen) geliefert. Sein eigener Anspruch war dabei zu „vervollständigen, was [...] bei Marx und Engels und in der materialistischen Tradition trotz aller Bemühungen nur in Ansätzen entwickelt worden war.“¹⁸⁰ Eine kritische Auseinandersetzung mit seinen Ansätzen erscheint daher als sinnvoll und lohnend. Gerade auch weil er sehr explizit nach dem Verhältnis von Staat und Klassen fragt und dabei auch die Veränderung von Produktions- und Klassenverhältnissen diskutiert – Fragen also, die bei der Fassung der bR und der Etablierung bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit eine wichtige Rolle spielen; sein Konzept der *Verdichtung* hat gerade die Auswirkungen von Klassen- und Kräfteverhältnissen zum Thema.

Im Rahmen dieser Arbeit kann freilich keine umfassende und besonders tiefgehende Beschäftigung mit Poulantzas geleistet werden; meine Ausführungen können daher nur skizzenhaften Charakter haben und sollen vor allem einer Schärfung des Blicks für zentrale Fragestellungen und theoretische Fallstricke, sowie den grundsätzlicheren theoretischen und methodischen Annahmen dahinter, dienen. Wie Poulantzas für seine Ausarbeitung einer Staatstheorie schreibt, besteht natürlich auch hier die Gefahr, „zuviel und nicht genug zugleich zu machen.“¹⁸¹

Mir geht es dabei besonders um die Verortung von Poulantzas' Ausführungen im und ein In-Bezug-Setzen zum marxistischen Diskurs. Diesbezüglich möchte ich folgende **Hypothese** formulieren: Poulantzas' Staatstheorie greift zwar marxistische Überlegungen auf, stellt aber

¹⁸⁰ Demirovic, Alex/Hirsch, Joachim/Jessop, Bob: Einleitung der Herausgeber, S. 7, in: Poulantzas, Nicos: Staatstheorie, a.a.O., S. 7-34

¹⁸¹ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 37

keine „bloße“ Weiterentwicklung dieser dar, sondern bricht in einigen Punkten mit grundsätzlichen Annahmen einer marxistischen bzw. historisch-materialistischen Theorie und Methode. Diese Verschiebung wird weder von Poulantzas selbst explizit gemacht bzw. ausgeführt, noch wird sie in der gängigen Literatur, auch wenn sie in Ansätzen wahrgenommen wird, ausreichend auf Tragweite und Implikationen verfolgt.¹⁸² Die Gründe für diesen Bruch und das Nicht-Wahrnehmen desselben sehe ich in folgenden zwei Umständen angelegt:

Erstens: Poulantzas selbst grenzt sich gegenüber einem „Ökonomismus“ ab – ohne jedoch genau zu sagen, was damit gemeint ist. Letztlich geht es um die Frage des Verhältnisses von „Basis“ und „Überbau“ und dessen genauere Bestimmung. Denn das Problem mit dem Ökonomismus ist „nicht die Analyse ökonomischer Prozesse, sondern die Überverallgemeinerung“.¹⁸³ Poulantzas schlägt (implizit wie explizit) vor, dieses Verhältnis neu bzw. anders zu denken. Demirovic reflektiert diese Tatsache wenn er ihn als einen „der jüngeren Vertreter des Poststrukturalismus“ bezeichnet und bei ihm „das Projekt einer Einheit von Poststrukturalismus und Marxismus greifbare Gestalt“ annehmen sieht.¹⁸⁴ Hier gilt es allerdings die Frage zu stellen, auf welcher theoretischen Grundlage eine solche „Einheit“ verschiedener Ansätze überhaupt möglich ist/wäre (ich werde darauf noch zurückkommen).

Zweitens: Poulantzas formulierte seine Überlegungen explizit in Abgrenzung zu gängigen „marxistischen“ Theorien des bkS. Dabei hat er die, unter dem Namen *Marxismus-Leninismus* firmierenden, stalinistischen Zerrbilder und starren Dogmatisierungen des Marxismus im Visier. Bei Poulantzas findet sich jedoch leider *keine* Aufarbeitung und direkte Auseinandersetzung mit marxistischer/n Staatstheorie/n bzw. ihren Grundlagen in den Werken von Marx und Engels. In seiner *Staatstheorie* finden sich nur vereinzelte und relativ willkürliche Bezugnahmen oder Abgrenzungen (besonders gegenüber Aussagen von Engels). Damit bleibt es oft unklar, ob bzw. inwiefern er überhaupt eine Vervollständigung in Anspruch nehmen kann und wo bzw. inwiefern er eigentlich nicht schon mit anderen theoretischen und methodischen Grundannahmen operiert.

¹⁸² So schreibt etwa Jessop (Jessop, Bob: Über Aktualität, Vermächtnis und Aktualität von Nicos Poulantzas, in: derselbe: Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Argument 2007, Hamburg. S. 152-182), dass sich Poulantzas zu einem „revolutionären Materialismus“ bewegte „der sich in vielen Aspekten von dem von Marx unterschied“ (S. 156) und dass sein philosophischer Durchbruch „sowohl eine grundlegende Rückkehr zu Marx als auch eine partielle Bewegung darüber hinaus war“ (S. 160). Jessop lässt allerdings weitgehend offen, was diesen revolutionären Materialismus eigentlich ausmache und wo und wie Poulantzas über Marx hinausgegangen wäre

¹⁸³ Demirovic, Alex: Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Westfälisches Dampfboot 2007, Münster, 2. Auflage. S. 186

¹⁸⁴ Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 8f. Jessop stellt fest, dass Poulantzas späteres Werk „üblicherweise zu Unrecht als strukturalistisch gelesen worden“ ist (Über Originalität, Vermächtnis..., a.a.O., S. 164)

Um Poulantzas gerecht zu werden und seine Auseinandersetzung mit mSt richtig einordnen zu können, sollte er nicht nur als („reiner“) Theoretiker gesehen werden, sondern auch als politischer Mensch mit dem Anspruch verändernd in die Gesellschaft einzugreifen. Seine staatstheoretischen Ausführungen tragen daher immer auch ein politisch-strategisches Element in sich und wurden auch mit solchen Fragen im Blick konzipiert. Er selbst sieht als den Ausgangspunkt seiner *Staatstheorie* „die politische Situation in Europa“ und die „Frage eines demokratischen Sozialismus“.¹⁸⁵ Und nicht zufällig ist das letzte Kapitel mit „Der Weg zu einem demokratischen Sozialismus“ betitelt und auch im Originaltitel seiner *Staatstheorie* („Der Staat, die Macht, der Sozialismus“) ist eine solche Verknüpfung offen gegeben. Dieser Umstand ist aus zwei Gründen von großer Bedeutung: einerseits, weil es die Aufmerksamkeit auf die Nähe und die wechselseitige Beeinflussung von Theorie und (politischer) Praxis lenkt, und andererseits weil es darauf verweist – folgt man/frau konsequent einer historisch-materialistischen Theorie –, dass es keine Theorie und Wissenschaft ohne gesellschaftliche „Beeinflussung“, d.h. außer- oder oberhalb der Gesellschaft und ihrer Widersprüche, gibt.¹⁸⁶

Poulantzas' wohl wichtigster, am meisten rezipierter und am weitesten ausgearbeiteter Beitrag zur mSt ist sein letztes Buch *Staatstheorie* – es kann als „Kulminationspunkt“ seiner Bemühungen gelten.¹⁸⁷ Ich werde mich im Folgenden daher auch vorwiegend mit diesen Ausführungen beschäftigen und weitere Beiträge von ihm weit weniger und nur insofern sie für meinen Gegenstand von Bedeutung sind, behandeln. Der Fokus liegt auf zentralen Thesen seiner *Staatstheorie*; der Schwerpunkt dabei wiederum auf jenen Bereichen die für meine Fragestellung zentral sind. In meiner Auseinandersetzung, vor allem hinsichtlich der Kritik, orientiere ich mich zentral an Alex Demirovic¹⁸⁸. Seine Beschäftigung mit Poulantzas ist sehr umfassend und auch seine Kritikpunkte sind nachvollziehbar und gut argumentiert. Dennoch denke ich, dass er dabei nicht in allen Punkten konsequent genug ist bzw. Kritiken nicht ausreichend in theoretischen und methodischen (Grund-)Annahmen von Poulantzas selbst verortet und damit in Verbindung bringt (auch wenn eine solche Vorgangsweise in Ansätzen vorhanden ist). Meine forschungsleitende **Hypothese** lautet daher: Poulantzas schafft es nicht das Verhältnis von Abstraktem und Konkretem (methodisch) zu bestimmen, sondern löst beide Ebenen (tendenziell) ineinander auf. Dadurch ergeben sich in verschiedenen Bereichen

¹⁸⁵ Poulantzas: *Staatstheorie*, a.a.O., S. 37. Jessop (Über Originalität, Vermächtnis..., a.a.O., S. 161ff) weist auf den Einfluss der politischen Ereignisse, besonders in Griechenland und Frankreich (ebenso könnte Portugal genannt werden) auf Poulantzas' Denken und seine Fragestellungen hin

¹⁸⁶ Jessop formuliert es in Hinblick auf Marx folgendermaßen: „Aus diesem Grund verlangt eine vollständige Wahrnehmung von Marx' Originalität von uns, nicht nur auf die intellektuellen Wendungen in seiner theoretischen Entwicklung zu schauen, sondern ebenfalls auf den Einfluss von sich verändernden politischen Bindungen und Bedingungen“ (Über Originalität, Vermächtnis..., a.a.O., S. 156)

¹⁸⁷ Demirovic/Hirsch/Jessop: Einleitung der Herausgeber, a.a.O., S. 7

¹⁸⁸ Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O.

theoretische und methodische Probleme. Diese verweisen wiederum auf Grundfragen einer historisch-materialistischen Methode und einer mSt – und helfen so, zentrale Fragestellungen und Problemfelder in den Blick zu bekommen und eine Schärfung des Verständnisses davon vorzunehmen.

2.4.1. Stärken und Schwächen in Poulantzas' Staatstheorie

2.4.1.1. Verhältnis von Staat und Ökonomie

Eine zentrale Fragestellung, die auch bei Poulantzas einen prominenten Platz einnimmt, ist jene nach dem Verhältnis von Staat und Ökonomie. Er kritisiert dabei die gängige Darstellung im Marxismus, die er als „Anknüpfung an den traditionellen Ökonomismus“ sieht. In dieser Darstellung gelte der Staat bloß als „Anhängsel-Reflex des Ökonomischen [...]“; also nicht als spezifischer Raum, sondern reduzierbar auf die Ökonomie.¹⁸⁹ Für ebenso irreführend und falsch befindet er die Vorstellung von Natur aus autonomer Instanzen, die dann nachträglich miteinander verknüpft werden.¹⁹⁰ In beiden Konzepten werden die Beziehungen der beiden Ebenen „als Beziehungen einer prinzipiellen *Äußerlichkeit* gedacht“.¹⁹¹ Damit will er einen bestimmten Punkt, mit relativ weitreichenden Implikationen, stark machen:

„Der Raum und der Ort der Ökonomie [...] stellte niemals, weder im Kapitalismus noch in den anderen (vorkapitalistischen) Produktionsweisen, eine hermetische und abgeschlossene Ebene dar, die sich selbst reproduziert und ihre eigenen 'Gesetze' der inneren Funktionsweise besitzt. Der Staat/das Politische (das trifft genauso für die Ideologie zu) existierte immer schon konstitutiv, wenn auch in unterschiedlicher Form, in den Produktionsverhältnissen und ihrer Reproduktion.“¹⁹²

Staat und Ökonomie konstituieren sich in der Gesamtheit der Strukturen wechselseitig (wobei den Produktionsverhältnissen das Primat in der Trennung der beiden Bereiche zukommt).¹⁹³ Hier wird der Einfluss von Althusser, gerade seinem Konzept der *Überdeterminierung*, ersichtlich.

Poulantzas geht hier aber weiter, über die „orthodoxe“ Auffassung dieses Verhältnisses hinaus. Für ihn darf diese Trennung „nicht im Sinne einer wirklichen *Äußerlichkeit*“ der beiden Bereiche gedacht werden: „*Diese Trennung ist nur die bestimmte Form, die im Kapitalismus die konstitutive Präsenz des Politischen in den Produktionsverhältnissen und ihrer Reproduktion annimmt.*“¹⁹⁴ Diese Intervention kann so verstanden werden, dass er damit darauf hinaus will, dass „die Ökonomie“ nicht außerhalb von oder vor menschlicher Praxis

¹⁸⁹ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 43

¹⁹⁰ ebd., S. 44

¹⁹¹ ebd. Hervorhebung im Original

¹⁹² ebd., S. 45

¹⁹³ Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 66

¹⁹⁴ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 47. Hervorhebung von mir, J.P.

existiert und in dieser eben auch politische und ideologische Momente eine wesentliche Rolle spielen. Es fehlt allerdings eine genauere Begründung und Analyse dieser Trennung und ebenso eine Bestimmung (seines Verständnisses) des Verhältnisses von „Basis“ und „Überbau“.¹⁹⁵ Zunächst scheint diese Intervention von Poulantzas vielleicht hauptsächlich als theoretische Verfeinerung. Später werden wir allerdings sehen, wie bereits an dieser Stelle entscheidende theoretische und methodische Verschiebungen stattfinden (bzw. angelegt sind).

2.4.1.2. Klassen und Klassenkampf

Theoretische Annahmen, die ihn zu den eben ausgeführten Überlegungen veranlassen, schlagen sich auch in seinen Begriffen von Klasse(n) und Klassenkampf (sowie Pv) nieder. Bei Poulantzas spielen gesellschaftliche Klassen eine entscheidende Rolle für seine staatsrechtlichen Überlegungen. Alleine schon deswegen, weil er den Pv das Primat in der relativen Trennung von Staat und Ökonomie zuspricht. In einigen Arbeiten hat er sich auch explizit mit Klassentheorie auseinandergesetzt.¹⁹⁶ Er wendet sich gegen die „ökonomistische Vorstellung, daß die Klassen und ihre Interessen unmittelbar und ausschließlich in den Produktionsverhältnissen konstituiert werden“ und vertritt die These, dass die „Klassen nicht vor dem und unabhängig vom Staat“ existieren. Er zielt darauf ab „die Unterscheidung von objektiver Klassenbestimmung und Bewußtsein zu unterlaufen“¹⁹⁷ und sieht die Grundlagen von Klassen „nicht nur in einer ökonomischen Struktur, sondern in deren Gesamtheit [der Strukturen, Anm. J.P.]“¹⁹⁸, d.h. inklusive der Sphären Politik und Ideologie. Dementsprechend verwirft er auch die Unterscheidung von Klasse „an sich“ und „für sich“.¹⁹⁹ Aus dieser Konzeption ergeben sich mehrere Schlussfolgerungen.²⁰⁰ Die für uns zentralsten betreffen die Begriffe Klassenkampf und Pv. Mit dem Verweis, dass es „keine ihrem

¹⁹⁵ Demirovic/Hirsch/Jessop: Einleitung der Herausgeber, a.a.O., S. 18, Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 123

¹⁹⁶ Siehe: Poulantzas, Nicos: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag 1974, Frankfurt am Main. Siehe auch: Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 38-62

¹⁹⁷ Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 39

¹⁹⁸ ebd., S. 41

¹⁹⁹ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 57

²⁰⁰ Ich werde mich hier hauptsächlich auf die konzeptionellen Auswirkungen beschränken. Folgende Verschiebung sollte aber nicht unerwähnt bleiben (gerade hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Fragen der politisch-strategischen Ausrichtung): als Arbeiter(Innen)klasse sieht er nur jene Lohnabhängige, die vom Industriekapital ausgebeutet werden und vom produktiven Kapital abhängig sind. Einen Großteil der Lohnabhängigen rechnet er daher zum „Neuen Kleinbürger(Innen)tum“, das er aus politischen und ideologischen Gründen von der Arbeiter(Innen)klasse unterscheidet. (Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 51ff.) Demirovic (ebd.) identifiziert dabei folgende Probleme: Poulantzas Kriterium der unproduktiven Arbeit sei unscharf (S. 51), er widerspreche damit „seinem Begriff der strukturellen Bestimmung der Klassen durch ihre Stellung im Produktionsverhältnis“ (S. 52) und er habe die Momente mit denen er das Neue Kleinbürger(Innen)tum bestimmt, vorher durch ökonomische Kriterien als kleinbürgerlich charakterisiert und suche nun nur in politischer und ideologischer Hinsicht nach Bestätigung für sie (S. 60).

Gegensatz, d.h. ihren Kämpfen vorausgesetzte Klassen²⁰¹ gebe, verweist er auf die konstitutive Rolle der Macht und der Kämpfe, d.h. letztlich des Politischen, für die Klassen selber. Denn: „eine Klasse die nicht kämpft, existiert nicht ‘an sich’.“²⁰² Und auch hier können wir ähnliche Überlegungen ausmachen, wie sie bei Althusser im Begriff *Überdeterminierung* zu fassen versucht werden. Demirovic identifiziert an dieser Stelle bei Poulantzas ein erkenntnistheoretisch-methodisches Problem: Woher weiß die marxistische Theorie, „daß es Klassen und folglich Klassenkampf gibt?“²⁰³ Für ihn löst Poulantzas dieses Problem „objektivistisch durch die Prämisse, daß es eben Klassenkampf gibt, weil die Klassen in jeder ihrer Existenzformen kämpfen.“²⁰⁴ Damit werde „der Klassenkampf vorausgesetzt, der doch theoretisch erst noch bestimmt werden muß.“²⁰⁵

Ein zentrales Moment zum Verständnis von Poulantzas’ Anliegen und seiner Intervention stellt seine Fassung des Problems des Verhältnisses von Staat und herrschender/n Klasse/n dar. Dazu formuliert er folgende Grundannahme: „[E]s ist keineswegs selbstverständlich, dass sie [die Bourgeoisie, Anm. J.P.] sich genau diesen Staat aussuchen würde, wenn sie den Staat komplett selbst und nach ihrem Geschmack aufbauen könnte.“²⁰⁶ An diesem Punkt verschränken sich mehrere Ebenen: historische Prozesse (Durchsetzung von kapitalistischer Staatlichkeit) und Veränderungen, die Existenz von und Konkurrenz zwischen verschiedenen herrschenden Klassen und Klassenfraktionen (Poulantzas führt zur Analyse davon den Begriff *Block an der Macht* ein) und der Kompromiss mit und die Integration subalternen Klassen. Hier kommt sein Modell der *Verdichtung* zum Tragen (ich werde darauf weiter unten noch eingehen), das es eben gerade ermöglichen soll, diese Prozesse in ihrer Komplexität und ihren Auswirkungen hinreichend zu analysieren. Diese Diskussion verweist außerdem auf die (zusammenhängenden) Fragen nach Klassencharakter und historischer Entstehung bzw. Begründung kapitalistischer Staatlichkeit.

2.4.1.3. Ökonomie und Produktionsverhältnisse

Eng mit der Frage nach der Auffassung von Klassen sind jene nach Rolle und Gewicht der Ökonomie, d.h. letztlich das Verhältnis von „Basis“ und „Überbau“, und spezifischer, jene nach Besonderheiten, Dynamik und Wirkung der kPw, verbunden. In diesem Zusammenhang ist eine zentrale begriffliche und theoretische Unterscheidung bei Poulantzas jene „zwischen *Produktionsweise* (abstrakt-formaler Gegenstand in seinen ökonomischen, ideologischen und

²⁰¹ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 57

²⁰² Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 95

²⁰³ ebd.

²⁰⁴ ebd.

²⁰⁵ ebd.

²⁰⁶ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 40

politischen Bestimmungen) und *konkreten Gesellschaftsformationen* (Verknüpfung verschiedener Produktionsweisen in einem historisch gegebenen Zeitpunkt)²⁰⁷ Diese Unterscheidung geht auf Marx zurück, wurde von Louis Althusser ausgearbeitet und von Poulantzas aufgegriffen und als wichtiges Element in seine Überlegungen integriert. Althusser (und im Anschluss daran Poulantzas) These diesbezüglich lautet, dass „Marx mit dem Begriff der Produktionsweise deren Logik und das Prinzip der kapitalistischen Entwicklungsdynamik, nicht die Entwicklung einer konkreten Gesellschaft analysiert habe.“²⁰⁸ Diese Begriffe haben auch methodische Implikationen; betreffen sie doch das Verhältnis von Abstraktem und Konkretem.

Ebenso im Anschluss an Althusser sieht Poulantzas eine Gliederung der kPw in drei relativ autonome Instanzen (Ökonomie, Politik, Ideologie). Zusammen bilden sie ein strukturiertes Ganzes, wobei eine davon dominiert; aber nicht zwangsweise die Ökonomie. Die einzelnen Instanzen können nicht auf die anderen reduziert oder rückgeführt werden, sondern müssen aus ihren internen Mechanismen verstanden werden. Zusammen bilden sie ein artikuliertes Ganzes, d.h. dass sich erst in dieser Gesamtheit die relative Autonomie der einzelnen Instanzen konstituiert. Die Determinante der artikulierten Struktur der kPw sind grundsätzlich die Pv, d.h. dass sie zur Konstitution der einzelnen Elemente der Struktur führen, ihnen ihren Platz zuweisen und ihnen dadurch eine spezifische Form geben. Die Pv sind aber nicht notwendigerweise auch die Dominante, also jene Struktur, die die konkrete Form der Artikulation festlegt. Der Staat überdeterminiert die ökonomische Instanz (durch seine relative Autonomie und immer schon konstitutive Präsenz in den ökonomischen Verhältnissen).²⁰⁹

Der Begriff der Produktionsverhältnisse bleibt bei Poulantzas allerdings ungenügend bzw. widersprüchlich bestimmt, ebenso wie das (theoretische) Verhältnis von Produktionsverhältnis(sen) und Klasse(n) sowie das zwischen Produktionsverhältnis(sen) und Ökonomie.²¹⁰ So finden sich bei Poulantzas Definitionen der Pv, die ihre Konstitution durch

²⁰⁷ ebd., S. 54. Demirovic (Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 22) fasst es folgendermaßen zusammen: „Die Produktionsweise ist ein theoretischer, abstrakter Begriff, ein Modell, dem in der Wirklichkeit unmittelbar nichts entspricht. Die Gesellschaftsformationen sind als die historisch konkreten Kombinationen mehrerer Pw oder mehreren Phasen einer Pw bestimmt.“

²⁰⁸ Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 23

²⁰⁹ ebd., S. 24-26

²¹⁰ An einer Stelle heißt es dazu: „Die Beziehung des Staats zu den Produktionsverhältnissen ist *meist* eine Beziehung zu den gesellschaftlichen Klassen und dem Klassenkampf.“ (Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 55. Meine Hervorhebung, J.P.). Demirovic (Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 43f) verweist auf die von Poulantzas gezogene Unterscheidung von Positionen (gesellschaftlich konkrete Formen der Stellung) und Stellungen (strukturelle Bestimmung in der kPw) von Klassen. Mit dieser Differenzierung könnte sich eine gewisse Auflösung von einigen (klassentheoretischen) Problemen anbieten. Allerdings spielt sie in Poulantzas’

den Staat bzw. den Klassenkampf, d.h. über die Instanz des Politischen, gegeben sehen. Zum Beispiel wenn für ihn „die Produktionsverhältnisse bereits Macht- und Kampfverhältnisse“ sind und das Primat der Kämpfe vor dem Staat die Grenzen der Produktionsverhältnisse überschreiten.²¹¹ Demirovic bringt einen gewichtigen Einwand hinsichtlich der sich daraus ergebenden Schwierigkeit, die Identität der kPv zu bestimmen: „Denn wenn der Kapitalismus durch einen bestimmten Typ von Pv gekennzeichnet ist, gerade diese aber im gesellschaftlichen Ganzen überdeterminiert sind, sich verschieben und ändern – welche Kriterien erlauben es dann zu behaupten, daß es sich immer noch um kapitalistische Gesellschaftsformationen mit Klassen und folglich Klassenkampf handelt?“²¹² Poulantzas manövriert sich hier in ziemliche Widersprüche hinein. So wirft zum Beispiel folgende Passage aus der *Staatstheorie* eine Reihe von recht grundsätzlichen Fragen und Problemen auf:

„Den Staat auf die Produktionsverhältnisse zu beziehen, bedeutet bereits, dass die Transformationen des Staats in seiner grundlegenden historischen Periodisierung [...] auf die substantiellen Veränderungen der Produktionsverhältnisse und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus hinweisen. Auch wenn der harte Kern der Produktionsverhältnisse weiter besteht – der Staat bleibt eben kapitalistisch –, sind sie dennoch während der gesamten Reproduktion des Kapitalismus wesentlichen Transformationen unterworfen.“²¹³

Zunächst fällt auf, dass ein „Beziehen“ von Pv und Staat aufeinander, eine vage und ungenaue Fassung dieses Verhältnisses ist. Unklar bleibt auch was er mit einer „substantiellen Veränderung der Produktionsverhältnisse“ meint. Um das von Demirovic aufgeworfene Problem einigermaßen zu lösen, greift er auf den Begriff des „harten Kerns der Pv“ zurück. Mit diesem Begriff scheint er auf die Eigentums- und Besitzverhältnisse, die Stellung der Klassen zu den Produktionsmitteln, abzielen, d.h. auf die Frage nach dem, was nun eigentlich eine bestimmte Pw ausmacht. An anderer Stelle erklärt er den harten Kern der kPv mit der Sicherung der „Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, d.h. ihren Ausschluss aus der realen Macht über die Produktionsmittel“.²¹⁴ Mit Pv allgemein (er bringt diesen Begriff ja auch mit der Arbeitsteilung und einer Periodisierung zusammen) scheint er wohl eine konkrete(re) Organisation der Arbeitsprozesse beschreiben zu wollen.²¹⁵

Ausführungen in der *Staatstheorie* keine wichtige Rolle; daher werde ich mich auch nicht näher damit beschäftigen.

²¹¹ Poulantzas: *Staatstheorie*, a.a.O., S. 75. An anderer Stelle schreibt er: „Der Staat spielt eine konstitutive Rolle in der Existenz der Reproduktion der Machtbeziehungen der Massen, allgemeiner im Klassenkampf, womit auf seine Präsenz in den Produktionsverhältnissen verwiesen ist.“ (ebd., S. 67)

²¹² Demirovic: *Nicos Poulantzas*, a.a.O., S. 45

²¹³ Poulantzas: *Staatstheorie*, a.a.O., S. 154

²¹⁴ ebd., S. 222

²¹⁵ Demirovic (*Nicos Poulantzas*, a.a.O., S. 46) verweist auf Probleme die sich in diesem Zusammenhang ergeben: „Aber durch eine solche historisierende Auffassung der Produktionsverhältnisse wird die Spannung zwischen einem Strukturbegriff des Kapitalverhältnisses sowie der sozialen Klassen und einem am Konflikt

Unklar bleibt warum dieser „harte Kern der Pv“ den Einwirkungen des Politischen entzogen sein soll bzw. nicht dadurch konstituiert und transformiert wird – wenn die Pv grundsätzlich Macht- und Kampfverhältnisse sind, d.h. letztlich politisch konstituiert werden. Poulantzas konstruiert hier aber auch, durchaus in gewissen Widersprüchen zu anderen Aussagen und Passagen, einen sehr engen Zusammenhang zwischen Pv und Staat: einerseits wenn er das Weiterbestehen eines harten Kerns der Pv mit dem kapitalistischen Charakter des Staats begründet, d.h. letztlich den Grund dafür auf *politischer* Ebene ausmacht. Andererseits bringt er die Veränderungen auf ökonomischer Ebene (Pv, Arbeitsteilung) unmittelbar mit den Transformationen des Staats zusammen. Unklar bleibt dabei letztlich auch, ob Pv mit „der“ Ökonomie gleichzusetzen sind bzw. wie deren Verhältnis zu fassen wäre.

Auf alle Fälle verfügt Poulantzas über keinen klaren Begriff der Pv und macht seine theoretischen Annahmen und die unterschiedlichen Analyseebenen, die darin zum Ausdruck kommen, nicht (ausreichend) ersichtlich. Dieser Umstand verweist auf eine mangelhafte Auseinandersetzung mit der Marxschen Ökonomietheorie (und ihrem Stellenwert in/für eine Staatstheorie)²¹⁶, auf eine unklare Bestimmung des Verhältnisses von „Basis“ und „Überbau“, sowie methodisch auf Unklarheiten bzw. Probleme im Bezug auf das Verhältnis von Abstraktem und Konkretem.

2.4.1.4. Verdichtung, Kämpfe und Charakter des Staats

Das vielleicht wichtigste Konzept bei Poulantzas ist jenes der *Verdichtung* – sowohl innerhalb seiner Staatstheorie, als auch als Intervention in die Diskussion um mSt.²¹⁷ Dieses Konzept soll dabei zwei Dinge leisten: Einerseits gilt es „theoretisch zu erklären, wie *der Klassenkampf, spezieller der politische Kampf und die politische Herrschaft, im institutionellen Gerüst des Staats eingeschrieben sind [...] und zwar so, dass die unterschiedlichen Formen und historischen Transformationen diese [sic!] erklärt werden können.*“²¹⁸ Andererseits will er damit das ewige „Pseudodilemma“ zwischen den Konzeptionen des Staats als entweder Sache/Subjekt oder Instrument vermeiden.²¹⁹ Er definiert den kapitalistischen Staat daher „*als ein Verhältnis, genauer als die materielle*

orientieren dynamischen Verständnis von Kräftekonstellationen, die die Pv, die Klassen und den Staat erfassen, noch vergrößert.“

²¹⁶ So schreiben auch Demirovic/Hirsch/Jessop: Es „wäre eine intensivere Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der Wertvergesellschaftung notwendig gewesen, die Marx im ersten Teil des *Kapitals* vornimmt und in der er den Begriff der gesellschaftlichen Form als Bewegungsmodus eben dieser Widersprüche entwickelt.“ (Einleitung der Herausgeber, a.a.O., S. 18). Für sie ergibt sich daraus allerdings kein wirkliches Problem.

²¹⁷ So stellt etwa Jessop (Über Originalität, Vermächtnis..., a.a.O., S. 159f) die These vom Staat als ein gesellschaftliches Verhältnis als zentralen theoretischen Durchbruch heraus.

²¹⁸ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 157. Hervorhebungen im Original

²¹⁹ ebd., S. 159f

*Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat in spezifischer Form ausdrückt.*²²⁰ Der Staat habe allerdings eine eigene Dichte und Widerstandskraft und kann nicht auf ein Kräfteverhältnis reduziert werden. Dieses überträgt sich nicht direkt und unmittelbar, sondern in einer der Materialität der Apparate entsprechenden Form.²²¹

Hier stoßen wir auf ein zentrales Problem der mSt (das auch in der bisherigen Diskussion eine große Rolle spielte): die Frage nach dem „Charakter“ des Staats – in dem Sinn, dass der Staat eben mehr ist als das unmittelbare und direkte Ergebnis von Kämpfen und Kräfteverhältnissen und gewissermaßen eine eigene „Logik“ (bzw. Dichte/Widerstandskraft) besitzt. In „klassischen“ Debatten spielte der Begriff des *Klassencharakters* dabei eine entscheidende Rolle. Poulantzas merkt zwar an, dass der Klassencharakter des Staats nicht in Frage steht²²², gibt aber dennoch keine eindeutige Antwort auf diese Frage, behandelt sie eigentlich nicht und bleibt auch unklar im Bezug darauf, woran der Klassencharakter festzumachen sei. Bei ihm nimmt dafür in diesem Zusammenhang der Begriff der spezifischen/eigenen *Materialität* einen wichtigen Stellenwert ein. Allerdings bleibt auch der Begriff der Materialität (der Staatsapparate) bei Poulantzas „unterbestimmt“.²²³ Die zentralen Fragen bleiben also bestehen: Welchen (Klassen-)Charakter hat der Staat in kapitalistischen Gesellschaften überhaupt? Woran macht man/frau diesen überhaupt fest? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus? Unterscheidet sich diese spezifische Materialität von seinem Klassencharakter (bzw. wodurch)?

Ein entscheidender Faktor in diesem Zusammenhang ist das Verhältnis von Staat und Pv. Poulantzas' Ausführungen bleiben auch hier widersprüchlich und hinterlassen Unklarheiten – und verweisen auf die grundsätzlichen Mängel des Begriffs Pv bei ihm. Auf der einen Seite streicht er heraus (seiner grundsätzlichen Stoßrichtung folgend): „in der komplexen Beziehung zwischen dem Klassenkampf und den Apparaten kommt den Kämpfen die vorrangige und fundamentale Rolle zu.“²²⁴

²²⁰ ebd., S. 159. Hervorhebungen im Original

²²¹ ebd., S. 162. Er fügt hinzu: „Eine Veränderung der Staatsmacht allein transformiert die Materialität der Staatsapparate nicht.“ (ebd.)

²²² Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 40

²²³ Demirovic/Hirsch/Jessop: Einleitung der Herausgeber, a.a.O., S. 18

²²⁴ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 67

Weiter heißt es, dass

„die Kämpfe als vorrangiges Feld der Machtbeziehungen stets das Primat über den Staat besitzen. Dies meint nicht nur die ökonomischen Kämpfe, sondern die Gesamtheit der Kämpfe, also auch die politischen und ideologischen Kämpfe. Zwar spielen in diesen Kämpfen die Produktionsverhältnisse die entscheidende Rolle. Aber das Primat der Kämpfe vor dem Staat überschreitet die Grenzen der Produktionsverhältnisse, weil es sich in diesem Fall nicht um eine ökonomisch [sic!] Struktur handelt, die die Kämpfe begründen würde; vielmehr sind die Produktionsverhältnisse bereits Macht- und Kampfverhältnisse.“²²⁵

Er sieht allerdings auch eine Grenze für die Eingriffsmöglichkeiten dieser Kämpfe: „Der kapitalistische Staat wird durch eine *allgemeine negative Begrenzung* seiner Intervention konstituiert, d.h. durch eine *spezifische Nicht-Intervention* in den ‘harten Kern’ der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.“²²⁶ Sehen wir hier von der Frage ab, warum der „harte Kern“ außerhalb politischer Prozesse steht, bleibt aber dennoch eine entscheidende Frage: Wodurch kommt diese Begrenzung denn eigentlich zustande? Poulantzas’ Antwortmöglichkeit bleibt unbefriedigend: er müsste eine solche Begrenzung letztlich als Ergebnis eines *politischen* Prozesses konzipieren, dann wäre es aber eben gerade Ergebnis politischer Kämpfe und von Kräfteverhältnissen und hätte dann keine Schranke „an sich“. Hier besteht ein erkenntnistheoretisch-methodischer Zirkelschluss.²²⁷

Die Probleme entstehen vor allem deswegen, weil es bei Poulantzas keine abstrakte und konkrete Analyseebene gibt (und deren Zusammenhang ungeklärt bleibt). Für die Bestimmung seiner zentralen Begriffe zieht er gleichermaßen die Instanzen Ökonomie, Politik und Ideologie heran. Hier wird auch die ungenaue Bestimmung der Pv (als „Grundierung“ des Staats) zum Problem. Letztlich definiert er viele der zentralen Begriffe (Klassen, Staat, Pv....) über ihre konkrete Existenzweise, d.h. in ihren Kämpfen, der konstitutiven Präsenz des Staats/Politischen in den Pv und Klassen... Anschließend an Demirovic’ Kritik, dass für Poulantzas Schwierigkeiten entstehen die Identität der kPv zu erklären, wenn diese immer schon im gesellschaftlichen Ganzen überdeterminiert sind²²⁸, würde ich hier die gleichen Probleme für die Bestimmung des (Klassen-)Charakters des Staats ausmachen.

Damit bleibt auch unklar, welche Rolle der Staat für und in der Veränderung der Gesellschaft spielen kann bzw. muss. Poulantzas richtet sich jedenfalls gegen die Vorstellung der Zerschlagung des Staats und argumentiert für eine Art Doppelstrategie: die Alternative könne

²²⁵ ebd., S. 75

²²⁶ ebd., S. 222. Hervorhebung im Original

²²⁷ In diesem Problembereich kommt Poulantzas an manchen Stellen einer Sichtweise des Staats als Subjekt, mit eigenen Interessen, nahe. So argumentiert er zum Beispiel, „dass der Staat nur dann existiert, wenn der harte Kern der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gesichert ist“ (ibd., S. 222), was umgekehrt denn Schluss zulässt, dass der Staat selber ein Interesse an der Aufrechterhaltung der kPv hat. An anderer Stelle schreibt er von einem Staat, der sich etwas selbst zur Aufgabe macht (ibd., S. 243).

²²⁸ Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O., S. 45

nicht jene sein „zwischen einem Kampf ‘im Inneren’ des Staatsapparats [...] und einem Kampf ‘auf Distanz’“. ²²⁹ Poulantzas schwebt ein demokratischer Weg zum Sozialismus vor in dem sich „beide Wege verbinden“ ²³⁰ müssen. Dabei wird das Problem von Materialität bzw. Klassencharakter nochmals pointiert aufgeworfen. Für ihn wäre jedenfalls unzureichend den Staat „in Besitz“ zu nehmen: „das innere Kräfteverhältnis des Staats zu ändern meint nicht aufeinanderfolgende Reformen als kontinuierlicher Fortschritt, die schrittweise Einnahme der staatlichen Maschinerie oder die Eroberung der höchsten Regierungsposten.“ ²³¹ Denn: „Eine Veränderung der Staatsmacht allein transformiert die Materialität des Staatsapparates nicht.“ ²³² Weiter heißt es: „Und da der Staat eine eigene Materialität besitzt, reicht eine Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des Staats allein nicht zur Transformation dieser Materialität aus.“ ²³³ Er benennt auch die Voraussetzungen dafür, dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des Staats dauerhaft zugunsten der Volksmassen verschieben können: eine Transformation seiner Apparate. ²³⁴ Er führt daher bezüglich der Veränderung des inneren Kräfteverhältnisses des Staats aus: „Diese Veränderung besteht in der Ausweitung *effektiver Brüche*, deren kulminierender Punkt [...] im Umschlagen der Kräfteverhältnisse auf dem Terrain des Staats zugunsten der Volksmassen liegt.“ ²³⁵ In diesen Passagen macht es durchaus den Eindruck, als ob mit Materialität ein spezifischer (Klassen-)Charakter des Staats gemeint ist. Poulantzas bleibt hier allerdings die entscheidende Antwort schuldig, nämlich was diese „effektiven Brüche“ ausmachen würde.

2.4.1.5. Eine allgemeine Theorie des (kapitalistischen) Staats?

Poulantzas stellt grundsätzlich fest: „Die Frage des historischen Ursprungs, der Reihenfolge in der historischen Entstehung zwischen dem Staat einerseits und den Produktionsverhältnissen und Machtbeziehungen von Klassen andererseits ist theoretisch nicht identisch mit der Frage nach der Begründung des Staats in den Produktionsverhältnissen, den Klassenkämpfen und den Machtbeziehungen.“ ²³⁶ Damit verweist er – letztlich – auf die unterschiedlichen Analyseebenen: eine abstrakte Theorie des Staats und seiner Begründung in den ökonomischen Verhältnissen einerseits und die historische Durchsetzung und konkrete Ausformung und Veränderung andererseits – auch

²²⁹ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 287

²³⁰ ebd., S. 288

²³¹ ebd., S. 286f. Hervorhebung im Original

²³² ebd., S. 162

²³³ ebd., S. 289

²³⁴ ebd.

²³⁵ ebd., S. 286f. Hervorhebung im Original

²³⁶ ebd., S. 71

wenn er diese Unterscheidung selber im Endeffekt nicht durchhält bzw. nicht auf ihrer Grundlage arbeitet.

Im Gegensatz zur historischen Phase der Dominanz vorkapitalistischer Produktionsweisen, bei der es zu einer engen „Verzahnung“ von Staat und Ökonomie kam, führen die kPv – wie gesagt – zu einer relativen Trennung der beiden Bereiche. Es ist eine eigentümliche Charakteristik des Kapitalismus, dem Staat und der Ökonomie neue Räume zuzuweisen und ihre Bestandteile selbst zu verändern.²³⁷ Allgemein können wir sagen: Da sich die Räume, Felder und Begriffe von Staat und Ökonomie in den verschiedenen Pws jeweils anders darstellen, kann es „weder eine allgemeine Theorie der Ökonomie [...] mit einem für die verschiedenen Produktionsweisen unveränderlichen theoretischen Gegenstand noch eine ‘allgemeine Theorie’ des Politischen/des Staats“²³⁸ geben. Laut Poulantzas kann es also keine allgemeine Theorie des Staats geben. Sein Versuch dieses Problem zu bearbeiten bleibt aber unabgeschlossen, uneindeutig und widersprüchlich.²³⁹

Außerdem stellen sich hier ähnliche Probleme wie ich sie bereits weiter oben allgemein skizziert habe. Poulantzas bringt auch hier eine konkrete politische Ebene für die Bestimmung von grundsätzlichen, abstrakten Eigenschaften ins Spiel: „Eine Theorie des kapitalistischen Staats kann nur erarbeitet werden, wenn man ihn mit der Geschichte der politischen Kämpfe im Kapitalismus in Beziehung setzt.“²⁴⁰ Und ebenso vermischen sich abstrakte und konkrete Analyseebene: „*Die Theorie des kapitalistischen Staats kann von der Geschichte seiner Konstitution und Reproduktion nicht getrennt werden.*“²⁴¹ Diese Sichtweise verweist wiederum auf die Schwierigkeiten den (Klassen-)Charakter des Staats hinreichend zu begründen und ihn, auf Grundlage von Poulantzas’ Verfahrensweise, ins Zentrum der Analyse zu stellen. Hier ist Hirsch zuzustimmen, wenn er meint, dass die Ablehnung des grundlegenden Ausgangspunkts, der hinter der „Staatsableitung“ steht, dazu führt, „dass er [Poulantzas, Anm. J.P.] die ‘relativen [sic!] Autonomie’ des Staats nicht wirklich begründen kann und deswegen zu funktionalistischen Verkürzungen neigt.“²⁴²

²³⁷ ebd., S. 47

²³⁸ ebd., S. 48

²³⁹ So wenn er einerseits schreibt, dass er „die allgemeinen Aussagen [über den Staat, Anm. J.P.] im Verlauf einer Analyse des kapitalistischen Staats entwickeln“ wird und andererseits festhält, dass man/frau „die allgemeinen Aussagen über den Staat nicht ausgehend vom kapitalistischen Staat selbst entwickeln“ kann (Staatstheorie, a.a.O., S. 50)

²⁴⁰ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 54

²⁴¹ ebd. Hervorhebung im Original

²⁴² Hirsch: Materialistische Staatstheorie, a.a.O., S. 25

2.4.1.6. Was ist der Staat denn eigentlich?

Grundsätzlich können wir sagen, dass Poulantzas den Staatsbegriff, gegenüber dem traditionellen marxistischen Verständnis, dabei an die Überlegungen von Gramsci anschließend, sehr weit ausgedehnt hat. Dies ist freilich auch Ergebnis der Zurückweisung einer verkürzten und reduktionistischen Fassung des Verhältnisses von „Basis“ und „Überbau“ und einer stärkeren Berücksichtigung der Rolle politischer Prozesse selbst. Hier liegt auch ein wesentlicher – positiver – Punkt von Poulantzas' Intervention in die marxistische/materialistische Staatsdiskussion: nämlich der Versuch von einer Reduzierung von „Staat“ auf Repressionsorgane und Parlament wegzukommen – letztlich auch um den Wandel von Staatlichkeit, die Grundlage und Bedeutung von bestimmten Politiken, sowie die Ausübung und Formen von Herrschaft, besser verstehen und fassen zu können.

Allerdings fehlt bei ihm eine (genauere) Definition, was denn den Staat nun eigentlich ausmache. Hier werden Probleme einer (zu) weiten Staatsdefinition deutlich: „Zugespitzt ließe sich sagen, daß der Staat ein gesellschaftliches Verhältnis ist, weil alle (viele) gesellschaftlichen Verhältnisse ihrerseits schon Staat sind“. Letztlich führt das zur Schlussfolgerung: „Die Staatsapparate sind also mit dem gesellschaftlich-politischen Verhältnissen wesensgleich“.²⁴³ Hier besteht freilich die Gefahr, dass ein Begriff (und ein Konzept) soweit ausgedehnt wird, dass er Erklärungskraft einbüßt. Wenn alles Staat ist und dieser von Gesellschaft nicht (oder zumindest kaum) mehr unterschieden ist, ist der Begriff *Staat* (und umgekehrt auch Gesellschaft, Ökonomie...) zur Analyse von spezifischen gesellschaftlichen Prozessen praktisch eigentlich bedeutungslos. Eine mögliche Antwort auf dieses Dilemma könnte der Hinweis auf die spezifische Materialität der Staatsapparate, insofern damit auch der Klassencharakter einbezogen wird, liefern – hier bleibt Poulantzas allerdings weitgehend uneindeutig.

2.4.2. Schlussfolgerungen

Poulantzas' Überlegungen und seine Intervention in die marxistische Debatte sind radikal. Er versucht einem starren ökonomischen Reduktionismus und ökonomistischen Determinismus ein kohärentes und dynamisches Konzept gegenüberzustellen. Das veranlasst ihn, wie ich zu zeigen versucht habe, in bestimmten Bereichen auch zu relativ umfassenden theoretischen Verschiebungen – ohne diese jedoch immer kenntlich zu machen und auf ihre theoretische und methodische Bedeutung und Möglichkeit hin zu reflektieren. Ich möchte hier auf den Kern meiner zwei Hypothesen für diesen Abschnitt zurückkommen, nämlich a), dass

²⁴³ Demirovic: Nicos Poulantzas, a.a.O, S.110

Poulantzas in einigen Punkten mit grundsätzlichen Annahmen einer marxistischen bzw. historisch-materialistischen Theorie und Methode bricht und b), dass er das Verhältnis von Abstraktem und Konkretem (methodisch) nicht zu bestimmen vermag, sondern beide Ebenen (tendenziell) ineinander auflöst.

Diese beiden Probleme hängen ursächlich zusammen. Demirovic liefert diesbezüglich zwei grundsätzliche Einschätzungen. Poulantzas ver falle selbst in den Fehler das Entscheidende zu verfehlen, „nämlich, wie und in welchem Maße sich die ökonomischen Verhältnisse auf der politischen Ebene manifestieren“.²⁴⁴ Und bei einem solchen Modell verliere „die Unterscheidung von Basis und Überbau ihre Bedeutung: alles wirkt in unterschiedlichem Maße auf alles ein. Es besteht die Gefahr, daß das gesellschaftliche Ganze in locker miteinander verbundene, nebeneinander her existierende Instanzen aufgelöst wird.“ Bei Poulantzas führe „das zu einem alles umfassenden Politizismus, weil die Politik als die Instanz bestimmt wird, die alles zusammenhalten soll.“²⁴⁵ Ihm gehe es eben auch „vorrangig um das Primat des Politischen“.²⁴⁶

Demirovic bringt damit einige zentrale Schwächen prägnant auf den Punkt. Zugespißt würde ich hinzufügen, dass Poulantzas letztlich auch gar kein Konzept von „Basis“ und „Überbau“, wie deren Verhältnis dann auch immer zu bestimmten sei, haben kann. In dem er Begriffe/Dinge durch bzw. in ihre/r konkrete/n Existenzweise, d.h. letztlich *politisch*, bestimmen will, verabschiedet er sich von jeglicher Determination durch die Ökonomie (wie auch immer diese dann konkret zu bestimmten wäre) und damit einem historisch-materialistischen Verständnis. Insgesamt kommt es dadurch zu einer weitgehenden Auflösung in Richtung der politischen bzw. der Handlungsebene. Poulantzas schreibt selber dazu: „Die politische Macht hat, obwohl sie auf der ökonomischen Macht und den Ausbeutungsverhältnissen basiert, insofern vorrangige Bedeutung, als ihre Transformation jede wesentliche Modifikation der anderen Machtfelder überwiegend bestimmt.“²⁴⁷ Damit einher geht auch methodisch ein Abschied von einer Unterscheidung in und Analyse auf einer abstrakten und einer konkreten Ebene. Poulantzas fehlt damit der – abstrakt zu bestimmende – Referenzpunkt, was denn nun eigentlich den „harten Kern“ einer Sache (Pw, Pv, Staat...) ausmacht.

So fallen zum Beispiel in seinem Begriff von Klassenkampf zwei unterschiedliche Dinge, die es eigentlich zu trennen gilt, zusammen: auf der einen Seite der grundsätzliche

²⁴⁴ ebd., S. 37

²⁴⁵ ebd., S. 35

²⁴⁶ ebd., S. 37

²⁴⁷ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 73

Klassenantagonismus, d.h. die Stellung zu den Produktionsmitteln und der sich aus der Dynamik der kPw ergebende „Kampf“ um die Verteilung des Mehrprodukts (auf einer abstrakten, analytischen Ebene der Bestimmung der kPw); auf der anderen Seite ein politischer Klassenkampf (nicht nur auf ökonomischer Ebene), den es nur konkret, unter spezifischen historischen Umständen gibt und bei dem Bewusstsein eine wichtige Bedeutung zukommt. Mit dieser Problematik schließt sich der Kreis zur ungenauen Bestimmung der Pv und der (tendenziellen) Auflösung von Ökonomie in Politik. Poulantzas kann nicht zwischen Kämpfen die den „harten Kern der Pv“ angreifen oder auflösen und solchen die es nicht tun unterscheiden. Damit bleibt auch unklar, wie und mit welchen Maßnahmen (über den Staat?) eine Aufhebung des Klassenantagonismus überhaupt erreicht werden könnte.

Letztlich bleibt auch das Verhältnis von Staat/Politik und Ökonomie ungeklärt. Es ist auch kaum mehr möglich, die kapitalistischen Gesellschaften eigentümliche relative Trennung von Staat und Ökonomie zu begründen und von einem Verhältnis der beiden Ebenen in anderen Gesellschaften zu unterscheiden: denn er sieht den Staat/das Politische „immer schon konstitutiv, wenn auch in unterschiedlicher Form, in den Produktionsverhältnissen“²⁴⁸ wirken – und das in allen Produktionsweisen. Damit gibt es auch keine Kategorien mehr mit denen zwischen qualitativen und quantitativen Verschiebungen und Veränderung, in der Organisation des Politischen/des Staats und seines Verhältnisses zur Ökonomie, unterschieden werden könnte. Für die Fassung der bR ergibt sich dadurch folgende Problematik: wenn sich das Verhältnis zwischen Staat und Ökonomie in ständiger Veränderung befindet und der determinierende Effekt „der Ökonomie“ aufgegeben wird, wird es eigentlich unmöglich den Wandlungsprozess von feudalen zu kapitalistischen Verhältnissen, sowohl auf ökonomischer wie auch auf politischer Ebene, zu erfassen. Es wird nicht mehr möglich zwischen *qualitativen* Veränderungen zu unterscheiden, der Fokus wird auf graduelle Prozesse gelegt – ohne eine Rückbindung an abstrakt bestimmte Referenzen und Charakteristiken. Hier stoßen wir auch auf die Grenzen des Konzepts *Gesellschaftsformation*: wird eine solche nur als lose und zufällige Verknüpfung verschiedener Pw gesehen, ohne dabei die Dominanz einer Pw und ihrer Dynamik herauszustellen, verlieren die Begriffe Pv und Pw weitgehend an Bedeutung.

Trotz all dieser Schwächen liefert Poulantzas mit seinem Konzept der *Verdichtung* von Kräfteverhältnissen einen wichtigen Anstoß und schlägt ein Konzept vor, das dazu dienen könnte eine entscheidende Frage mSt zu beantworten: Wie und in welcher Art und Weise schlagen sich gesellschaftliche Konflikte und Kämpfe in den Staatsapparaten nieder? Welche

²⁴⁸ ebd., S. 45

Rolle kann das Konzept der *Verdichtung* vor dem Hintergrund der Annahme einer Staatsformanalyse einnehmen? Könnte die Formel „Staatsableitung plus *Verdichtung*“ eine mögliche Lösung sein?

2.5. „Staatsableitung plus *Verdichtung*“: eine mögliche Lösung?

Wie weiter oben erwähnt wurde, kann das Herausarbeiten der *Form* nur gewisse Strukturmerkmale, nicht jedoch die konkrete historische Entwicklung und spezifische Ausformungen von Staaten erklären oder vorwegnehmen. Eine mögliche Lösung für die hier beschriebene Problematik kann im Vorschlag von Hirsch/Kannakulam gesehen werden, zwischen *politischer Form* und *Institution* zu differenzieren. Für die beiden Theoretiker „dürfte eine wichtige Möglichkeit zur Weiterentwicklung der materialistischen Staatstheorie“ in „der Verbindung dieser scheinbar entgegengesetzten Theoriestränge“, auf der einen Seite Staatsableitung und auf der anderen Seite Poulantzas (und Gramsci) liegen.²⁴⁹ Damit soll ermöglicht werden das Verhältnis von abstrakter Formbestimmung und konkreter Ausformung adäquat zu erfassen.

Allgemein beschreiben sie dieses Verhältnis folgendermaßen: „Die politische Form des Kapitalismus und die institutionelle Gestalt der politischen Apparatur sind weder identisch noch voneinander ableitbar, sondern stehen in einem komplexen Entsprechungs- und Widerspruchsverhältnis. Die konkrete institutionelle Ausgestaltung der Staatsapparatur ist zwar formbestimmt, d.h. sie unterliegt strukturellen Zwängen, die aus den bestehenden Produktions- und Ausbeutungsverhältnissen hervorgehen und die den Spielraum für mögliche Institutionalisierungsweisen begrenzen. Gleichwohl kann sie sich in unterschiedlichen institutionellen Konfigurationen manifestieren. Dies hängt von spezifischen historischen Pfaden, konkreten ökonomischen Beziehungen und Klassenkonstellationen, sozialen Kräfteverhältnissen und Konfliktverläufen ab.“²⁵⁰

Das hier beschriebene Verhältnis halte ich für grundsätzlich richtig und es kann als weiterer Ausgangspunkt für die Diskussion des Verhältnisses von politischer Form und Institution dienen. Skepsis ist jedoch gegenüber Hirschs (und Kannakulams) Vorschlag diese Prozesse mit der Formel „Staatsableitung plus *Verdichtung*“ zu fassen, angebracht. Meine **Hypothese** diesbezüglich lautet, dass die aus einer Formbestimmung gewonnen Erkenntnisse, nicht einfach, wenn es zur Analyse konkreter Staaten und Prozesse kommt, mit Elementen von

²⁴⁹ Hirsch, Joachim/Kannakulam, John: Die Räume des Kapitals. Die politische Form des Kapitalismus in der „Internationalisierung des Staates“, S. 182, in: Hartmann, Eva/Kunze, Caren/Brand, Ulrich (Hrsg.): Globalisierung, Macht und Hegemonie. Westfälisches Dampfboot 2009, Münster. S. 181-211.

²⁵⁰ Hirsch/Kannakulam: Die Räume des Kapitals, a.a.O., S. 182. Hervorhebung im Original

Poulantzas' Staatstheorie ergänzt werden können. Die Grundannahmen der „Staatsableitung“ und von Poulantzas' Staatstheorie, inklusive seinem Konzept der Verdichtung, basieren und operieren auf unterschiedlichen, in *Widerspruch* stehenden theoretischen Konzepten. Der grundlegende Widerspruch besteht darin, dass der Ausformung konkreter Staaten durch ihre spezifische Form (unter kapitalistischen Verhältnissen) Grenzen gesetzt sind – eine Annahme die Poulantzas' unterm Strich verwirft. Ihren pointierten Ausdruck finden diese unterschiedlichen Konzepte in politisch-strategischen Fragen: während bei der Annahme einer Formbestimmung das Ziel die Überwindung dieser Form selbst sein muss²⁵¹, hält Poulantzas eine Transformation des Staats für möglich und daran als strategischem Ziel fest.

Zu problematisieren gilt es, wenn Hirsch das Konzept der Verdichtung von Poulantzas übernimmt und die Staatsformanalyse damit ergänzt bzw. parallel dazu arbeitet, als Analyseinstrument für die Herausbildung konkreter Staaten.²⁵² So etwa wenn es mit Bezug auf Poulantzas heißt: „Der Staat drückt in seiner *konkreten* organisatorischen Struktur soziale Kräfteverhältnisse aus“²⁵³ Auch wenn Hirsch hier einschränkend von der *konkreten* Struktur spricht, bleibt das Verhältnis zur Formbestimmung letztlich unterbestimmt: Poulantzas' Konzept der Verdichtung beruht gerade darauf, dass es keine spezifische Form des bkS, die theoretisch, abstrakt zu bestimmen wäre, gibt. Wenn wir also von einer Verdichtung von Kräfteverhältnissen ausgehen, und dieses Konzept an die Staatsableitung „anbauen“ wollen, müsste auch explizit die Grenze einer solchen Verdichtung genannt werden: der Klassencharakter des Staats. Poulantzas' Annahme der „spezifische[n] *Nicht-Intervention* in den 'harten Kern' der kapitalistischen Produktionsverhältnisse“²⁵⁴, sowie der spezifischen *Materialität* der Staatsapparate, stellen wohl Versuche dar, Lücken und theoretischen Probleme die sich aus dem Fehlen einer Formbestimmung ergeben, theoretisch zu schließen bzw. zu klären, d.h. auch Aussagen über den (Klassen-)Charakter des Staats zu treffen.

Oben habe ich jedoch versucht zu zeigen, dass diese Versuche letztlich unzureichend bleiben und eine Inkonsistenz in seiner Theorie darstellen und auf wichtige Mängel verweisen. Insofern ist es auch unzureichend wenn Hirsch bei Poulantzas, in seinem Begriff der *Materialität*, implizit das Vorhandensein einer (unterbewussten) Formanalyse unterstellt²⁵⁵ – wohl um die Formel „Staatsableitung plus Verdichtung“ zu ermöglichen. Die Annahme eines Klassencharakters des Staats ist also eng an eine Formanalyse gebunden. Der

²⁵¹ Hirsch: Herrschaft, Hegemonie..., a.a.O., S. 35. Oder wie Marx es sagt: „Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine [den Staat, Anm. J.P.] statt sie zu brechen.“ (Marx: Der achtzehnte Brumaire..., a.a.O., S. 197)

²⁵² Hirsch/Kannakulam: Die Räume des Kapitals, a.a.O.; Hirsch: Herrschaft, Hegemonie..., a.a.O.

²⁵³ Hirsch: Herrschaft, Hegemonie..., a.a.O., S. 26. Hervorhebung von mir, J.P.

²⁵⁴ Poulantzas: Staatstheorie, a.a.O., S. 222. Hervorhebung im Original

²⁵⁵ Hirsch: Politische Form..., a.a.O., S. 172

Klassencharakter erschöpft sich dabei nicht im Inhalt von konkreten Politiken, sondern wurzelt vielmehr in der Existenz des Staats selbst und seiner Position im gesellschaftlichen Ganzen. Er prägt auch seine institutionelle Ausformung und setzt dort die Schranken für Veränderungsmöglichkeiten. Somit gibt eine abstrakte Bestimmung der politischen Form des Kapitalismus gleichzeitig Auskunft über die Grenzen seiner Veränderbarkeit: „Der Staat kann sich in seiner spezifischen Formbestimmung nur erhalten, solange der ökonomische Reproduktionsprozeß als Kapitalverwertungsprozeß gewährleistet ist.“²⁵⁶ Dieser Prozess setzt wiederum kPv voraus. Daraus kann geschlossen werden, dass ein Staat (bzw. politisches Gemeinwesen) ohne bürgerlich-kapitalistischem Charakter innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft, d.h. auf Grundlage von kPv, nicht denkbar ist. Und somit auch nicht eine Transformation der kPv vermittelt eines bkS.

In seinem Text *Politische Form, politische Institution und Staat* setzt sich Hirsch intensiver mit dieser Problematik auseinander – bleibt aber auch hier uneindeutig. Er arbeitet zwar die Rahmenbedingungen und begrenzten Möglichkeiten für die Institutionalisierung, wie sie durch die politische Form gegeben sind, heraus, argumentiert aber auch, dass „die jeweils bestehenden Institutionalisierungsprozesse und Institutionenkonfigurationen durchaus in Gegensatz zu den sozialen Formen treten“²⁵⁷ können. Dies deswegen, weil sich Institutionen erst durch gesellschaftliches Handeln herausbilden, dieses aber „nicht simpel ‘strukturell’ determiniert ist.“²⁵⁸ Zusammenfassend können wir feststellen:

„Zwischen Form und Institutionen besteht ein mehrfach widersprüchliches Verhältnis: die sozialen Formen erhalten sich nur durch institutionelle Gegensätze und Konflikte hindurch und sie können durch die Dynamik institutioneller wie auch durch die Institutionalisierungsmodi selbst induzierter ‘außer-’ oder ‘gegeninstitutioneller’ Prozesse in Frage gestellt werden. Latent besteht also immer die Möglichkeit, daß die bestehenden Institutionenkonfigurationen mit dem Verwertungsprozeß des Kapitals unvereinbar werden.“²⁵⁹

Diese Passage könnte durchaus so interpretiert werden, dass Kämpfe innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Staats, also der politischen Form des Kapitalismus, zur Überwindung dieser Form führen können. Die entscheidenden Fragen die sich hier anschließen sind: Wie soll die Form des politischen Gemeinwesens *auf Dauer* unvereinbar mit der *determinierenden* Ökonomie sein? Hirsch selber liefert ein schlagendes Argument gegen eine solche Vorstellung und klärt die Frage „wie eigentlich das Verhalten der individuellen Akteure und sozialen Gruppen mit den Erfordernissen der Kapitalverwertung in Übereinstimmung gebracht wird“: „Sie sind gezwungen ihre materiellen Lebensverhältnisse zunächst einmal

²⁵⁶ ebd., S. 168

²⁵⁷ ebd., S. 174

²⁵⁸ ebd., S. 174

²⁵⁹ ebd., S. 175

unter den gegebenen Vergesellschaftungsverhältnissen zu sichern.“²⁶⁰ Insgesamt treffen wir hier auf ein ähnliches Problem wie bei Althusser: Hirsch verbleibt auf einer abstrakten Ebene und unterlässt die Bestimmung der Bedingungen der Möglichkeit der Überwindung dieser politischen Form.

Wenn er davon spricht, dass die bestehenden Institutionenkonfigurationen mit dem Verwertungsprozess des Kapitals *latent* unvereinbar werden können, ist das zwar nicht ganz falsch, aber sehr ungenau. Der kapitalistische Verwertungsprozess ist zwar grundsätzlich krisenhaft und (re)produziert ungleiche gesellschaftliche Verhältnisse, aber darin ist noch lang keine Überwindung kapitalistischer Verhältnisse begründet. Bestimmt werden müssten vielmehr die *konkreten* Bedingungen unter denen kapitalistische Formen aufgehoben werden können – das diese Möglichkeit prinzipiell besteht ist evident. Hier bedürfte es einer Auseinandersetzung mit konkreten historischen Ereignissen und Kämpfen – und einer konkreten Bestimmung und Begründung *warum* manche Kämpfe über die Form des bkS hinausweisen bzw. gewiesen haben.

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Während es also durchaus Sinn macht die „Verdichtung“ von sozialen Kräfteverhältnissen im Staat, im Sinne von Auswirkungen und Ausformungen im und auf diesen, zu verfolgen, meint das poultanzanische Konzept von *Verdichtung* etwas anders: die *Konstitution* des Staats und seines Charakters durch die Kämpfe – und auch die Transformation seines Charakters dadurch. Hier fehlt eindeutig die Bestimmung des Klassencharakters des Staats, der eben nicht in „seinen“ konkreten Politiken, sondern in seinem grundsätzlichen Charakter begründet liegt. Insgesamt kann festgehalten werden, dass es zwar notwendig ist die abstrakte Bestimmung der politischen Form auf einer konkreten Ebene anwendbar zu machen, aber die Formel „Staatsableitung plus *Verdichtung*“ nicht befriedigend ist.

2.6. Zwischenresümee: materialistische Staatstheorie als Voraussetzung einer Theorie der bürgerlichen Revolutionen

Bis zu welchem Grad ein konkreter Staat(sapparat) die „idealtypischen“ Eigenschaften der politischen Form aufweist, hängt von den sozioökonomischen Umständen und Kräfteverhältnissen ab. Damit sich ein bkS wirklich etablieren, d.h. die politische Form sich voll entfalten kann, braucht es eine entwickelte bürgerliche Gesellschaft: es bedarf einer weit genug entwickelten kapitalistischen Struktur der Ökonomie, die Dynamik der kPw muss die Gesellschaftsformation dominieren. Notwendig ist aber auch die Existenz von sozialen

²⁶⁰ ebd., S. 187. Hervorhebungen im Original

Gruppen die überhaupt zu TrägerInnen von bestimmten Vorstellungen werden können und damit auch eine bürgerliche Gesellschaft und ihr politisches Gemeinwesen verankern und verallgemeinern können.

Freilich gibt es keine Garantie dafür, dass mit kapitalistischen Strukturen auch ein diesen Strukturen entsprechender Staat, mit einer gewissen politischen Form, etabliert wird. Festgehalten werden kann aber, dass Widersprüche zwischen der Verfasstheit der politischen und der ökonomischen Ebene nur begrenzte Zeit existieren können; diese werden sich zuspitzen, verschieben und in die eine oder andere Richtung auflösen müssen. Ausgehend von einer historisch-materialistischen Sichtweise, die die Annahme einer Determination durch die ökonomischen Verhältnisse beinhalten muss, ist klar, dass diese beiden Ebenen nicht neutral oder „gleichstark“ nebeneinander stehen (können). Politische Maßnahmen und Institutionen werden sich also nur eine begrenzte Zeit und unter spezifischen Bedingungen gegen die Zwänge der Ökonomie behaupten können – zumindest wenn sie nicht den Rahmen der Klassengesellschaft sprengen.

Nun wird auch der Vorwurf des Politizismus gegenüber Poulantzas deutlicher: er bestimmt die Politik *per se*, also voraussetzungslos und grundsätzlich, als die Ebene die die Gesellschaft und ihre Strukturen konstituiert und damit auch verändern kann. Damit umgeht er nicht nur die Frage unter welchen spezifischen Umständen eine solche Veränderung vermittelt politischen Handelns möglich wäre, sondern auch in welcher Form. Poulantzas Konzept der Verdichtung läuft darauf hinaus, dass der (Klassen-)Charakter des Staats durch eine schrittweise Transformation verändert werden kann. Zwar ist es natürlich vorstellbar, dass sich Kräfteverhältnisse soweit „verdichten“, das sie über den (Klassen-)Charakter des Staats hinausweisen. Doch eine solche politische Artikulation wird ihren Ausdruck nicht im bkS finden – und auch gar nicht finden können. Natürlich würden solche Kämpfe auch auf den Staat *einwirken*, jedoch nicht seinen grundsätzlichen (Klassen-)Charakter verändern (können). Denn diese „aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich *über* sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht“²⁶¹ kann eben nicht auf Kräfteverhältnisse reduziert werden, sondern ist in ihrer grundsätzlichen Existenz und Struktur Ergebnis der Klassenantagonismen und stellt ein Organ der Klassenherrschaft dar. Damit ist auch die „Organisationsform“ des Staats gemeint: ein, in seinen wesentlichen Instanzen, von der Gesellschaft notwendig gesonderter und damit nicht kontrollierbarer Apparat. Dieser Aufbau des Staats ist gerade auch Ausdruck seines Klassencharakters und gleichzeitig des Umstands, dass er die reale Form darstellt, „die das Gemeinwesen unter den herrschenden Vergesellschaftungsprinzipien

²⁶¹ Engels: Der Ursprung..., a.a.O., S. 165. Hervorhebung von mir, J.P.

annehmen muß.“²⁶² Er stellt eben auch den Staat der bürgerlichen Gesellschaft dar, die selbst von Hierarchien und Herrschaftsverhältnissen, nicht nur auf ökonomischer Ebene, durchzogen und gekennzeichnet ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Form und Institution in einem komplexen Entsprechungs- *und* Widerspruchsverhältnis stehen. Form ist dabei jedoch mehr als der abstraktere Ausdruck für Institution. Es gibt vielmehr eine spezifische Organisationsform die für das politische Gemeinwesen unter kapitalistischen Verhältnissen funktional und idealtypisch ist. Dadurch ergibt sich auch eine Tendenz in welche Richtung sich Staatlichkeit in ihrer grundsätzlichen Form im Prozess ihrer institutionellen Ausgestaltung verändert. Diesen Prozess gilt es an die spezifischen sozioökonomischen Umstände rück zu binden. Unter dem Blickwinkel der bR gilt es diesen Aspekt mit der Verallgemeinerung kapitalistischer Verhältnisse zusammenzubringen.

²⁶² Hirsch: Politische Form..., a.a.O., S. 167

3. Bürgerliche Revolutionen

„Wir sehen also, wie die moderne Bourgeoisie selbst das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise ist. Jede dieser Entwicklungsstufen der Bourgeoisie war begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt.“²⁶³

Ganz allgemein kann unter dem Begriff bR der Übergang zu und die Konstitution von bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen, auf den Ebenen Ökonomie, Gesellschaft und Staat, gefasst werden. Hobsbawm schlägt zur Fassung dieses Umbruchs den Begriff der *Dual Revolution* vor: damit sollen die zwei Dimensionen dieses Prozesses verdeutlicht werden. Auf der einen Seite die Umwälzungen auf ökonomischer Ebene; hier war es die „Revolution“ der Industrialisierung, die von in ihrem „Heimatland“ England ihren Ausgang nahm. Auf anderen Seite die Formulierung und Durchkämpfung eines bürgerlich-liberalen Gesellschafts- und Politikmodells; ein Prozess der in der Französischen Revolution ihren pointierten Anfangspunkt fand.

Allgemein können wir also zwischen einer politischen und ökonomischen Dimension differenzieren und einen Umbruch in den zentralen Vergesellschaftungsmechanismen, den sozialen Formen, herausstellen. Die Veränderungen und Prozesse in diesen Bereichen können jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen zusammengebracht und aufeinander bezogen werden. Gerade deren Verhältnis ist von großer Bedeutung und dessen Fassung stellt eine der zentralen Herausforderungen dar. Bedacht werden muss hier auch, dass sich, vor dem Hintergrund mSt und des Historischen Materialismus insgesamt, mit der Etablierung kapitalistischer Verhältnisse Herrschaftsverhältnisse versachlichen und somit auch ökonomische und politische Macht nicht mehr unmittelbar und direkt ineinander fallen. Insgesamt ist es fehl leitend die bR als einmaligen Akt aufzufassen. Diese müssen vielmehr als widersprüchliche Phase des Übergangs und Umbruchs gesehen werden; mit einer gegenseitigen Beeinflussung und Lähmung von Politik und Ökonomie.

Mir geht es in diesem Abschnitt um eine *theoretische* Fassung der bürgerlichen Revolutionen. Das bedeutet, dass historische Betrachtungen nur am Rande einfließen werden. Es ist jedoch unmöglich die bR auf theoretischer Ebene zu diskutieren, ohne auch auf historische Entwicklungen einzugehen. Und nicht wenige TheoretikerInnen lassen in ihren theoretischen Auseinandersetzungen historische Betrachtungen (fast) ganz außen vor – sie gehen so der Vorstellung einer „reinen“ Theorie auf den Leim und das Problem des Verhältnisses von

²⁶³ Marx/Engels: Manifest der..., a.a.O., S. 464

Theorie und Historie bleibt dabei weiter ungelöst.²⁶⁴ Mir geht es gerade darum, die historischen Veränderungen theoretisch zu fassen, d.h. sie gerade auch zu verallgemeinern, und hinsichtlich ihrer Bedeutung diskutieren zu können. Ich werde daher auch zu zeigen versuchen, wie sehr theoretische Grundannahmen wichtig sind – auch wenn sie oft nicht ausgesprochen sind. Nur so ist eine theoriegeleitete Diskussion von mSt und bR überhaupt möglich.

Von Interesse ist daher auch das Verhältnis von Theorie und Historie. Grundsätzlich kann dazu festgehalten werden – wie bereits weiter oben diskutiert wurde –, dass ihr Verhältnis, auch in diesem Fall, nicht gänzlich auf einer abstrakten Ebene, also im „Vorhinein“, bestimmt werden kann. Das würde darauf hinauslaufen, dass konkrete geschichtliche Ereignisse auf der theoretischen Ebene, in ihrer Bedeutung, „vorweggenommen“ werden würden und damit auch Handlung auf Struktur reduziert werden würde. Allerdings können die historischen Ereignisse in ihrer Bedeutung und Tragweite nicht alleine auf der geschichtlichen Ebene bestimmt werden.

Es ist daher am Anfang notwendig zu klären, wie die bR überhaupt theoretisch gefasst werden können (und sollen). Dazu werde ich zwei – wie ich zu zeigen versuchen werden – *unterschiedliche* Herangehensweisen an dieses Problem skizzieren und diskutieren. Als erstes werde ich die theoretischen Prämissen von Heide Gerstenberger, wie sie sich in ihrem Buch *Die subjektlose Gewalt* finden, darstellen und diskutieren. Als zweites werde ich, anhand zentraler Überlegungen bei Marx und Engels, eine Kritik daran formulieren. Auf dieser Grundlage möchte ich zu allgemeineren Erkenntnissen hinsichtlich der methodischen Vorgehensweise kommen, die notwendig ist, um die bR, vor dem Hintergrund einer historisch-materialistischen Theorie, erfassen zu können. Dabei werden uns allgemein auch folgende Probleme beschäftigen: das Verhältnis von Abstraktem und Konkretem, jenes zwischen Basis und Überbau und auch das Verhältnis zwischen Struktur und Handlung. Die Ergebnisse der ersten beiden Kapitel werden mir dabei als Grundlage dienen. Allerdings wird die konkrete, historische „Anwendung“ davon wiederum Rückschlüsse auf der theoretischen Ebene zulassen. Danach kann dazu übergegangen werden die historische Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse zu fassen. Dabei soll versucht werden in Grundzügen eine historisch-materialistische Theorie der bR zu skizzieren.

In der Diskussion werde ich mich, notwendigerweise, auf Grund von Umfang und Charakter der vorliegenden Arbeit, weitgehend auf die genannten AutorInnen und Theoriestränge beschränken. Ich denke jedoch, dass dadurch, gerade ausgehend von meiner

²⁶⁴ Vgl. etwa die Kritik an Althusser in dieser Arbeit

Forschungsperspektive, eine Diskussion zentraler Frage- und Problemstellungen durchaus möglich ist und der Fokus auf einige Bereiche so auch verschärft werden kann.

3.1. Wie die bürgerlichen Revolutionen erklären? Entwicklungsdynamiken und Umbrüche als theoretische Herausforderung

3.1.1. Gerstenbergers Überlegungen in *Die subjektlose Gewalt*

„[...] orientieren sich die hier vorgeschlagenen Epochenbegriffe an einer für jede Epoche spezifischen Entwicklungsdynamik.“²⁶⁵

Mit ihrem Buch *Die subjektlose Gewalt* hat Heide Gerstenberger eine weitreichende Beschäftigung mit dem Themenbereich bR vorgelegt. Sie beansprucht damit eine historisch-materialistische Analyse, abseits von strukturfunktionalistischen Fehlschlüssen, vorgelegt zu haben. Ihre Arbeit ist in diesem Sinne auch keine „rein“ historische, sondern mit theoretischen Fragestellungen und Ergebnissen verbunden. Eine Diskussion dieser soll helfen den Fokus zu schärfen und Fallstricke in den Blick zu bekommen. Von Interesse ist die Auseinandersetzung mit den Thesen von Gerstenberger auch deswegen, weil sich Hirsch/Kannakulam (ohne weitere Kritik oder Einschränkungen) darauf beziehen²⁶⁶ und somit die Frage aufgeworfen wird, ob Gerstenbergers Ausführungen helfen können die Durchsetzung des bkS und die Prozesse der Herausbildung von konkreten Staatsgebilden (*Institution*) zu fassen – und das vor dem Hintergrund einer Staatsformanalyse (wie sie ja Hirsch/Kannakulam auch beanspruchen). Im Folgenden werde ich die (theoretischen) Kernthesen aus *Die subjektlose Gewalt* darstellen; den (historischen) Hauptteil der Arbeit, die Darstellung der historischen Prozesse, werde ich dabei nicht behandeln, sondern mich auf die theoretischen Annahmen und Ergebnisse konzentrieren. Miteinbeziehen werde ich außerdem ihren Aufsatz *Fixierung und Entgrenzung*²⁶⁷ in dem sie explizit(er) auf staatstheoretische Fragen eingeht und diese mit ihren historischen Ausführungen in Zusammenhang bringt.

Der Hintergrund von Gerstenbergers Werk ist ihr Vorhaben „das sichere Terrain funktionalistischer Erklärungsmuster zu verlassen“²⁶⁸. Im Zentrum steht daher eine Kritik an Erklärungsansätzen, „die historische Prozesse aus einer überhistorisch wirksamen gleichartigen Dynamik erklären.“²⁶⁹ Damit zielt sie in erster Linie auf eine Abgrenzung zum Konzept der Entwicklung der Produktivkräfte, das oft als zentrales Entwicklungsmoment aller

²⁶⁵ Gerstenberger, Heide: *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*. Westfälisches Dampfboot 2006, Münster, 2. Auflage, S. 490

²⁶⁶ Hirsch/Kannakulam: *Die Räume des Kapitals*, a.a.O.

²⁶⁷ Gerstenberger: *Fixierung und Entgrenzung*, a.a.O.

²⁶⁸ Gerstenberger: *Die subjektlose Gewalt*, a.a.O., S. 7

²⁶⁹ ebd., S. 15

Gesellschaften angesehen wird, und die durch sie erzeugte Revolutionierung von Pv ab – diese Vorstellung rechnet sie einem dogmatisiertem, historisch-deterministischen orthodoxen Marxismus zu.²⁷⁰ Die von ihr vorgeschlagenen Epochenbegriffe orientieren sich demgegenüber – so eine ihrer Hauptthesen – „an einer für jede Epoche spezifischen Entwicklungsdynamik.“²⁷¹

Gerstenberger unterscheidet drei elementare (gesellschaftliche) Strukturtypen: Feudalismus, Ancien Régime, Kapitalismus/bürgerlicher Staat. Zentral dabei ist einerseits, dass der Typ Ancien Régime nicht als Übergangsstadium, sondern als eigenständiger Strukturtyp gesehen wird, und andererseits, dass für sie der zentrale Schlüssel zur Erklärung bürgerlicher Staatsgewalt (und ihrer besonderen Form) in ihrer Vorgeschichte zu suchen ist. Damit will sie hervorheben, dass es keine „logische“ Entwicklung hin zur bürgerlichen Gesellschaft/zum bürgerlichen Staat gab, sondern diese/r als spezifisches Produkt einer besonderer historischer Entwicklungen begriffen werden muss/müssen. Werfen wir also nun einen Blick auf ihre Bestimmung dieser Strukturtypen.

In feudalen Gesellschaften habe es sich nicht um eine Verbindung von „Politik“ und „Ökonomie“, als zwei gesonderte Instanzen, sondern um einen einheitlichen Wirkungszusammenhang gehandelt – es können daher auch keine „ökonomischen Interessen“ in diese Zeit zurücktransponiert werden. Damit in Zusammenhang kritisiert sie, dass „der Hinweis auf die für den Feudalismus charakteristische *Verbindung* ökonomischer und außerökonomischer Gewalt die gesonderte Existenz der Sphären von Ökonomie und Politik gedanklich bereits voraussetzte.“²⁷² Gehe man so vor, werde der Feudalismus nach dem Muster bürgerlicher Gesellschaften konstruiert und analytische Konzepte in einer Rückprojektion gewonnen. Sie schlussfolgert, dass die (Organisation der) Herrschaftspraxis im Feudalismus demnach eben nicht mit dem Terminus „Staat“ gefasst werden könne, da es keine unabhängig von konkreten personalen Beziehungen existierende Sphäre von Herrschaft gab.²⁷³

Sie betont dieses „Ineinanderfallen“ (von „Politik“ und „Ökonomie“), weil sie damit auf die unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken verschiedener (gesellschaftlicher) Strukturtypen hinweisen will. (Angemerkt sei hier, dass sie selbst jedoch keine andere Begrifflichkeiten vorschlägt und mangels an Alternativen die Begriffe in Anführungszeichen verwendet²⁷⁴ – als

²⁷⁰ ebd., S. 15f

²⁷¹ ebd., S. 490

²⁷² ebd., S. 491. Hervorhebung im Original

²⁷³ ebd., S. 492ff

²⁷⁴ ebd., S. 495ff

ob damit irgendein Problem gelöst wäre). Die dominante und verallgemeinerte Kulturform, die für die Autorin auch für die Logik der feudalen Gesellschaft bestimmend war, sei der Krieg gewesen. Dieser sei zwar auch eine reguläre Form der Aneignung gewesen, kann aber nicht darauf reduziert werden – da es eben nicht alleine um dessen ökonomischen Effekt geht, sondern um eine eigene, umfassende Logik. Insgesamt konstruiert Gerstenberger relativ in sich geschlossene Gesellschaftstypen, wobei es gilt verschiedene Erscheinungen in ihnen auf Grundlage der fundamentalen (Entwicklungs)logiken der einzelnen Strukturtypen zu bewerten und zu erfassen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu verstehen, dass sie privilegierten Handel und privilegierte merkantile und handwerkliche Produktion zu den *feudalen* Formen der Aneignung, und eben nicht zu (früh)kapitalistischen, zählt. Nämlich aus folgendem Grund: im Feudalismus hätte es noch keine Tendenz zur Monetarisierung und Verrechtlichung gegeben und die Entwicklung von Markt und Recht wäre dem Strukturzusammenhang des Gewaltbesitzes unterworfen gewesen.²⁷⁵

Zu Krisen von Strukturtypen kommt es dann *nicht* aufgrund des Entstehens, Bestehens und der Ausbreitung von Strukturen und Verhältnissen von künftigen Gesellschaften innerhalb der alten Ordnung (also etwa durch das Entstehen von Manufakturen als Vorboten von kapitalistischen Verhältnissen). Der Fokus liegt auf Veränderungen *innerhalb* des bestehenden Strukturtyps selbst. Für die Krise feudaler Gesellschaften macht sie folgende Entwicklungen verantwortlich: ein Ansteigen der Kosten der Herrschaft; die zunehmende Professionalisierung des Krieges, die der feudalen Form des Krieges ein Ende setzte; die verallgemeinerte soziale Praxis von SpezialistInnen, die die Versachlichung feudaler Verhältnisse vorantrieb.²⁷⁶

Der darauf folgende Strukturtyp Ancien Régime zeichnete sich durch eine Neufundierung, aber *keine* Aufhebung, personaler Herrschaft aus. Es kam zu einer Versachlichung sozialer Beziehungen: „verallgemeinertes Recht und Markt wurden Strukturvoraussetzungen für Herrschaftspraxis.“²⁷⁷ Vor diesem Hintergrund (und erst davor) konnten sich Entwicklungen vollziehen, die zu wesentlichen Grundlagen für die Herausbildung und Durchsetzung bürgerlicher Staatlichkeit und Gesellschaftsstrukturen werden sollten. Es kam zu einer Verrechtlichung von Lebensvollzügen und der Konstitution herrschaftsfreier Sphären – alles vor dem Hintergrund einer verallgemeinerten Herrschaft. Damit konnte die Forderung nach einem ganz neuen Recht, nicht nur nach einem weiteren konkreten, aufkommen: das Konzept

²⁷⁵ ebd.

²⁷⁶ ebd., S. 499ff

²⁷⁷ ebd., S. 502

privater Freiheitsrechte. Für die Autorin wird auch darin „deutlich, daß sich bürgerliche Gesellschaften eben *nicht* aus feudalen entwickelten.“²⁷⁸

Die reale Verallgemeinerung von Lebenslagen und Reflexion dessen in Diskursen schuf die Voraussetzungen für das Konzept von *Interessen*. Durchsetzen konnte es sich erst mit der „Verdichtung verallgemeinerter Herrschaft und der Relativierung von Privilegienbesitz durch die Wirkung marktformiger Strukturen.“²⁷⁹ Voraussetzungen für das Auftreten von bR waren Krisen der Herrschaft, in dessen Zentrum die ökonomischen und sozialen Grenzen der Integrationsfähigkeit des Ancien Régime stehen.²⁸⁰ Notwendige Vorbedingung für eine Revolutionierung des Ancien Régime zur *bürgerlichen* Gesellschaft waren spezifische Veränderungen der Konzeption von Interesse: die begriffliche und reale Entstehung von Individuen (als Träger von Interessen) und Öffentlichkeit.²⁸¹

Hinsichtlich des Übergangs zu bürgerlichen Gesellschaften sieht Gerstenberger die Enteignung personalen Herrschaftsbesitzes als das zentrale Moment an. Sie richtet sich damit auch gegen marxistische Interpretationen, die bR mit der Durchsetzung einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gleichsetzen. Für sie ist demgegenüber gerade zentral, „daß kapitalistische Formen von Produktion und Verteilung nur dominant werden konnten, *nachdem* der personale Charakter von Herrschaft (weitgehend) beseitigt und damit die Entwicklung einer gesonderten Sphäre der Ökonomie möglich wurde.“²⁸² Dementsprechend sieht sie die zentrale Veränderung durch die bR gerade in einer Enteignung von Herrschaft(srechten): aus „*personaler Herrschaft wurde öffentliche – subjektlose – Gewalt*.“²⁸³ Entgegen einem – für sie – funktionalistischen Verständnis des Zusammenhangs von bR und kapitalistischen Verhältnissen argumentiert sie:

„Daß der Schutz jedweden privaten Eigentums bereits zu einem zentralen Verfassungsgrundsatz in bürgerlichen Staaten gemacht wurde, bevor in den meisten dieser Staaten kapitalistische Arbeitsverhältnisse dominant geworden waren, belegt nicht etwa, daß die Trägergruppen der Konstitution dieser Form des Staats in ihrer Mehrheit von jeher Kapitalismus im Sinn hatten. Vielmehr erklärt sich der Grundsatz, daß der Staat Eigentum zu respektieren hatte und Eingriffe in die private Verfügungsgewalt über Eigentum nur von den dafür durch ‘das Volk’ legitimierten Instanzen entscheiden werden dürfe, als Konsequenz aus der Kritik an der Praxis verallgemeinerter Gewalt im *Ancien Régime*.“²⁸⁴

²⁷⁸ ebd., S. 509. Hervorhebung im Original

²⁷⁹ ebd., S. 513

²⁸⁰ ebd., S. 515

²⁸¹ ebd., S. 515ff. „In der Praxis einer öffentlichen Kritik am *Ancien Régime* erfuhren sich Menschen dadurch als Individuen, daß sie zusammen mit anderen die Lebensform der öffentlichen Freiheit einforderten. Erst diese soziale Praxis machte aus der strukturellen Möglichkeit der bürgerlichen Revolution historische Realität.“ (ebd., S. 517)

²⁸² ebd., S. 514. Hervorhebung im Original

²⁸³ ebd., S. 517. Hervorhebung im Original

²⁸⁴ ebd., S. 520f. Hervorhebung im Original

An dieser Stelle ist auf eine weitreichende theoretische Annahme von Gerstenberger hinzuweisen: von Klassen(gesellschaft) könne erst ab den bR die Rede sein, da erst ab dann die direkte herrschaftliche Absicherung von Standesunterschieden beseitigt war.²⁸⁵ Für Gerstenberger „ist die ‘bürgerliche Revolution’ nicht der Sieg einer ‘bürgerlichen’ über eine ‘feudale’ Klasse, sondern – ganz im Gegenteil – jener historischer Strukturwandel, durch den Klassen überhaupt erst in ihrer – für die bürgerliche Gesellschaft charakteristischen – Systembedeutung entstehen konnten. Die Entpersonalisierung von Herrschaft ist die historische Voraussetzung für die Einführung der Klasse als entwicklungsbestimmende Strukturkategorie.“²⁸⁶ Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass bei ihr im Zentrum der Konstitution von bürgerlicher Gesellschaft und bürgerlichem Staat die Veränderung (des Charakters) von Herrschaftspraxis steht.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für ihre Theorie des bürgerlichen Staats? Wie sieht das Verhältnis von bR und bürgerlichem Staat aus? Gerstenbergers Begriff des *bürgerlichen* Staats ist ein sehr spezifischer und enger. Sie sieht diesen als *direktes* Ergebnis der *bürgerlichen* Revolutionen – die Einsetzung der *Bürger* als Souverän, verknüpft mit einer öffentlichen Gewalt, d.h. dem Überwinden personaler Herrschaft. Für sie ist der bürgerliche Staat auch nur so, d.h. als Ergebnis konkreter, sehr spezifischer historischer Entwicklungen und Veränderungen, erklärbar. Eine ihrer Thesen lautet dementsprechend auch, dass „die bürgerliche Form moderner kapitalistischer Staatsgewalt [...] an spezifische Bedingungen politischer Auseinandersetzungen gebunden [war, Anm. J.P.], an Bedingungen, wie sie in territorial umgrenzten politischen Einheiten durch bürgerliche Revolutionen geschaffen und in Demokratisierungsforderungen, die sich auf diese besondere historische Form der Staatsgewalt bezogen, weiter tradiert wurden.“²⁸⁷ Mit der Etablierung bürgerlicher Staatlichkeit ist die Geschichte (und Entwicklung) von Staatlichkeit in ihren Augen aber nicht abgeschlossen. Der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie und die Ergebnisse der Freisetzung des Marktes führ(t)en zu Veränderungen von Staatlichkeit. So habe sich der „Staat der Bürger“ zum nationalen kapitalistischen Wettbewerbsstaat entwickelt. Die meisten nationalen kapitalistischen Staaten, gerade außerhalb des Gebiets der historischen Entstehung bürgerlicher Staatlichkeit, charakterisiert Gerstenberger nicht als simple Variante bürgerlicher, sondern als „andere kapitalistische Staaten“.²⁸⁸

²⁸⁵ ebd., S. 521

²⁸⁶ ebd., S. 26

²⁸⁷ ebd., S. 530

²⁸⁸ ebd., S. 522ff

Damit wirft sie wichtige Fragen auf: Ist es nicht verkürzt und eurozentristisch wenn wir von einem allgemein gültigen Muster der bR und einer spezifischen Form bürgerlich/kapitalistischer Staatlichkeit ausgehen? Wie sieht diese Entwicklung in anderen Ländern, gerade außerhalb „Kern“europas, aus? Die Ambivalenzen die sich daraus ergeben führen bei Gerstenberger zu einer Ablehnung der Staatsableitung. Sie kritisiert daran folgendes: „Obwohl es in der Formanalyse darum gehen sollte, eine allgemeine theoretische Bestimmung *des* kapitalistischen Staats zu leisten, also gewissermaßen die allgemeinen Strukturbedingungen zu entschlüsseln, die sich hinter den konkreten historischen Entwicklungen von Staatlichkeit und von Politiken verbergen, lässt sich im Rückblick feststellen, dass die politische Form entwickelter kapitalistischer Gesellschaften des ‘Westens’ als strukturadäquat unterstellt worden ist.“²⁸⁹ Dabei betont sie gerade auch die Begründung der politischen Form bürgerlicher Staaten: diese „lässt sich eben nicht nur ganz allgemein aus Klassenverhältnissen als Machtkonstellationen erklären, sondern nur aus vorgängigen Prozessen der Rationalisierung, Säkularisierung, Individualisierung und aller weiteren spezifischen Veränderungen personaler Herrschaft“²⁹⁰, wie sie sich in der Epoche des Ancien Régime vollzogen haben. Diese Prozesse spielen also eine eigenständige Rolle – denn: „Historisch haben sich Gesellschaften aber zu historischen Subjekten gemacht, indem sie in Öffentlichkeiten über ihre Ziele stritten.“²⁹¹

Den Staatsableitungs-Ansätzen wirft sie auch vor, dass sie theoretisch steril gewesen seien, „wenn es darum gehen soll, einen Übergang zur Praxis zu finden“²⁹² und dass sie „keine Anleitung für die Analyse konkreter historischer Prozesse“²⁹³ boten. Sie kommt zur Schlussfolgerung, dass es „heute nicht mehr nur kapitalistische Staaten gibt, die als Variationen ein und derselben grundlegenden Struktur verstanden werden können. [...] Ganz offensichtlich ‘herrscht’ Kapitalismus heute ja auch in Ländern, in denen ‘Staat’ als Apparat zur privaten Aneignung fungiert und eine Trennung zwischen Staat und Gesellschaft trotz gewisser formaler Übereinstimmungen mit anderen kapitalistischen Staaten kaum auszumachen ist.“²⁹⁴ Ihr Konklusio: „Vielleicht ist es nachgerade an der Zeit, die Möglichkeit unterschiedlicher politischer Formen des Kapitalismus systematisch in Betracht zu ziehen.“²⁹⁵

Damit ist bei ihr eine sehr enge Verbindung von *bürgerlichen* Revolutionen und *bürgerlichem*

²⁸⁹ Gerstenberger, Heide: Fixierung und Entgrenzung. Theoretische Annäherungen an die politische Form des Kapitalismus, S. 177, in: PROKLA 147, Westfälisches Dampfboot 2007, Münster, S. 173-197. Hervorhebung im Original

²⁹⁰ ebd., S. 185

²⁹¹ ebd., S. 180

²⁹² ebd., S. 179

²⁹³ ebd., S. 180

²⁹⁴ ebd., S. 194

²⁹⁵ ebd., S. 194

Staat gegeben. Dieser ist Produkt einer sehr spezifischen historischen Konstellation und Entwicklung und besitzt keine allgemeine politische Form, die aus einer Analyse der allgemeinen Strukturbedingungen „abzuleiten“ wäre.

Folgende Fragen wurden hier angesprochen und sind zu diskutieren: Worauf gründen sich die unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken verschiedener Gesellschaftstypen und welchen Charakter haben sie? Kann die Etablierung bürgerlicher Staatlichkeit und kapitalistischer Verhältnisse nur vor dem Hintergrund des Ancien Régime, als eigener Gesellschaftstyp, verstanden werden? Oder handelt es sich um eine Übergangsphase zwischen Feudalismus und Kapitalismus? Kann erst mit der Etablierung der *subjektlosen Gewalt* von Staat gesprochen werden oder gibt es hier nicht vielmehr eine Kontinuität? Wie ist es um das Verhältnis und den Zusammenhang von Kapitalismus und bürgerlichem Staat bestellt? Wie sind Staatlichkeit und Ökonomie in Gebieten außerhalb der „klassischen“ bR zu bewerten? Welche Gesellschaften können (bzw. inwiefern können diese) als *Klassengesellschaften* bezeichnet werden? Was impliziert die analytische Kategorie Klasse?

3.1.2. Grundachsen einer Kritik an den Thesen in *Die subjektlose Gewalt*

„[...] daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei.“²⁹⁶

Ich werde im Folgenden eine Kritik an den zentralen Thesen von Gerstenberger skizzieren. Eine weitere Diskussion und genauere Bestimmung von meinen „Gegenthesen“ werde ich im weiteren Verlauf der Arbeit entwickeln. Hier soll es nun gerade darum gehen, die theoretischen und methodischen Implikationen, d.h. den Rahmen der Fassung bR, deutlich zu machen und zu diskutieren.

Meine Kritik orientiert sich an der **Hypothese**, dass Gerstenbergers Opposition gegen eine überhistorische Entwicklungsdynamik (Produktivkraftentwicklung), die ich als die zentrale theoretische Grundlage ihrer Arbeit ansehe, auf einem falschen Verständnis des Historischen Materialismus (und wichtiger Begrifflichkeiten eines solchen) beruht und in Wirklichkeit auf eine (unausgesprochene!) Ablehnung dieses hinausläuft. Damit ist bei ihr historische Entwicklung, sowohl das Faktum von Veränderung an sich, als auch deren Ergebnisse, weitgehend das Produkt von Zufälligkeiten und letztlich beliebig. Jedenfalls schafft sie es nicht – zumindest aus der Sicht einer historisch-materialistischen Theorie – eine überzeugende Theorie der bR, ihrer Ursachen und ihres Charakters, zu liefern.

²⁹⁶ Marx: Zur Kritik... Vorwort, a.a.O., S. 8

Als Leitfaden für meine Kritik dienen mir die Überlegungen von Marx im folgenden Zitat, sowie die Ergebnisse aus den bisherigen Kapiteln. Ich werde diese Überlegungen nicht separat diskutieren, sondern versuchen sie „anzuwenden“, d.h. sie auf ihren Gehalt anhand eines konkreten Beispiels zu überprüfen.

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb derer sie sich bisher bewegt haben. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“²⁹⁷

Ein Eingehen auf diese Herangehensweise erscheint mir auch deswegen sinnvoll, weil sich wesentliche Thesen der Autorin auf einer Ablehnung von Grundannahmen eines „orthodoxen Marxismus“ gründen. Sie arbeitet sich dabei jedoch – wie ich zu zeigen versuchen werde – weit eher an einem sehr oberflächlichen Bild marxistischer Theorie ab (und an tatsächlich deterministischen und verkürzten „Marxismen“), als an wesentlichen theoretischen Eckpunkten einer solchen. Wenn sie etwa die Vorstellungen von Klassen als Handlungseinheiten, einem automatischen Prozess der Produktivkraftentwicklung und dem Politische als Reflex auf die ökonomischen Verhältnisse unterstellt, macht sie es sich doch ziemlich einfach. Die Probleme rühren also auch daher, da es an einer grundsätzlicheren Beschäftigung, mit dem was sie für „orthodoxen“ Marxismus hält, fehlt und ihre eigenen theoretischen und methodischen Grundüberlegungen (nicht hinsichtlich der bR, sondern allgemeiner ihre „Geschichtsauffassung“) auch kaum offen gelegt werden.

Gerstenberger wendet sich gegen die Annahme einer überhistorisch wirksamen gleichartigen Dynamik (die Entwicklung von Produktivkräften als Motor und Voraussetzung gesellschaftlicher Veränderung) da sie darin die Rückprojektion von Eigenschaften

²⁹⁷ ebd., S. 9

kapitalistischer Gesellschaften auf frühere erblickt.²⁹⁸ Diese Kritik basiert jedoch auf einem Missverständnis ihrerseits: der Gleichsetzung einer tatsächlich der kPw eigenen Entwicklungsdynamik (Kapitalakkumulation und erweiterte (Re)produktion) mit Produktivkraftentwicklung. Natürlich stimmt es, dass die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus viel „zentraler“ ist als in vor-kapitalistischen Gesellschaften (im dem Sinn, dass die Dynamik der kPw zu einer ständigen Umwälzung und Erneuerung des Produktionsbereiches drängt). Wenn aber nun allgemein von der Produktivkraftentwicklung, als elementarer Grundlage geschichtlicher Entwicklung, ausgegangen wird, ist allerdings etwas anderes gemeint: Veränderungen in der ökonomischen Basis der Gesellschaft die (neue) Widersprüche produzieren und alte verschärfen und überhaupt erst die Voraussetzungen (sowohl in materieller Hinsicht, also auch, dass gewisse Ideen und Vorstellungen erst unter bestimmten Verhältnissen Sinn machen) zur Etablierung neuer Verhältnisse schaffen – und nicht eine spezifisch kapitalistische Wachstumslogik und -dynamik.

Hier beschäftigen uns zwei Dinge: eine mangelnde historisch-*materialistische* Begründung ihrer Geschichtsauffassung (bzw. ihrer Thesen), und, als Ergebnis davon, ein unzureichendes In-Zusammenhang-Bringen von gesellschaftlichen Strukturen mit ihren Grundlagen in den (Re)produktionsverhältnissen. So ergeben sich eine Reihe von weiteren Problemen: wenn erst unter kapitalistischen Verhältnissen von Klassen die Rede sein kann, stellt sich die Frage worin Hierarchien in vor-kapitalistischen Gesellschaften ihre *materielle* Grundlage finden? Auch wenn wir von einem „Ineinanderfallen“ von Politik und Ökonomie in feudalen Gesellschaften ausgehen (und nicht nur einer Verbindung), finden wir die Grundlage für die Herausbildung von Hierarchien, die eine gewisse Arbeitsteilung voraussetzen, auf der Ebene der Ökonomie. Dazu bedarf es der Existenz eines Mehrprodukts (Produktion über den unmittelbaren Gebrauch hinaus) und damit einem gewissen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte. Insofern können wir auch von feudalen Gesellschaften durchaus als Klassengesellschaften sprechen. *Klasse* muss hier als analytische Kategorie verstanden werden, zur Analyse der Produktionsverhältnisse und der Struktur der Ökonomie, die, durch die Beschreibung unterschiedlicher Stellungen verschiedener Gruppen zu den Produktionsmitteln und im Produktionsprozess, das Faktum Ausbeutung begründen kann.²⁹⁹

Damit ist jedoch noch keine Beschreibung und Begründung konkreter politischer Akteursgruppen impliziert. Der Begriff Klasse meint also keineswegs, wie es Gerstenberger

²⁹⁸ Gerstenberger: Die subjektlose Gewalt, a.a.O., S. 15

²⁹⁹ Im ersten Band des *Kapitals* heißt es: „Das Kapital hat die Mehrarbeit nicht erfunden. Überall, wo ein Teil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung notwendigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für den Eigener der Produktionsmittel zu produzieren [...]“ (Marx: Das Kapital. Erster Band, a.a.O., S. 249)

behauptet, Handlungseinheiten und impliziert auch kein fixes Verhältnis von Politik und Ökonomie – verschiedene Klassengesellschaften verfügen durchaus über unterschiedliche Entwicklungsdynamiken. Die entscheidende Frage ist, was damit gemeint ist und wie diese begründet werden. Ihre Grundlage finden diese immer in der jeweils spezifischen Organisation der „Produktion des materiellen Lebens“, also den Pv und damit der Klassenstruktur der Gesellschaft. *Ökonomie* darf daher auch nicht, wie es bei Gerstenberger tendenziell vorkommt, auf kapitalistische Marktwirtschaft, Profitlogik, Kapitalakkumulation und expansives Wachstum reduziert werden. Ökonomie meint in erster Linie die materiellen Lebensgrundlagen einer Gesellschaft – und ihre spezifische Ausformung.

In letzter Konsequenz macht Gerstenberger die spezifischen Entwicklungsdynamiken verschiedener Gesellschaften/Strukturtypen an unterschiedlichen Punkten, auf unterschiedlichen (analytischen) Ebenen, fest und verabschiedet sich damit von einer einheitlichen Theorie und Methode zur Erfassung der „ganzen“ Geschichte (der Menschheit) – und ebenso zur Fassung der bR, also der Phase des Übergangs von feudalen zu kapitalistischen Verhältnissen. Während sie für kapitalistische Gesellschaften die ökonomischen Verhältnissen ins Zentrum stellt und zur Entwicklungslogik erklärt, ist es im Feudalismus der Krieg („an sich“). So stellt sie etwa fest, dass die Ausbreitung von Marktstrukturen „nicht etwa durch eine autonome ‘wirtschaftliche’ Entwicklungsdynamik, sondern durch Auseinandersetzungen um die Reichweite und die Formen von personaler Herrschaft vorangetrieben“ wurde.³⁰⁰ Damit wird jedoch letztlich behauptet, dass „die Ökonomie“ nur unter kapitalistischen Verhältnissen eine dominante Rolle einnimmt – das wäre dann Ergebnis eines höheren Stellenwerts (im Bewusstsein), also ein geistiges Produkt.³⁰¹

Dies zeigt, dass Gerstenberger über keine konsistente, materialistische Ideologietheorie verfügt. Darin kristallisiert sich auch ein grundlegendes Missverständnis von dem was eine historisch-materialistische Theorie überhaupt ausmacht: nicht die Hochstilisierung „*der* Ökonomie“ (schon gar nicht als eigene, isoliert existierende Instanz) zur Determinanten von allem, sondern zu verfolgen und zu erklären, wie „[d]ie gesellschaftliche Gliederung und der Staat [...] beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor[gehen]; aber dieser Individuen, nicht wie sie in der eigenen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern

³⁰⁰ Gerstenberger: Die subjektlose Gewalt, a.a.O., S. 504

³⁰¹ Ein solches Verständnis legt Gerstenberger – zumindest – nahe, wenn sie etwa, im Anschluss an Hirschman, meint, dass mit der Entwicklung der Konzeption des Interesses die „politische[n] Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg“ entstanden seien (Gerstenberger: Fixierung und Entgrenzung, a.a.O., S. 178)

wie sie wirklich sind, d.h. wie sie wirken, materiell produzieren“.³⁰² Die „zentralere“ Stellung der Ökonomie in kapitalistischen Gesellschaften ist eben nicht Ausdruck von Zuschreibungen, sondern verschiedener ökonomischer Dynamiken. Das ändert jedoch nichts daran, dass „die Ökonomie“ (genauer: die Reproduktion des materiellen Lebens) immer die Grundlage der Menschheit und ihrer Geschichte darstellt.

Darin schließt sich die Frage an, wie das Verhältnis von Struktur und Handlung, d.h. letztlich Veränderung, zu konzipieren ist. Gerstenberger sieht im dogmatisierten „historischen Materialismus“ die Fassung gesellschaftlicher Umbrüche folgendermaßen begründet: „Die Trägergruppen (Klassen) solcher Veränderungen agieren mit Willen und Bewußtsein, erfolgreich sind sie aber nur, weil der Gesamtzusammenhang des Widerspruchs von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen auf Veränderung drängt.“³⁰³ Ich sehe in dieser Beschreibung jedoch keinen Dogmatismus, der von einem einseitigen, absoluten Determinationsverhältnis ausgeht bzw. „Überbau“ und Handlung auf einen automatischen Reflex, auf eine als autonom und objektiv vorgestellte Basis bzw. Struktur, reduziert. Hier werden nur die materielle Bedingungen und Voraussetzungen für die Entstehung und Durchsetzung bestimmter Ideen und Konzepte genannt. Insofern war auch nicht einer der entscheidenden Punkte, dass sich das Konzept von *Interesse* gewandelt hätte (was zwar durchaus stimmt, allerdings zu kurz greift), sondern dass aus den Veränderungen in der Ökonomie tatsächlich neue – *objektive* – Interessen, einer zunächst noch diffusen und verstreuten Gruppe von KapitaleignerInnen, erwachsen sind. Und diese Interessen, die nur dort entspringen konnten, „wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind“³⁰⁴, drängten in Richtung Etablierung bürgerlicher Verhältnisse.

Hilfreich erscheint es mir an dieser Stelle auf die Auseinandersetzung von Scharinger mit Engels' *Ursprung* einzugehen. Er kritisiert, dass Engels sich bei der Erklärung der Überwindung des Mutterrechts letztlich einer idealistischen Annahme bedient, wenn er argumentiert, dass die Durchsetzung der Patrilinearität bedingt gewesen sei, durch den „Wunsch der Männer“; um aus ihren Kindern legitime Erben ihres Besitzes zu machen. Im Rahmen einer historisch-materialistischen Analyse müsste jedoch „vielmehr danach gefragt werden, welche strukturellen Veränderungen es bei der Produktion der Lebensmittel und des Lebens gegeben habe, dass bei den Männern überhaupt solche Wünsche entstehen

³⁰² Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 25

³⁰³ Gerstenberger: Die subjektlose Gewalt, a.a.O., S. 16

³⁰⁴ Marx: Zur Kritik der... Vorwort, a.a.O., S. 9

konnten.“³⁰⁵ In Anlehnung an Überlegungen bei Gimenez fasst er zusammen: „Wichtiger als jede richtige chronologische Reihenfolge sei die Erforschung der Entwicklung der Zusammenhänge einer bestimmten *Produktionsweise* und welche Funktion die einzelnen Erscheinungen darin einnehmen.“³⁰⁶ Ebenso können wir danach fragen, warum in Teilen der Gesellschaft bestimmte „Wünsche“, also bestimmte Vorstellungen von Politik, Ökonomie und Gesellschaft (die durchgesetzt werden, d.h. verallgemeinert, sollen), überhaupt aufgekommen sind?

Werden die materiellen Rahmenbedingungen außen vor gelassen, landet man/frau letztlich bei einer Beliebigkeit und Zufälligkeit. Dann wäre der zentrale Punkt den es zu (er)klären gelte, warum sich bürgerliche Staatlichkeit nicht bereits viel früher, unter ganz anderen Bedingungen, durchgesetzt hat. Das Faktum, dass sich kapitalistische Verhältnisse global (weitgehend) durchgesetzt haben könnte dann nur als, doch sehr beachtlicher, historischer Zufall oder in einer idealistischen Art und Weise als Siegeszug liberaler Ideen konzipiert werden. Hier könnte dann durchaus eine Nähe zu einer hegelianischen Geschichtskonzeption festgestellt werden. Unterm Strich bleibt ihre Begründung also widersprüchlich und unbefriedigend – und ihr Anspruch einer *strukturanalytischen* Erklärung nicht einlösbar.

Folgende Stelle zeigt die Schwierigkeiten auf: „Nur rückblickend, wenn wir alle historisch ebenfalls vorhandenen Möglichkeiten aus den Augen verlieren, erscheint uns die eine Möglichkeit, welche Realität wurde, als ‘logische’ Folge einer bestimmten historischen Voraussetzung. Das ist sie auch. Aber sie ist eben nicht die einzig mögliche der ‘logischen’ Folgen.“³⁰⁷ Unklar bleibt zunächst einmal welche die „historisch ebenfalls vorhandenen Möglichkeiten“ wären und wodurch diese bedingt wären. Hier hält Gerstenberger doch an strukturell determinierten Möglichkeiten, die aber anscheinend weit gefächert sind, fest – damit werden wiederum die (bewussten) Handlungen der politischen AkteurInnen ins Zentrum gerückt. Damit verabschiedet sie sich nicht nur von einer historisch-materialistischen Herangehensweise sondern gleich auch von Marx *Kritik der Politischen Ökonomie*. Gehen wir von hier auf die Ebene einer konkreten-historischen Analyse über beschäftigt uns vor allem, im Zusammenhang mit dem Problem der bR, der dem Ancien Régime zugeschriebene Charakter: Gerstenberger konzipiert es als eigenständigen Strukturtyp, der sich in viele Richtungen entwickeln hätte können und dessen weiterer Fortbestand demnach ebenfalls eine realistische Möglichkeit gewesen wäre.

³⁰⁵ Scharinger: Geschlechterverhältnisse bei Marx und Engels, a.a.O., S. 326

³⁰⁶ ebd., S. 328. Hervorhebung von mir, J.P.

³⁰⁷ Gerstenberger: Die subjektlose Gewalt, a.a.O., S. 34

Meine **Hypothese** lautet jedoch, ich werde sie später noch ausführlicher diskutieren, dass diese geschichtliche Periode gerade als widersprüchliche Übergangsphase verstanden werden muss, die von einer Entstehung und Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse und Dynamiken geprägt ist und diese zunehmend in Widerspruch mit den gesellschaftlichen und politischen Strukturen gerieten. Die Durchsetzung des Kapitalismus, der bürgerlichen Gesellschaft und des bkS sind jedoch kein automatischer Reflex, sondern Ergebnis widersprüchlicher Auseinandersetzungen zwischen Klassen und Klassenfraktionen und bedarf auch einer konkreten historischen Auseinandersetzung.

Hier gerät auch die Frage nach der politischen Form des Kapitalismus und ihrer Begründung in den Blick. Gerstenberger untermauert ihre Ablehnung der Staatsableitung auch mit der dort fehlenden Beschäftigung mit konkret-historischen Entwicklungen und den unterschiedlichen Formen die Staat und Kapitalismus (und ihr Verhältnis) heutzutage annehmen. Dadurch ergibt sich allerdings eine Reihe von Problemen. Auch wenn die historische Dimension und das „Anwenden“ der Staatsableitung auf historische Entwicklungen (wohl) nicht zu den Stärken dieser Debatte gehört(e), ist die einzig mögliche Schlussfolgerung nicht jene Gerstenbergers: die Ablehnung einer abstrakten Bestimmung der Form des Politischen in kapitalistischen Gesellschaften. Wird ein solcher Referenzpunkt aufgegeben besteht keinerlei „logischer“, struktureller Grund für die Entstehung bürgerlicher/kapitalistischer Staaten, sondern nur mehr konkret-historische Zufälle und Beliebigkeiten. Die Mängel der Staatsableitungdebatte sprechen also weniger für eine gesamte Ablehnung ihres Vorhabens, als für eine Überwindung ihrer Schwächen.

Die Ablehnung einer abstrakten Bestimmung der politischen Form des Kapitalismus ergibt sich bei Gerstenberger auch aus einer falschen Auffassung dessen, was eine solche Staatsableitung leisten kann: nicht die Vorwegnahme konkret-historischer Prozesse und die Ersetzung ihrer Analyse, sondern Einsichten in die besonderen Dynamiken kapitalistischer Verhältnisse. Es geht dabei ja auch nicht darum, die Existenz einer idealtypischen, abstrakt bestimmten, immergleichen Staatsform zu postulieren, sondern analytisch die Form des politischen Gemeinwesens zu bestimmen, das kapitalistischen Verhältnissen entspricht, aber erst durch konkrete historische Faktoren geformt und real etabliert wird.

Ich erachte es demnach auch nicht als (Struktur)funktionalismus – sondern im Gegenteil als unumgänglich –, wenn die ökonomischen Basis (der Reproduktion) der Gesellschaft analysiert wird und daraus Entwicklungsdynamiken und Wirkungen analytisch deduziert werden. Diese stecken den realen Rahmen für die Handlungen ab und von ihnen gehen

Entwicklungstendenzen aus – die konkreten historischen Wege sind jedoch nicht bereits durch eine absolute Determination vorweggenommen.

Mit einem genaueren Blick könnte umgekehrt Gerstenberger ein funktionalistisches – und idealistisches – Verständnis vorgeworfen werden. Wenn sie davon spricht, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die „Trägergruppen der Konstitution dieser [bürgerlichen, Anm. J.P.] Form des Staats in ihrer Mehrheit von jeher Kapitalismus im Sinn hatten“³⁰⁸, schwingt einerseits mit, dass Handlungen (von Gruppen) immer mit bewussten Absichten auf konkrete Ziele ausgerichtet sind. Dabei wird diesen auch ein Wissen über die realen, tatsächlichen Verhältnisse unterstellt. Damit wird Ideologie auf bewusste Fälschung, Verschleierung und Täuschung reduziert und das Marxsche Konzept der Fetischisierung³⁰⁹ von (sozialen) Verhältnissen nicht beachtet und/oder hinreichend verstanden. Andererseits schwingt dabei mit, dass die Absichten bestimmter Trägergruppen/AkteurInnen, d.h. letztlich Ideen und Vorstellungen, der zentrale Motor gesellschaftlicher Veränderungen sind. Damit untergräbt sie letztlich auch selbst ihr Projekt einer strukturanalytischen Erklärung; ganz zu Schweigen vom Anspruch eines historisch-materialistischen Ansatzes. Die Frage *warum* gewisse Vorstellungen zu gewissen Zeiten aufkommen und sich auch durchsetzen können³¹⁰, bleibt unbeantwortet.

3.2. Theoretische und methodische Überlegungen

3.2.1. Grundzüge der Marxschen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise

„Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“³¹¹

Mittlerweile ist deutlich geworden, dass die Einschätzung der Entwicklungsdynamik von unterschiedlichen Gesellschaftstypen/Pw zentrales Element und ein Knackpunkt in der Erklärung historischer Umbrüche und Übergänge, gerade auch der bR, ist. Es ist daher notwendig in Grundzügen die Marxsche Theorie der kPw darzulegen. Im Rahmen dieser

³⁰⁸ ebd., S. 520f. Hervorhebung im Original

³⁰⁹ Vgl. Marx: Das Kapital. Erster Band, a.a.O., S. 85ff

³¹⁰ In der *Deutschen Ideologie* (Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 47) heißt es diesbezüglich: „Löst man nun bei der Auffassung des geschichtlichen Verlaufs die Gedanken der herrschenden Klasse von der herrschenden Klasse los, verselbstständigt man sie, bleibt dabei stehen, daß in einer Epoche diese und jene Gedanken geherrscht haben, ohne sich um die Bedingungen der Produktion und um die Produzenten dieser Gedanken zu bekümmern, läßt man also die den Gedanken zugrunde liegenden Individuen und Weltzustände weg, so kann man z.B. sagen, daß während der Zeit, in der die Aristokratie herrschte, die Begriffe Ehre, Treue etc. während der Herrschaft der Bourgeoisie die Begriffe Freiheit, Gleichheit, etc. herrschten. Die herrschende Klasse bildet sich das im Durchschnitt ein. Diese Geschichtsschreibung, die allen Geschichtsschreibern vorzugsweise seit dem achtzehnten Jahrhundert gemeinsam ist, wird notwendig auf das Phänomen stoßen, daß immer abstraktere Gedanken herrschen, d.h. Gedanken, die immer mehr die Form der Allgemeinheit annehmen.“

³¹¹ Marx: Das Kapital. Erster Band, a.a.O., S. 167

Arbeit kann freilich keine Auseinandersetzung mit der Marxschen *Kritik der Politischen Ökonomie* geleistet werden. Ich werde mich hier also darauf beschränken zentrale Elemente dieser darzustellen; gerade hinsichtlich der Dynamik der kPw. Dabei geht es mir vor allem darum, zu zeigen, dass der kPw eine spezifische, expandierende Dynamik inhärent ist, ohne deren Verständnis die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse – und der widersprüchliche Prozess dieser Veränderungen – nicht hinreichend verstanden werden kann.

Der Kapitalismus stellt eine historisch spezifische Pw dar, der der Klassenwiderspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit zugrunde liegt. Eine zentrale Grundlage der kPw (auch in ihrer historischen Entstehung) ist daher die Existenz – bzw. war die Schaffung) – von *doppelt freien* LohnarbeiterInnen: diese sind einerseits frei von direkten, persönlichen Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnissen (historisch also der Bruch mit feudalen Leibeigenschaftsverhältnissen), und daher frei die eigene Arbeitskraft als Ware am Arbeitsmarkt zu verkaufen; andererseits sind diese frei in dem Sinne, dass sie keine Produktionsmittel besitzen und daher gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die ProduzentInnen sind somit aber nicht BesitzerInnen der Produktionsmittel und haben auch keine Verfügungsgewalt über die von ihnen hergestellten Produkte. Diese Klassenverhältnisse sind also wesentlich auch Eigentumsverhältnisse. Die Herstellung eines solchen *Klassenverhältnisses* war historisch die Bedingung zur Etablierung des *Kapitalverhältnisses*.

Im Gegensatz zu allen vorangegangenen Pw ist im Kapitalismus die Realisierung von *Tauschwerten* und nicht von *Gebrauchswerten* das treibende Moment. Kapital ist definiert als *sich selbst verwertender Wert* und nicht die Konsumtion, sondern die Akkumulation (von Kapital) ist die zentrale Triebkraft des Kapitalismus. Die grundsätzliche Bewegungsform des Kapitals wird umschrieben mit $G - W - G'$, d.h. am Ende des Prozesses steht eine größere Geldmenge als vorher. Dieser Prozess der Kapitalverwertung und –akkumulation ist endlos und maßlos. Die kPw drängt daher ständig zu erweiterter (Re)produktion.

Es bedarf daher eines Profits, d.h. eines Überschusses über die in der Ware verausgabten Werte. Da Marx vom Tausch zu Äquivalenten ausgeht, kann dieser Überschuss (für das Funktionieren der Pw im *idealen Durchschnitt*) daher nicht auf der Ebene der Zirkulation entstehen, d.h. durch Aufschläge auf die Waren oder besonders geschickten Tausch. Mit der Formulierung der Mehrwerttheorie hat Marx hier den entscheidenden Durchbruch geschafft, nämlich Profite nicht auf der Ebene der Zirkulation, sondern der Produktion zu erklären. Es braucht eine Ware „deren Gebrauchswert selbst die eigentümliche Beschaffenheit besäße,

Quelle von Wert zu sein“³¹² – die Ware Arbeitskraft. Wie jede andere Ware besitzt diese auch einen Tausch- und Gebrauchswert. Der Tauschwert bestimmt sich durch die für ihre (Re)produktion notwendige Menge (abstrakter) Arbeit. Ihr Gebrauchswert besteht in der Arbeit, die sie verrichten kann. Der/Die KapitalistIn eignet sich die Differenz als Mehrwert an – nach der Realisierung des Mehrwerts als Profit beim Austausch am Markt. Die Existenz von Lohnarbeit ist zugleich Voraussetzung als auch Ergebnis dieses Prozesses – die Aneignung von Mehrwert reproduziert das Klassen- und Kapitalverhältnis.

Die Produktion und Aneignung eines Mehrprodukts ist allen Klassengesellschaften inhärent und kein Spezifikum der kPw. Unter kapitalistischen Verhältnissen basiert Ausbeutung aber nicht auf der direkten Aneignung von Gebrauchswerten; auf Grundlage persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse. Im Kapitalismus kommt es zu einer Versachlichung von Herrschaft und Ausbeutung; diese werden nicht mehr durch direkte und persönliche Abhängigkeitsverhältnisse vermittelt. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion ist nicht mehr direkt ersichtlich – dieser Zusammenhang stellt sich erst, über das Wertgesetz, d.h. *hinter dem Rücken* der ProduzentInnen, durch die Anerkennung der einzelnen privat verausgabten Arbeiten als Teil der gesamtgesellschaftlich notwendigen Arbeit am Markt her.³¹³

Marx charakterisiert die expansive Dynamik der kPw, im Gegensatz zu nicht-kapitalistischen Pw, folgendermaßen: „Indes ist klar, daß, wenn in einer ökonomischen Gesellschaftsformation nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert des Produkts vorwiegt, die Mehrarbeit durch einen engern oder weitem Kreis von Bedürfnissen beschränkt ist, aber kein schrankenloses Bedürfnis nach Mehrarbeit aus dem Charakter der Produktion selbst entspringt.“³¹⁴ Das Wertgesetz wird zum dominanten Faktor der Ökonomie – nicht nur ihrer kapitalistischen Sphären, sondern zunehmend der gesamten Ökonomie. Kapitalistische Verhältnisse üben also zunehmend Druck auf andere Pw, also anders organisierte Teile der Ökonomie innerhalb einer Gesellschaftsformation, aus. Es geht hier also auch darum, das Zusammenspiel verschiedener Pw in einer Gesellschaftsformation, wie sie gerade im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus in spezifischer Weise zum Tragen kam, zu erfassen. Die verschiedenen Pw existieren aber weder (unvermittelt) nebeneinander, noch ist die Frage von Dominanz und Veränderung in erster Linie eine des Bewusstseins und nur

³¹² ebd., S. 181

³¹³ Vgl. ebd.; Heinrich: Die Wissenschaft..., a.a.O., S. 196-370

³¹⁴ Marx: Das Kapital. Erster Band, a.a.O., S. 250. An anderer Stelle heißt es: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftliche Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen.“ (Marx/Engels: Manifest der..., a.a.O., S. 465)

teilweise und begrenzt eine Frage von politischen Konstellationen. Es sind gerade die ökonomischen Entwicklungen selber die hier zum Tragen kommen – allerdings müssen diese ihren Ausdruck auch erst auf der politischen Ebene finden und die politische Regulierung wirkt ihrerseits auf die Ökonomie zurück.

3.2.2. Klassen und Interessen

„So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst.“³¹⁵

Wenn wir einen historisch-materialistischen Blick auf die bR werfen wollen, müssen wir die Entstehung politischer Ideen und Bewegungen in Zusammenhang mit den ökonomischen Verhältnissen bringen. Warum kommen zu einem gewissen Zeitpunkt überhaupt bestimmte Vorstellungen und Forderungen auf und warum haben sie die Möglichkeit für eine verallgemeinerte Durchsetzung in der Gesellschaft? Wer sind die TrägerInnen dieser Vorstellungen?

Ich möchte hier auf einen Punkt von weiter oben zurückkommen: die Notwendigkeit Bestimmungen auf einer abstrakten Ebene zu definieren. Natürlich bedarf es dann auch einer Bestimmung des Verhältnisses von Abstraktem und Konkretem sowie einer Analyse des Konkreten. Hier möchte ich auch die Kritik an Poulantzas wieder aufnehmen, dass diese Unterscheidung bei ihm (tendenziell) Ineinanderzufallen droht bzw. ineinander aufgelöst wird. Gerade an dieser Stelle, hier kommen auch theoretische Probleme bei Gerstenberger wieder ins Spiel, wird die sich daraus ergebende Problematik ersichtlich: die Durchsetzung des Kapitalismus wäre demnach ein weitgehend zufälliges Produkt – Ergebnis einer Melange aus ökonomischer Stellung und (autonomen) Bewusstsein (ohne das zwischen den beiden Elementen ein „logischer“, d.h. herstellbarer Zusammenhang besteht). Im Folgenden werde ich demnach kurz den Begriff (Klassen)interesse diskutieren und versuchen etwas Licht in das Verhältnis von objektiven Interessen und konkret existierenden Klassen zu bringen.

Auf der analytischen Ebene, d.h. bei der Untersuchung der zentralen Funktionsmechanismen der kPw, konstituieren sich die gesellschaftlichen Klassen durch ihre Stellung zu den Produktionsmitteln. Für eine Beschreibung der tatsächlichen Klassen- und Schichtstruktur einer Gesellschaft müssen allerdings weitere Faktoren – politischer, ideologischer und historischer Art – mit einbezogen werden. Auf der analytischen Ebene spielen diese jedoch keine Rolle.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Marx/Engels in jenen Werken, in denen es ihnen

³¹⁵ Marx, Karl: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, S. 181, in: MEW 4, Dietz 1959, Berlin, S. 63-182

nicht um eine abstrakt-theoretische Analyse der kapitalistischen Ökonomie, sondern um eine Analyse von konkret ausgeformten Gesellschaften ging, ein differenziertes Kategoriensystem verwendeten. Dabei kommt dann auch die Ebene des Kapitalismus als politischem Herrschaftssystem ins Blickfeld. Unter diese politischen Analysen fallen etwa die Schriften *Klassenkämpfe in Frankreich* oder *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. Und auch im *Kapital* schreibt Marx von der „unendliche[n] Zersplitterung der Interessen und Stellungen, worin die Teilung der gesellschaftlichen Arbeit die Arbeiter wie die Kapitalisten und die Grundeigentümer (...) spaltet.“³¹⁶

Aber wie verhält es sich nun mit dem postulierten *objektiven* Interesse einer Klasse? An dieser Stelle wird die Notwendigkeit und Bedeutung einer Trennung zwischen analytischer und konkreter Ebene ersichtlich. Die *objektiven* Interessen beziehen sich auf die analytische Ebene einer Bestimmung von Klassen. Auf dieser Ebene, auf denen die zentralen Funktionsmechanismen der (kapitalistischen) Produktionsweise bestimmt werden (können), existiert der Klassenantagonismus in seiner „reinen“ Form. Nur hier können die *hinter dem Rücken* der ProduzentInnen ablaufenden Prozesse und der gesamt-gesellschaftliche Zusammenhang (in kapitalistischen Gesellschaften über das Wertgesetz) herausgearbeitet werden.

Wenn wir aber nun die abstrakte Analyseebene verlassen, wird klar, dass konkret existierende Klassen nicht homogen sind, sondern in ihren konkreten Interessen (bedingt durch konkrete ökonomische Faktoren sowie politische und ideologische Faktoren und Einstellungen) in Fraktionen gespalten sind. Allerdings wäre es ohne eine Bezugnahme auf *objektive* Interessen, die sich von der Stellung in den Pv ableiten, völlig unklar, wodurch bestimmte Klassen konstituiert sind und was eine Klassenfraktion von einer eigenständigen Klasse unterscheidet. So wäre auch unklar wodurch die (entstehende) Bourgeoisie gekennzeichnet wäre und wohin sie, durch die Logik ihrer eigenen Stellung, treibt. Diese könnte sich dann nur rund um *subjektive* Interessen gruppieren. Dann hätte der Begriff *Klasse* keinen Sinn mehr.

3.2.3. Zwischenresümee: Methodische Überlegungen

„Die Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen.“³¹⁷

Aus dem bisher gesagten wurde ersichtlich, dass die geschichtliche Entwicklung hinlänglich nicht aus sich selber heraus erklärt und erfasst werden kann, sondern es zur Analyse einen abstrakten, theoretischen Referenzpunkt braucht (dieser ist aber nicht mit der Illusion einer

³¹⁶ Marx: Das Kapital. Dritter Band, a.a.O., S. 893

³¹⁷ Marx: Einleitung [zur Kritik...], a.a.O., S. 636

„reinen“ Theorie zu verwechseln). Hinsichtlich der bR ergibt sich daraus folgendes: eine adäquate Einschätzung davon, und allgemein des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, kann nur unter den Bedingungen der Kenntnis kPv, bürgerlicher Staatlichkeit und den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft erfolgen. Aus diesem Grund ist in dieser Arbeit das Kapitel zu mSt auch der Betrachtung der bR vorgelagert.

Ich sehe diese Vorgehensweise analog zu jener von Marx in seiner *Kritik der Politischen Ökonomie*: das *Kapital* ist keine Beschreibung eines historisch-konkreten Kapitalismus, sondern dessen Fassung im *idealen Durchschnitt*. Insofern findet sich im Ersten Band des *Kapital* das Kapitel zur *ursprünglichen Akkumulation*, d.h. der historischen Herstellung des kapitalistischen Klassenverhältnisses, auch am Ende; nach der Entwicklung der wesentlichen Bestimmungen der kPw aus der Analyse der Ware.³¹⁸ Bezüglich der methodischen Vorgehensweise heißt es:

„Es wäre untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinanderfolgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben, und die genau das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht.“³¹⁹

Folgende von Marx in Zusammenhang damit formulierte Herangehensweise kann auch hier ihre Anwendung finden: „Die Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen.“³²⁰ D.h. es braucht bereits ein Wissen über das „höher“ entwickelte (bzw. historisch nachfolgende), in unserem Fall der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, um, in Retrospektive, die Entwicklungen und Veränderungen die dazu geführt haben, überhaupt adäquat und hinlänglich fassen zu können: „Die Andeutungen auf Höheres in den untergeordneten Tierarten können dagegen nur verstanden werden, wenn das Höhere selbst schon bekannt ist.“³²¹ Welche Bedeutung hat nun die Annahme einer spezifischen Form des Politischen in kapitalistischen Gesellschaften für die Erfassung der bR? Wie können mSt und bR zusammengebracht werden?

Grundsätzlich muss davon ausgegangen werden, dass weder auf abstrakter Ebene alles bestimmt werden kann, noch gesellschaftliche Verhältnisse rein aus der historischen Entwicklung deduziert werden können. Vor dem Hintergrund einer historisch-materialistischen Theorie ist weiters klar, dass ökonomische Strukturen unabhängig von Bewusstsein und Handlungen wirken. Die ökonomischen Zwänge führen jedoch nicht

³¹⁸ Vgl. Heinrich: *Kritik der... Einführung*, a.a.O., S. 29

³¹⁹ Marx: *Einleitung [zur Kritik...]*, a.a.O., S. 638

³²⁰ ebd., S. 636

³²¹ ebd., S. 636

automatisch zu einem (bestimmten) Ergebnis und wirken nur vermitteltst gesellschaftlicher Handlungen. Deswegen ist es unerlässlich die Prozess des Niederschlagens der Determination durch die Ökonomie in Handlungen und Bewusstsein zu verfolgen, Widersprüche herauszuarbeiten und die Rückwirkungen auf die ökonomische Ebene zu analysieren.

Wenn im Sinne der „Staatsableitung“ eine bestimmte Form des Politischen in kapitalistischen Gesellschaften angenommen wird, kommt freilich der Analyse des Prozesses dessen Etablierung entscheidende Bedeutung zu. Hier gilt es auch zu zeigen, wo und wie sich diese politische Form dann tatsächlich durchgesetzt hat. Dabei geht es nicht so sehr darum nachzuweisen, dass bzw. wann diese etabliert worden ist. Mit dem Verweis auf den Begriff der Institution wird klar, dass es die politische Form sowieso nicht in ihrer „reinen“ Form gibt, sondern nur als Ergebnis konkreter gesellschaftlicher Prozesse. Die Annahme einer der kPw entsprechenden politischen Form heißt, dass die Veränderungen auf politischer Ebene letztlich in eine ganz bestimmte Richtung drängen – gerade auch als Versuch den sich entwickelnden kapitalistischen Pv zu entsprechen. Diese Tendenz ist freilich nicht abstrakt, sondern nur konkret wirksam und gerät in Widerspruch mit den bestehenden politischen Institutionen; daraus ergibt sich eine spezifische (Ver)mischung antagonistischer Elemente.

Durch die Beschäftigung mit konkreten historischen Entwicklungen werden gleichzeitig die theoretischen Annahmen auf den Prüfstand gestellt und Rückschlüsse aus der historischen Betrachtung für die Theorie ermöglicht. So kann etwa das Verhältnis von *politischer Form* und *Institution* konkretisiert werden: Welche historischen Ausformungen hat die politische Form des Kapitalismus angenommen? Welche Kräfte waren dabei am Wirken? Welche Grenzen und Widersprüche sind dabei aufgetreten und aufgezeigt worden?

Die Aufgabe beschränkt sich nun aber nicht einfach darauf, die Geschichte (in unserem Fall: die Phase der bR) so zu interpretieren, dass daraus eine logische, vielleicht sogar automatische, Entwicklung zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und Staaten deduziert werden kann. Damit würde die Historie auf einen reinen „Beweis“ dessen, was vorher abstrakt bestimmt wurde, reduziert werden. Vielmehr geht es darum, den geschichtlichen Entwicklungsweg vor dem Hintergrund abstrakter, theoretisch bestimmter Referenzpunkte in den Blick zu nehmen. Dabei – und eigentlich erst dann – kommt den konkret-historischen Ereignissen und Veränderungen ihre eigene Bedeutung zu und nur so können diese in ihrer Tragweite in der geschichtlichen Entwicklungsdynamik verortet werden. Hier sollen nun noch ein paar Grundachsen theoretischer Positionierungen reflektiert werden die zur finalen Klärung des methodischen Vorgehens beitragen sollen. Damit wird auch die Rolle der Theorie für den Erkenntnisprozess deutlich: auf einer allgemeinen, abstrakten Ebene

werden Grundannahmen festgelegt mit denen der Gegenstand betrachtet wird – so wird bereits eine „Vorselektion“ vorgenommen und überhaupt erst abgesteckt, welche Fragen, Dimensionen und Ebenen in den Blick rücken und untersucht werden.

Allgemein gilt es die Durchsetzung einer neuen Pw und Gesellschaftsstruktur als widersprüchlichen und keineswegs linearen und geradlinigen Prozess zu verstehen; innerhalb der alten Verhältnisse entstehen neue Verhältnisse, die sich ausbreiten. Diese stehen allerdings in einem zunehmend ambivalenten und antagonistischen Spannungsverhältnis zueinander und wirken aufeinander ein – es ist weder ein (unbeeinflusstes) Nebeneinander dieser Strukturen, noch ein simples Ersetzen oder eine geradlinige Durchsetzung neuer Verhältnisse. Eine Gesellschaftsformation ist also nie einfach die Summe ihrer Teile, also durch Addition der verschiedenen Pw und Pv hinreichend bestimmbar. Die expansive Dynamik der kPw drängt auf eine Verallgemeinerung kapitalistischer Verhältnisse und das Wertgesetz wird zunehmend zum dominanten Faktor der gesamten Ökonomie. Hier gilt es dann freilich noch konkret zu bestimmen zu welchen Zeitpunkten welche ökonomischen Dynamiken dominant waren und in welchen Verhältnis diese zu den politischen Konstellationen gestanden sind – und welche Auswirkungen sich daraus ergeben haben. Zu bedenken gilt es, dass wir es mit dem Übergang von einer Klassengesellschaft zu einer anderen zu tun haben, es sich also um einen Wandel, also auch einem Weiterbestehen, von Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen handelt. Ich werde später auf diesen Punkt nochmals zurückkommen und die unterschiedlich weiten Definitionen von *Staat* diskutieren.

Zusammenfassend kann daher festgehalten werden: „Our problem is thus to explain not the existence of these elements of a new economy and society, but their triumph“³²² Dieser Triumph war/ist Ergebnis menschlichen Handelns und damit nicht auf Struktur reduzierbar. Somit ist die Analyse der politischen Akteursgruppen und der Kräfte- und Klassenverhältnisse, vor dem Hintergrund der sozioökonomischen, materiellen Verhältnisse, von entscheidender Bedeutung.

3.3. Die historische Durchsetzung von kapitalistischen Verhältnissen

Im folgenden Kapitel soll es nun darum gehen unter einem theoretischen Gesichtspunkt die historischen Ereignisse in den Blick zu nehmen. In den Grundzügen werde ich mich dabei an den Arbeiten und Thesen von Eric Hobsbawm orientieren. Die geschichtliche Betrachtung wird hier insofern und insoweit einfließen als sie für die theoretische Fassung der bR unabdingbar ist. Die Zielsetzung dabei ist also nicht in erster Linie eine Nachzeichnung des

³²² Hobsbawm, Eric: *The Age of Revolution*. Vintage Books 1996, New York, S. 3

historischen Weges, sondern die Grundlagen für eine theoretische Verallgemeinerung zu liefern. In diesem ersten Abschnitt werden bereits theoretische Überlegungen und Betrachtungen sowie weitere Literatur einfließen. Somit soll es auch ermöglicht werden die wichtigsten Aspekte und theoretischen Knackpunkte zu identifizieren und diese in einer historischen Perspektive einzubetten – um sie schließlich auf einer allgemeineren, theoretisch abstrakteren Ebene diskutieren zu können.

3.3.1. Die *Dual Revolution*

Hobsbawm zieht zur Analyse des Übergangs zu kapitalistischen Verhältnissen den Begriff der *Dual Revolution* heran. Damit verweist er auf die zwei Dimensionen (Ökonomie und Politik) dieses Prozesses. Diese Veränderungen (bzw. Revolutionen) sind allerdings nicht zwei von einander getrennte Phänomene und auch nicht auf die Länder Großbritannien und Frankreich (die „Heimländer“ dieser Revolutionen) reduzierbar. Vielmehr soll damit eine grundsätzliche Transformation auf einer größeren geographischen Ebene gefasst werden: die weltweite Durchsetzung des Kapitalismus und bürgerlicher Staatlichkeit mit ihrem (nicht zufälligen) Ausgangspunkt in Europa.³²³

Um die Französische Revolution 1789 verstehen zu können, gilt es zunächst einmal sich der Bedingungen und Entwicklungen in der Zeit davor zu vergewissern. Die gesamte Welt, auch der Großteil von Europa, war „ländlich“ geprägt: die Landbevölkerung war zahlenmäßig dominant, die Landwirtschaft dominierte in der Ökonomie, soziale Verhältnisse sowie politische und kulturelle Formen und Traditionen waren dadurch geprägt. Wir können in dieser Zeit allerdings schon eine Ausbreitung von Formen „industrieller“ Produktion, hauptsächlich noch über Haus- und Vertragsarbeit organisiert, und das Heranreifen von liberalen Ideen ausmachen.³²⁴ Auch wenn die wirklichen Auswirkungen der Industriellen Revolution, außerhalb von England, erst ab den 1830ern auszumachen sind, d.h. eine schnelle und beschleunigte Umwälzung und ein ebensolches Wachstum, kann ihre „take-off“-Periode mit 1780 bis 1800 terminisiert werden.³²⁵ Es ist zentral diese Konstellationen wahrzunehmen, denn „without it we cannot understand the impersonal groundswell of history on which the more obvious men and events of our period were borne; the uneven complexity of its rhythm.“³²⁶

Insgesamt stellte sich die Situation folgendermaßen dar: die zunehmenden Ausbreitung des Welthandels und frühkapitalistischer Verhältnisse seit dem 15. Jahrhundert führte zu einer

³²³ ebd., S. 2

³²⁴ ebd., S. 7-26

³²⁵ ebd., S. 27-29

³²⁶ ebd., S. 28

schrittweisen Veränderung in den ökonomischen Verhältnissen und ebenso ihrer Dynamik. Wie können wir diesen Prozess und seine komplexen und widersprüchlichen Auswirkungen erfassen? Die *Kritik der Politischen Ökonomie* sieht den Kapitalismus in erster Linie als eine bestimmte *Produktionsweise* und nicht vor allem als besondere Art der Zirkulation an.³²⁷ Wir können davon ausgehen, dass das Wertgesetz die kapitalistischen Verhältnisse „organisiert“ und der Tauschwert daher zum dominierenden Faktor, zunehmend auch der gesamten Ökonomie, wird. Dafür, dass der Tauschwert diese Rolle einnehmen konnte, spielte die Etablierung eines *Welthandels*, also der Zirkulationsebene, eine wichtige Rolle. Der Handel spielte aber zunehmend weniger die Rolle des bloßen Vermittlers/„Beschaffers“ von Gebrauchswerten, sondern es erwachsen eigenständige Interessen – „Kaufen um zu Verkaufen“. Es entstand das *Handelskapital*. Damit stieg aber freilich auch das Bedürfnis nach einer systematischeren und gesteigerten *Produktion* von Mehrwert.³²⁸

Entsprechende Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen (Klassen, Schichten...) bildeten die Grundlage für die Herausbildung bürgerlicher Vorstellungen von Politik, Gesellschaft und Ökonomie. Die ökonomische Realität und die aufstrebenden Ideen der Aufklärung gerieten immer stärker in Widerspruch zu den existierenden Regimen und ihrem „Programm“. Auch wenn konkrete Ereignisse oftmals die Auslöser verschiedener Revolutionen waren, sind diese politischen Umwälzungen und ihr Charakter nur unter Einbeziehung dieser Rahmenbedingungen erklärbar.

Die Möglichkeiten zu Veränderungen während des Fortbestehens der alten Regime waren sehr begrenzt: „It was too much to expect the *ancien régimes* to abolish themselves voluntarily. On the contrary [...] in some respect they were reinforcing themselves against the advance of the new social and economic forces.“³²⁹ Insgesamt können wir also von einer Zuspitzung der Widersprüche zwischen verschiedenen sozialen Kräften, in ökonomischer und politischer Hinsicht, sprechen.

Vor diesem Hintergrund müssen die Krisen verschiedener bestehender Regime, vor allem in verschiedenen Ländern Europas, aber auch in den USA, im ausgehenden 18. Jahrhundert

³²⁷ Insofern kritisiert Gerstenbeger an Wallerstein zurecht, dass ein grundlegender Mangel seiner Theorie (unter anderem) „in der Verwechslung von Kaufmannskapital mit kapitalistischem Handelskapital [und] in der Beschränkung des Kapitalismusbegriffs auf Zirkulation“ besteht (Die subjektlose Gewalt, a.a.O., S. 19)

³²⁸ „Die Entdeckung Amerikas, die Umschiffung Afrikas schufen der aufkommenden Bourgeoisie ein neues Terrain. Der ostindische und chinesische Markt, die Kolonisierung von Amerika, der Austausch mit den Kolonien, die Vermehrung der Tauschmittel und der Waren überhaupt gaben dem Handel, der Schifffahrt, der Industrie einen nie gekannten Aufschwung und damit den revolutionären Element in der zerfallenden feudalen Gesellschaft eine rasche Entwicklung. Die bisherige feudale oder zünftige Betriebsweise der Industrie reichte nicht mehr aus für den mit den neuen Märkten anwachsenden Bedarf. Die Manufaktur trat an ihre Stelle [...]. Aber immer wuchsen die Märkte, immer stieg der Bedarf. Auch die Manufaktur reichte nicht mehr aus.“ (Marx/Engels: Manifest der..., a.a.O., S. 463)

³²⁹ Hobsbawm: The Age of Revolution, a.a.O., S. 22. Hervorhebung im Original

gesehen werden. Die Französische Revolution war daher auch kein isoliertes und singuläres Ereignis; allerdings die weitreichendste und bedeutendste Umwälzung dieser Zeit.³³⁰ Hobsbawm fasst diese folgendermaßen zusammen: „[...] European (or indeed world) politics between 1789 und 1917 were largely the struggle for and against the principles of 1789 [...]. France provided the vocabulary and the issues of liberal and radical-democratic politics for most of the world.“³³¹ Die Bedeutung der Französischen Revolution ergibt sich auch dadurch, dass sie den heranreifenden Ideen und Idealen der Aufklärung einen politischen Ausdruck in der Praxis gegeben hat.

Der Französischen Revolution kommt also durchaus eine eigenständige Bedeutung als elementares politisches Ereignis zu; sie ist kein automatischer Reflex auf die Veränderung objektiver Umstände. Aber dennoch sind ihre Forderungen, Ideen und politischen Konzepte nicht rein zufällig – sie können nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen der meisten europäischen Länder zu dieser Zeit verstanden werden. Diese Ideen trugen auch ihren wesentlichen Teil dazu bei, eine Revolte einer inkohärenten Masse zu einer Bewegung zu organisieren und ihr politische Ziele zu geben: „To this extent ‘the philosophers’ can be justly made responsible for the Revolution. It would have occurred without them; but they probably made the difference between a mere breakdown of an old régime and the effective and rapid substitution of a new one.“³³²

Und auch nur so ist verständlich warum die erste bR (zumindest in Europa) in Frankreich und nicht in Großbritannien, dem ökonomisch einwickeltstem Land, stattgefunden hat, denn dort waren die Widersprüche zwischen dem bestehenden Rahmen und den Interessen des alten Regimes einerseits und den Interessen der aufsteigenden neuen sozialen Kräfte andererseits stärker ausgeprägt als in den übrigen Ländern.³³³

Hier kommen die Ebenen auf denen wir uns den bR näher müssen ins Blickfeld: die objektive „Reife“ – der Entwicklungsstand der ökonomischen und in Folge auch sozialen Strukturen; die politischen, kulturellen und ideologischen Konstellationen; der subjektive Faktor – die politischen Kräfteverhältnisse. Während also Großbritannien eine größere objektive Reife für eine bR aufwies, waren die konkreten Voraussetzungen dafür in Frankreich weiter fortgeschritten.

An dieser Stelle erscheint es mir sinnvoll, nochmals auf Althussers Analyse der russischen Revolution zurückzukommen – um dann einen geschärften Blick auf die Französische

³³⁰ ebd., S. 54

³³¹ ebd., S. 53

³³² ebd., S. 58

³³³ ebd., S. 55

Revolution werfen zu können. In Russland hatte sich „die größte Summe damals möglicher historischer Widersprüche“³³⁴ angehäuft, so dass diese „zu einer *Einheit des Bruches* ‘zusammenfließen’“³³⁵ konnten. Althusser beschreibt zwar die besondere Konstellation in Russland und die objektiven Voraussetzungen für eine Revolution treffend, schafft es aber nicht, die eigenständige und entscheidende Rolle des *subjektiven* Faktors herauszuarbeiten. Die Revolution erscheint bei ihm als Ergebnis der Selbstentwicklung der überdeterminierten Widersprüche; sie wird damit auf strukturelle Ursachen reduziert.

Vor diesem Hintergrund kann die Französische Revolution einer differenzierteren Betrachtung unterworfen werden. Auch in Frankreich gab es eine Anhäufung spezifischer Umstände und Widersprüche: im Vergleich zu England wenig Industrialisierung und eine „weniger kapitalistische“ Gesellschaftsstruktur, ein reformunfähigeres und -unwilligeres Regime, große Staatsschulden, eine radikalere und starke philosophische Tradition.³³⁶ Im Vergleich dazu herrschte in England, etwa mit Hobbes, Locke und Smith, eine viel stärker rational und ökonomisch ausgerichtete Tradition vor. In Deutschland repräsentierte der starke Einfluss der idealistischen Philosophie, mit Kant und Hegel als zentrale Theoretiker, die Schwäche einer realen politischen Bewegung und des verspäteten kapitalistischen Vereinheitlichungsprozesses; hier wurde gerade die Macht der Gedanken betont.³³⁷ Die (überdurchschnittliche) Stärke einer aufklärerischen Strömung in Frankreich kann also durchaus durch die spezifischen Rahmenbedingungen erklärt werden – die Französische Revolution selber, kann aber nicht darauf reduziert werden.

Die Verbreitung und Durchsetzung der Konzepte der Französischen Revolution gilt es sowohl auf nationaler wie auf internationaler (bzw. auf europäischer) Ebene zu verfolgen. Wenden wir uns zunächst im Groben den anfänglichen Entwicklungen in Frankreich selber zu – diese hatten auch wesentlichen Einfluss auf die übrigen Länder Europas und die (Geschichte der) bR kann ohne eine Einschätzung des Charakters und der Rolle der französischen Ereignisse nicht begriffen werden. Dabei wird auch deutlich werden, dass die objektive Reife für die bR nicht isoliert in einzelnen Ländern vorherrschte, sondern nur im internationalen (bzw. damals eher: europäischen) Maßstab messbar ist. Das zeigt auch einerseits die Verknüpftheit der *Dual Revolution*, die beiden Dimensionen spielten von nun an in allen bR eine Rolle, und

³³⁴ Althusser: Widerspruch und Überdeterminierung, a.a.O., S. 61

³³⁵ ebd., S. 63. Hervorhebungen im Original

³³⁶ Hobsbawm: The Age of Revolution, a.a.O., S. 56ff

³³⁷ Marx und Engels werfen den Junghegelianern gerade auch vor diesen Zusammenhang nicht gesehen zu haben: „Keinem von diesen Philosophen ist es eingefallen, nach dem Zusammenhang der deutschen Philosophie mit der deutschen Wirklichkeit, nach dem Zusammenhang ihrer Kritik mit ihrer eigenen materiellen Umgebung zu fragen.“ (Die deutsche Ideologie, a.a.O, S. 20)

andererseits die Gleichzeitigkeit der bR in Europa (und den USA), besonders augenscheinlich im Jahr 1848.

3.3.2. Klassen- und Kräfteverhältnisse

„This dramatic dialectical dance was to dominate the future generations.“³³⁸

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Analyse der politischen AkteurInnen, die Kräftekonstellation unter ihnen und ihre Veränderungen. Das Bild stellte sich grundsätzlich folgendermaßen dar: auf der einen Seite gab es die Kräfte der alten Ordnung, im Wesentlichen der Adel, dessen ökonomische und politische Macht sich auf den feudalen Verhältnissen gründete. Auf der anderen Seite jene Kräfte die zu einer neuen Ordnung strebten: das aufkeimende BürgerInnentum, städtische Mittelklassen (HandwerkerInnen...) und das entstehende Proletariat. Dazwischen lag die große Masse der Bauern/Bäuerinnen. In den realen Auseinandersetzungen waren die Fronten aber keineswegs so klar, sondern von (politischen) Kompromissen und Anpassungen, bedingt durch die Entwicklung und Verschiebung verschiedener Widersprüche, geprägt. Daran wird auch klar ersichtlich, dass der Begriff der Klasse nicht die Annahme einer Handlungseinheit beinhaltet und sich ein objektives (ökonomisches) Interesse einer Klasse nicht direkt auf der politischen Ebene ausmachen lässt bzw. sich dorthin überträgt und sich eben auch nicht direkt in entsprechende Handlungen umsetzt. Hobsbawm beschreibt die (Verschiebung von) Kräftekonstellationen folgendermaßen:

„Time and again we shall see moderate middle class reformers mobilizing the masses against die-hard resistance or counter-revolution. We shall see the masses pushing beyond the moderates' aims to their own social revolutions, and the moderates in turn splitting into a conservative group henceforth making common cause with the reactionaries, and a left wing group determined to pursue the rest of the as yet unachieved moderate aims with the help of the masses, even at the risk of losing control over them.“³³⁹

In Frankreich fiel die Rolle der konsequentesten Kräfte der neuen Ordnung den JakobinerInnen und den SansculottInnen zu. Ihre konsequentere Linie kann aber nicht alleine durch persönliche Eigenschaften oder eine andere (bzw. weitreichendere) politische Analyse erklärt werden: „[...] the Jacobins could afford radicalism because in their time no class existed which could provide a coherent social alternative to theirs“³⁴⁰; das Proletariat war numerisch noch klein und ebenso sein politisches Gewicht. Ein großer Teil der VertreterInnen des bürgerlichen Liberalismus hatte zu dieser Zeit aber keine besonders weitreichenden, wirklich revolutionären Veränderungen als Ziel, sondern hing eher einem Konstitutionalismus

³³⁸ Hobsbawm: The Age of Revolution, a.a.O., S. 62

³³⁹ ebd., S. 62

³⁴⁰ ebd., S. 63

an. Sie strebten einen Staat der bürgerliche Freiheiten und Eigentumsrechte garantieren konnte an – auch in der Form einer absolutistischen Monarchie.³⁴¹

Die konsequentesten bürgerlich-liberalen Kräfte und ihr politisches Programm kamen vor allem durch folgende zwei Umstände unter Druck: die Anforderungen des Kriegs ab 1792 und die sich ergebenden Widersprüche aus dem Versuch auf der Grundlage der Prinzipien der Französischen Revolution, wie sie besonders in den Anfangsjahren das Programm und die politische Bühne dominierten, politische Stabilität und ökonomische Entwicklung zu schaffen und zu ermöglichen.³⁴² Letzterer Punkt sollte die französische Gesellschaft noch lange Zeit dominieren: der häufige Wechsel zwischen verschiedenen Regimen kam erst 1870 zu einem gewissen Ende. Grundsätzlich können darin die sich ergebenden Probleme aus dem Versuch „to maintain a bourgeois society while avoiding the double danger of the Jacobin democratic republic and the old régime“ gesehen werden.³⁴³

Dem Regime (oder genauer: den Regimen) unter Napoleon Bonaparte kommt dabei eine besonders wichtige Bedeutung zu: auf der einen Seite sorgte er für eine Stabilisierung und Weiterführung von Errungenschaften der Revolution und, mit seinen Kriegen, für einen „Export“ der Ideen der Französischen Revolution und eine nachhaltige Veränderung der politischen Landschaft Europas. Auf der anderen Seite stand er für eine Zentralisierung der politischen Macht und ein Ende des wirklichen Einflusses der Massen.³⁴⁴

Mit der Ära Napoleon³⁴⁵ begann auch eine Phase fast ununterbrochenen Krieges in Europa – bis 1815. Hobsbawm identifiziert folgende drei Auswirkungen der Kriege: erstens verschoben sich die politischen Grenzen Europas mehrere Male; damit verbunden war ein wichtiger Impuls für die Herausbildung moderner, territorialer Nationalstaaten. Zweitens wurden in den besetzten/eroberten Gebieten das französische Modell (Rechtsnormen, staatliche Institutionen...) direkt übertragen oder zumindest angewandt. Die letzten Endes weitgehendste Veränderung war jedoch, drittens, jene des politischen Klimas.³⁴⁶

Auf die Phase dieser Kriege (1815) folgten fasst 100 Jahre ohne kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Großmächten (abgesehen von der kurzen Episode des Krim-Krieges 1854-46).³⁴⁷ Für die nach dem Wiener Kongress 1815 übrig gebliebenen Großmächte (Russland, Großbritannien, Frankreich, Österreich, Preußen) war die Angst vor neuerlichen

³⁴¹ ebd., S. 59

³⁴² ebd., S. 64ff

³⁴³ ebd., S. 72

³⁴⁴ ebd., S. 73f

³⁴⁵ Auch wenn der Anfang der Kriege bereits 1892 war, ist Napoleon wohl die zentrale Figur in diesen Auseinandersetzungen und markiert in Frankreich den Übergang zu einer neuen Phase.

³⁴⁶ Hobsbawm: The Age of Revolution, a.a.O., S. 88-91

³⁴⁷ ebd., S. 99

revolutionären Erhebungen, sei es in Frankreich oder sonst wo in Europa, ständiger Begleiter und eine wesentliche Grundlage für das Ausbleiben von kriegerischen Handlungen.³⁴⁸ (In den Jahrzehnten nach 1848 hielt die wirtschaftliche Boomphase die unmittelbaren Widersprüche zwischen den konkurrierenden Ländern klein genug – zumindest bis zur Zuspitzung im imperialen Zeitalter und dem darauf folgenden Ersten Weltkrieg.³⁴⁹) Nach 1815 war Großbritannien die einzige industrielle Macht, sowie die einzige Kolonialmacht und auf den Weltmeeren ohne Konkurrenz.³⁵⁰ In Kontinentaleuropa waren ihre territorialen Ambitionen sehr beschränkt; sie war vor allem daran interessiert, dass keine andere Macht zu stark wurde.³⁵¹ Ein unmittelbare Bedrohung dieser Stabilität zwischen den Großmächten konnte wohl nur von Frankreich ausgehen; alle anderen Mächte profitierten eher von den Übereinkünften von 1815 und verfügten auch nicht über das selbe politische Klima. Für eine Destabilisierung hätte es einer Mobilisierung der radikalsten Kräfte in Frankreich und außerhalb ein Anstacheln von liberalen und nationalistischen Kräften gebraucht. Für die französische Regierung war dieser Preis zu hoch um seine Stellung in Europa wieder zu stärken – eine solche Strategie wäre mit dem massiven Risiko einer (unkontrollierbaren) sozialen Revolution verbunden gewesen.³⁵²

3.3.3. Vom Wiener Kongress zu den 1848er-Revolutionen

„The history of the period from 1815-48 is that of the desintegration of that united front.“³⁵³

Die Phase nach 1815 war keineswegs eine ruhige: sie steht für die zunehmende Zuspitzung zwischen den verschiedenen sozialen Kräften und markiert den Weg in die nächsten Revolutionen. Hobsbawm meint sogar: „Rarely has the incapacity of governments to hold up the course of history been more conclusively demonstrated than in the generation after 1815.“³⁵⁴ Das allen Großmächten gemeinsame Ziel, weitere Revolutionen zu verhindern, konnte letztlich nur auf eine Verzögerung entsprechender Veränderungen hinauslaufen. Weder konnte die, durch die ökonomische Dynamik bedingte, weitere Entwicklung und Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse verhindert werden, noch konnte der Widerspruch zwischen diesem Prozess und der zunehmend inadäquaten politischen Form und gesellschaftlichen Verfasstheit aufgelöst werden. Die Veränderungen in den drei Jahrzehnten nach 1815 können hinlänglich nur vor dem Hintergrund der Französischen Revolution selber

³⁴⁸ ebd., S. 109

³⁴⁹ Vgl. Hobsbawm: The Age of Empire, a.a.O.

³⁵⁰ Hobsbawm: The Age of Revolution, a.a.O., S. 106

³⁵¹ ebd., S. 101

³⁵² ebd., S. 106

³⁵³ ebd., S. 113

³⁵⁴ ebd., S. 109

verstanden werden: diese war gerade eine Reaktion auf diese zunehmenden Widersprüche und ein Versuch ihrer Bearbeitung; sie konnte diese aber nicht weitgehend genug auflösen, gerade auf gesamt-europäischer Ebene, zeigte aber in der Praxis die reale Möglichkeit und (mögliche) Form einer politischen Bearbeitung auf.

Die Gründe für die widersprüchlichen Ergebnisse der Französischen Revolution finden wir im Wesentlichen auf der europäischen Ebene: die Kriege von 1792 bis 1815 waren massiv auch ein Kampf herrschender Regime um ihren Machterhalt und zum Erhalt der dieser Macht zugrunde liegenden sozialen und ökonomischen Ordnung. Außerhalb Großbritanniens waren kapitalistische Verhältnisse und soziale Kräfte, die zu starken und konsequenten TrägerInnen ebensolcher Vorstellungen werden hätten können, noch marginal. In Großbritannien selber waren entsprechende Möglichkeiten für kapitalistische Kräfte gegeben; gerade auch wegen der bereits fortgeschrittenen Transformationen in der Landwirtschaft, der ökonomischen Vormachtstellung und weitgehenden Konkurrenzlosigkeit sowie der politischen Vorherrschaft. Eine Interpretation die meint „Die Zeit war einfach noch nicht reif“, erkennt zwar richtigerweise die Notwendigkeit eines bestimmten Entwicklungsgrads der objektiven Bedingungen an, suggeriert aber, dass es mit der Zeit zu einer einfachen Zuspitzung dieses „Haupt“widerspruchs kommt. Die Geschichte der nächsten Jahrzehnte ist zwar durchaus eine der Zuspitzung des Widerspruchs zwischen sich entwickelnden kapitalistischen Verhältnissen und inadäquaten politischen Formen, allerdings auch eine der Entstehung und Zuspitzung anderer und neuer Widersprüche und von Verschiebungen. Die Phase der bR ist eben keineswegs eine der schrittweisen und ungebrochenen Durchsetzung bürgerlicher Ideale, sondern ein widersprüchlicher Prozess mit diversen Brüchen. Ein wesentlicher Grund dafür liegt auch in der zunehmenden Internationalisierung ökonomischer Verhältnisse.

Als Ergebnis davon können in Europa für die Zeit nach 1815 drei revolutionäre Wellen ausgemacht werden: von 1820-24, von 1829-34 und schließlich die größte und bedeutendste 1848. Diese drei Jahrzehnte sind aber keineswegs von einem linearen Ansteigen revolutionärer Bestrebungen gekennzeichnet, die sich schließlich dann 1848 entladen hätten – im Sinne einer schrittweisen Verbreitung und Verankerung aufklärerischer Ideen, die sich dann, aufgrund einer gewonnenen Mehrheit in der Bevölkerung, zu einer neuen gesellschaftlichen Realität materialisieren. In den 1830ern kommt es zu entscheidenden Veränderungen und Verschiebungen, ohne die wir das Scheitern der 1848er-Revolutionen und den gesamten Prozess der bR nicht verstehen können: das Aufkommen von nationalistischen Bewegungen und die Entwicklung des Proletariats zu einem eigenständigen und selbstbewussten politischen Akteur. Den Hintergrund für diese neue Situation stellten die sich

massiv verändernden sozialen und ökonomischen Verhältnisse dar.³⁵⁵ Zusammenfassend können wir sagen: 1830 „dates the beginning of those decades of crisis in the development of the new society which conclude with the defeat of the 1848 revolutions and the gigantic economic leap forward.“³⁵⁶

Darin kommt der zentrale Widerspruch zum Ausdruck der sich in (fast) ganz Europa immer stärker bemerkbar machte: diese Revolutionen „occured because the political systems reimposed on Europe were profoundly, and in a period of rapid social change increasingly inadequate for the political conditions of the continent, and because economic and social discontents were so acute as to make a series of outbreaks inevitable.“³⁵⁷

3.3.4. 1848: Revolutionärer Umbruch?

„Eighteen forty-eight was very far from being ‘the turning-point when Europe failed to turn’. What Europe failed to do was to turn in a revolutionary manner.“³⁵⁸

Im folgenden Abschnitt möchte ich der Rolle und Bedeutung der Revolutionen von 1848 nachgehen. Dabei stoßen wir auf ein offensichtliches Paradoxon: obwohl diese revolutionären Erhebungen gescheitert sind, d.h. keinen offenen Bruch mit der bisherigen politischen Institutionen gebracht haben, markierten sie einen wichtigen Markstein in der Durchsetzung des Kapitalismus, der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Staatsform.

Ein zentrales Merkmal der 1848er-Revolutionen war das Faktum ihrer schnellen Ausdehnung über weite Teile Europas – weitaus stärker und gleichzeitiger als bei allen bisherigen Revolutionen.³⁵⁹ Sehr hilfreich war dabei, dass durch die Französische Revolution, und die durch sie das erste Mal in der Praxis formulierten Konzepte, ein zentraler Referenzpunkt gegeben war und die Umsetzung (des Großteils) ihrer Forderungen nun schon mehr als ein halbes Jahrhundert auf sich warten ließen.³⁶⁰ Doch auf einen schnellen Aufschwung folgten bald Niederlagen: innerhalb von längstens 18 Monaten waren alle alten Regime (mit der Ausnahme von Frankreich) wieder an der Macht.³⁶¹ Warum sind diese Erhebungen gescheitert – und noch dazu in kurzer Zeit: „Eighteen forty-eight failed because it turned out that the decisive confrontation was not that between the old regimes and the united ‘forces of progress’, but between ‘order’ and ‘social revolution’“.³⁶² Das numerische Wachstum des

³⁵⁵ ebd., S. 109-112

³⁵⁶ ebd., S. 111f

³⁵⁷ ebd., S. 112

³⁵⁸ Hobsbawm: The Age of Capital, a.a.O., S. 10

³⁵⁹ ebd., S. 10

³⁶⁰ Hobsbawm: The Age of Revolution, a.a.O., S. 112

³⁶¹ Hobsbawm: The Age of Capital, a.a.O., S. 10

³⁶² ebd., S. 17

Proletariats und sein Aufstieg als eigenständiger politischer Faktor hatten massive Auswirkungen auf die Kräftekonstellationen.

Die moderateren Kräfte innerhalb der Bourgeoisie konnten zwei wichtige Lehren aus den revolutionären Ereignissen ziehen: „that revolution was dangerous and that some of their substantial demands (especially in economic matters) could be met without it.“³⁶³ Der Erfolg der 1848er-Revolutionen, im Sinne der Bourgeoisie, wird am Verlauf der folgenden Jahrzehnte deutlich: eine gigantische wirtschaftliche Boomphase (die bis in die 1870ern andauerte). Die Liberalisierungsmaßnahmen in den 1850ern führten zu einem außergewöhnlichen Wachstum und einer weiteren Durchsetzung und Verallgemeinerung kapitalistischer Verhältnisse. Auf dieser Grundlage konnten sich die Regime wiederum politisch stabilisieren.³⁶⁴

Den Hintergrund für diesen Boom stellen auf der einen Seite die ökonomischen Veränderungen und Entwicklungen in den Jahrzehnten davor dar; die sich ausbreitende kPw, mit ihrer Ausrichtung auf Mehrwertproduktion und -realisierung und ihrer revolutionierenden und auf Wachstum ausgerichteten Dynamik, wurde zunehmend zum bestimmenden ökonomischen Faktor. Auf der anderen Seite waren die politischen Regime nach 1848 weit mehr und direkter der Entwicklung kapitalistischer Strukturen verpflichtet. Das hat aber weit weniger mit einer „Einsicht“ zu tun, als mit dem simplen Umstand, dass sie sich zur Erhaltung ihrer Macht den veränderten Umständen anpassen mussten – und ein solches Regime trug schließlich auch den widersprüchlichen Kräftekonstellationen Rechnung. Mit einem rückwärtsgewandten Blick Bedarf also weit weniger der Boom ab den 1850ern einer Erklärung als der Umstand, dass dieser so lange auf sich warten ließ. Die erste Hälfte des 19. Jahrhundert war von der widersprüchlichen Situation einer sich verstärkenden Industrialisierung, die sich aber nicht wirklich durchsetzen und verallgemeinern konnte, geprägt.³⁶⁵

Auch wenn die 1848er-Revolutionen zu keinem radikalen Bruch im politischen Gefüge geführt hatten, hatten sie trotzdem massive und anhaltende Auswirkungen auf dieses. Den herrschenden Kräften wurde klar, dass sich Gesellschaft und Ökonomie verändert hatten, nicht zuletzt durch die gefährlichen revolutionären Erschütterungen selbst, und dass neue Formen der politischen Herrschaft gefragt waren³⁶⁶: „The defenders of the social order had to

³⁶³ ebd., S. 20

³⁶⁴ ebd., S. 29ff

³⁶⁵ ebd., S. 33

³⁶⁶ ebd., S. 24

learn the politics of the people.“³⁶⁷ Nach 1848 gab es dann auch keine „wirkliche“ bR mehr (der US-amerikanische Sezessionskrieg 1861-65 stellt hier wohl eine gewisse Ausnahme dar³⁶⁸). Von nun an kann eher von einer „geordneten“ kapitalistischen Entwicklung, die von politischen Reformen und dem Entstehen neuer politischer Akteure (insbesondere der ArbeiterInnenbewegung) geprägt war, gesprochen werden.³⁶⁹

3.4.: Zwischenresümee: Bürgerliche Revolutionen zwischen strukturellem Umbruch und bewusstem politischen Akt

„In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.“³⁷⁰

Hier sollen nun zusammenfassend die Ergebnisse der Beschäftigung mit bR diskutiert werden; einige Punkte davon werden im abschließenden Kapitel nochmals aufgegriffen und teilweise vertieft sowie im Zusammenhang mit mSt diskutiert werden. Der Fokus liegt hier auf zwei zusammenhängenden Punkten: einerseits, der Frage inwiefern die Phase der Ancien Régime hinlänglich als Übergangphase zwischen Feudalismus und Kapitalismus verstanden werden kann oder ob es sich dabei nicht um einen eigenständigen Strukturtyp gehandelt hat. Andererseits gilt es zu klären, wie sehr bzw. inwiefern die bR als bewusste, auf gesellschaftliche Umwälzung zielende Handlungen verstanden werden können oder ob diese nicht vielmehr Umbrüche auf struktureller Ebene darstellen. Weiter oben habe ich die **Hypothese** formuliert, dass diese geschichtliche Periode gerade als widersprüchliche Übergangsphase verstanden werden muss, die von einer Entstehung und Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse geprägt ist und diese zunehmend in Widerspruch mit den gesellschaftlichen und politischen Strukturen gerieten. Die Durchsetzung des Kapitalismus, der bürgerlichen Gesellschaft und des bkS sind jedoch kein automatischer Reflex, sondern Ergebnis widersprüchlicher Auseinandersetzungen zwischen Klassen und Klassenfraktionen und verlangen auch nach einer konkreten historischen Auseinandersetzung.

Ich denke, dass gerade die konkrete Auseinandersetzung meine Hypothese bestätigt und gleichzeitig den widersprüchlichen Charakter dieser Übergangsphase und des Prozesses der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse verdeutlicht. Das eingangs angeführte Zitat von

³⁶⁷ ebd., S. 25

³⁶⁸ Vgl. Gerstenberger, Heide: Zur politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft. Die historischen Bedingungen ihrer Konstitution in den USA. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag 1973, Frankfurt am Main.

³⁶⁹ Hobsbawm: The Age of Empire, a.a.O.

³⁷⁰ Marx: Zur Kritik der... Vorwort, a.a.O., S. 9

Marx bietet dabei eine gute Grundlage um diese Prozesse zu verstehen (einmal abgesehen von der problematischen, empiristischen Formulierung). Dabei ist eben keineswegs gesagt, dass Veränderungen in den Pv und die Entwicklung der Produktivkräfte automatisch zu entsprechenden Veränderungen politischer und/oder ideologischer Art führen. Die bR können also nicht als automatischer Reflex auf die sich veränderten ökonomischen Verhältnisse gesehen werden. Dabei würde diesen auch eine Zielgerichtetheit und Homogenität unterstellt werden, die so nicht zu finden ist. Die bR waren eben kein einmaliger Akt, sondern vielmehr eine Umbruchphase zu deren Beginn die Widersprüche zwischen zwei parallel existierenden Klassenstrukturen, ökonomischen Dynamiken und entsprechenden politischen Systemen groß genug waren um revolutionäre Erhebungen auszulösen und Prozesse gesellschaftlicher Umwälzung in Gang zu setzen. Zum Zeitpunkt der Französischen Revolution waren allerdings bürgerlich-kapitalistische Verhältnisse und Vorstellungen noch nicht weit genug entwickelt um einen unmittelbaren Sieg der bR zu garantieren; außerdem mangelte es klarerweise an Erfahrungen und historischen Beispielen.

In der Phase danach sind jedoch nicht einfach die objektiven Bedingungen schrittweise herangereift – im Sinne einer linearen, einseitigen Ausbreitung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse und Ideen. Parallel zu diesem Prozess kam es, gerade auch bedingt durch das zunehmende Gewicht bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse, eben auch zum Auftauchen und zur Zuspitzung neuer Widersprüche, die sich ebenso auf den „Kampf“ zwischen feudalen und kapitalistischen Strukturen und ihren TrägerInnen auswirkten. Im *Kommunistischen Manifest* beschreiben Marx und Engels die widersprüchlichen Ergebnisse der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse – dabei wird auch klar, dass sie sich dem antagonistischen Charakter der bR, zumindest teilweise, bewusst waren³⁷¹: zum einen werde es für die Bourgeoisie immer schwieriger die von ihr hervorgebrachten Pv und die sich daraus ergebende Dynamik zu kontrollieren³⁷², zum anderen habe sie im Proletariat auch „ihre eigenen Totengräber“ hervorgebracht.³⁷³

Insofern ist es auch irreführend die bR vor allem als einen Akt der revolutionären Klasse der Bourgeoisie darzustellen, in dem diese ihr bürgerlich-modernes Weltbild und ihre

³⁷¹ Für eine ausführlichere Auseinandersetzung siehe: Wegner: Revolutionstheorie..., a.a.O., S. 9ff

³⁷² Die Bourgeoisie gleiche „dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“ (Marx/Engels: Manifest der ..., a.a.O., S. 467). Denn: „Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“ (ebd., S. 468). Hier wird der grundsätzliche Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Pv, wie er auch in der kPw zum Ausdruck kommt, treffend beschrieben. Marx und Engels hatten zu diesem Zeitpunkt allerdings die Möglichkeiten der (zeitweisen) Überwindung dieser real beobachtbaren Probleme (vor allem periodischer Krisen), also insgesamt die Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus, unterschätzt.

³⁷³ Marx/Engels: Manifest der..., a.a.O., S. 474

Gesellschaftsvorstellungen durchgesetzt hätte. Die Auseinandersetzung mit der konkret-historischen Durchsetzung bürgerlicher Verhältnisse hat gezeigt, dass die politische Handlungsebene vom Zustandekommen sowie Zerbrechen verschiedener Bündnisse zwischen Klassen und Klassenfraktionen geprägt war. Während das objektive Interesse der Bourgeoisie als Klasse freilich die Etablierung einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist, sind ihre konkreten Handlungen ebenso durch die konkreten Umstände geprägt. Dennoch waren die politischen Akte der bR nicht von rein zufälligem Charakter. Denn gerade die spezifische Verfasstheit der bürgerlichen Gesellschaft ist jene Gesellschaftsstruktur und –form, die kapitalistischen Verhältnissen in der Ökonomie am besten entspricht und deren Etablierung auch eine Notwendigkeit für eine „vollständige“ Durchsetzung und Dominanz der kPw darstellt. Gewisse Entwicklungstendenzen sind also durchaus in den materiellen Grundlagen der Gesellschaft begründet und prägen die Handlungsweisen der politischen AkteurInnen. Welche konkreten Ausformungen und Wege sie dabei (an)nehmen ist allerdings nicht durch „die Ökonomie“ determiniert, sondern vielmehr Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen Klassen, Klassenfraktionen und Nationalstaaten sowie spezifischer materieller Rahmenbedingungen.

In der *Deutschen Ideologie* legen Marx und Engels dar, warum die bR nicht nur ein Kampf der Bourgeoisie gegen die alte Ordnung waren, sondern dass sie durchaus auch im Interesse aller anderen unterdrückten Klassen waren:

„Jede neue Klasse nämlich, die sich an die Stelle einer vor ihr herrschenden setzt, ist genötigt, schon um ihren Zweck durchzuführen, ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, d.h. ideell ausgedrückt: ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als die einzig vernünftigen, allgemein gültigen darzustellen. Die revoltierende Klasse tritt von vornherein, schon weil sie einer *Klasse* gegenübersteht, nicht als Klasse, sondern als Vertreterin der ganzen Gesellschaft auf, sie erscheint als die ganze Masse der Gesellschaft gegenüber der einzigen, herrschenden Klasse. Sie kann dies, weil im Anfange ihr Interesse wirklich noch mehr mit dem gemeinschaftlichen Interesse aller übrigen nichtherrschenden Klassen zusammenhängt, sich unter dem Druck der bisherigen Verhältnisse noch nicht als besonderes Interesse einer besonderen Klasse entwickeln konnte.“³⁷⁴

Die hier vorgelegte Auseinandersetzung mit den bR sollte auch zeigen, dass es weder ausreicht über die „richtige“ Geschichtsschreibung zu verfügen, noch dass durch die „richtige“ Theorie und Methode alleine alles erklärt werden kann. Eine korrekte theoretische und methodische Grundlage stellt jedoch die Vorbedingung für eine hinlängliche Interpretation der Phase des Übergangs von Feudalismus zu Kapitalismus dar. Zu vermeiden gilt es jedenfalls eine „Henne-Ei“-Problematik, also die Frage ob nun die Entwicklung bürgerlicher Vorstellungen Vorbedingung für den Siegeszug des Kapitalismus war oder ob

³⁷⁴ Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 47f. Hervorhebung im Original

sich auf die neuen Klassenverhältnisse als Reflex ein bürgerliches Bewusstsein, sozusagen als begleitende Legitimation, herausgebildet hat. Denn: „Wichtiger als jede richtige chronologische Reihenfolge sei die Erforschung der Entwicklung der Zusammenhänge einer bestimmten Produktionsweise und welche Funktion die einzelnen Erscheinungen darin einnehmen.“³⁷⁵

Gerstenberger stellt an zentrale Stelle ihrer Auseinandersetzung jedoch gerade die Frage nach der historischen Reihenfolge – und das noch dazu vor dem Hintergrund einer inkonsistenten Theorie und Methode. Ein zentrales Argument von ihr ist, „daß kapitalistische Formen von Produktion und Verteilung nur dominant werden konnten, *nachdem* der personale Charakter von Herrschaft (weitgehend) beseitigt und damit die Entwicklung einer gesonderten Sphäre der Ökonomie möglich wurde.“³⁷⁶ Die bR können so aber weder methodisch richtig gefasst noch kann die konkrete Geschichte so hinlänglich verstanden werden. Ein Zitat von Hirsch soll die allgemeine Problematik dabei ersichtlich machen: „Kapitalistische Verhältnisse können sich also nur dann *voll* herausbilden, wenn die physische Zwangsgewalt von allen gesellschaftlichen Klassen, auch der ökonomisch herrschenden, getrennt ist.“³⁷⁷ Die entscheidende Frage im Anschluss daran ist wohl, was unter *voll* zu verstehen ist? Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass es „rein kapitalistische“ Gesellschaften gibt, sondern vielmehr Gesellschaftsformationen in denen kapitalistische Verhältnisse und Dynamiken *dominieren*, aber gleichzeitig mit Elementen anderer Pw koexistieren – in unterschiedlichen Verhältnissen. Die Dynamik der kPw tendiert jedoch dazu, zunehmend die gesamte Gesellschaft dem Wertgesetz zu unterwerfen, d.h. dass auch Bereiche die nicht über doppelt freie Lohnarbeit organisiert sind, „kapitalistisch“ werden. Der Punkt, bis zu welchem Grad sich bürgerlich-kapitalistische Verhältnisse ausbreiten können, ist jedoch nicht durch „reine“ ökonomische Faktoren bestimmt, sondern ist ebenso von der Strukturiertheit der Gesellschaft und den politischen Verhältnissen abhängig.

Die Analyse des konkreten historischen Wegs hat auch gezeigt, dass sich kapitalistische Verhältnisse in der Ökonomie, aufgrund der Dynamik der kPw, bis zu einem gewissen Grad und ab einem bestimmten Punkt, „von selbst“ ausbreiten und sich gegenüber feudalen Verhältnissen behaupten. So waren etwa die 1848er-Revolutionen keine revolutionären Umwälzungen auf politischer Ebene, aber dennoch waren die Jahrzehnte danach von ökonomischem Wachstum und einem Siegeszug kapitalistischer Verhältnisse in der Ökonomie geprägt. Dennoch ist die Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse kein Prozess

³⁷⁵ Scharinger: Geschlechterverhältnisse bei Marx und Engels, a.a.O., S. 328.

³⁷⁶ Gerstenberger: Die subjektlose Gewalt, a.a.O., S. 514. Hervorhebung im Original

³⁷⁷ Hirsch: Materialistische Staatstheorie, a.a.O., S. 23. Hervorhebung von mir, J.P.

nur auf der ökonomischen Ebene, sondern bedarf auch politischer Rahmenbedingungen und Maßnahmen. Gerade die historische Analyse hat verdeutlicht, dass diese beiden Ebenen allerdings ineinander greifen, wobei der Ökonomie die determinierende Rolle zukommt. So kam es trotz einer *nicht* vollständigen Entpersonalisierung von Herrschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur „Takeoff“- und ersten Boom-Phase des Kapitalismus. Auf Grundlage der damit verbundenen weiteren Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse und ihrer noch stärkeren Dominanz konnte sich auf der politischen Ebene eine weitere Entpersonalisierung von Herrschaft vollziehen, sich die bürgerliche Staatsgewalt weiterentwickeln und stabilisieren.

Gerstenberger spricht im obigen Zitat zwar richtigerweise von einer Dominanz kapitalistischer Verhältnisse (und nicht von ihrer vollen Durchsetzung), aber sie sieht eine solche Dominanz nur als möglich an, *nachdem* die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind. Damit verlässt sie letztlich, wie ich weiter oben bereits argumentiert habe, die Grundlage einer (historisch-)materialistischen Erklärung und erhebt die Politik zur determinierenden Instanz. So kann sie unterm Strich ihren eigenen Anspruch, den verschiedenen Entwicklungsdynamiken unterschiedlicher Strukturtypen Rechnung zu tragen, nicht einlösen. Auf Grundlage der Marxschen *Kritik der Politischen Ökonomie*, die sie ja (zumindest) nicht ablehnt, ist es aber wohl gerade auch der expansive Charakter der kPw, der ihre spezielle Dynamik ausmacht.

4. Zum Verhältnis von materialistischer Staatstheorie und bürgerlichen Revolutionen

„Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen [...] stammt her aus der Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisiegesellschaft als eine mächtige Waffe in ihrem Kampf gegen den Feudalismus diente. [...] In dem Maß, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft.“³⁷⁸

Insgesamt haben wir gesehen, dass die Etablierung kapitalistischer Verhältnisse, auch auf politischer Ebene in Form eines bkS, kein einmaliger Akt war. Vielmehr war es ein widersprüchlicher Prozess mit ungleichzeitigen und kombinierten Entwicklungen in ökonomischen, staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen. Ein althusserianischer Verweis darauf, dass die Widersprüche auf ökonomischer Ebene *überdeterminiert* waren/sind, hilft uns hier auch nicht viel weiter. Einer solchen allgemeinen Aussage gegenüber war es notwendig konkreter zu zeigen, wann was wie worauf einwirkte – und mit welchen Effekten. In diesem abschließenden Teil soll es nun darum gehen, diese Einwirkungen zu verallgemeinern und die historische Analyse mit den (staats)theoretischen Aspekten zusammenzubringen.

Es sollen hier also die bisher diskutierten Punkte zusammengeführt und zusammenfassend diskutiert werden. Zu Beginn steht dabei eine Auseinandersetzung mit Überlegungen zum *Bonapartismus* bei Marx und Engels, denn in der Bonapartismusdiskussion laufen verschiedenen Diskussionspunkte und Seiten der Debatte zusammen. Dabei werden einerseits Fragen, wie sie sich im Zuge der Beschäftigung mit bR ergeben, andererseits aber auch allgemeine staats-theoretische Fragen aufgeworfen – und mit einander in Zusammenhang gebracht. Danach werde ich die Bedeutung des Bonapartismus im Hinblick auf die Fassung der bR und der mSt diskutieren. Am Ende werde ich dazu übergehen nach den staats-theoretischen Implikationen der Bonapartismustheorie zu fragen, um schließlich auf die allgemeinen Ergebnisse dieser Arbeit für die mSt zu kommen.

4.1. Bonapartismustheorie

4.1.1. Einleitende Überlegungen

Als ein grundsätzliches Problem ergibt sich zunächst, dass es keinen wirklich einheitlichen Begriff des *Bonapartismus* gibt, sondern darunter verschiedene Regime/Regierungstypen und

³⁷⁸ Marx: Bürgerkrieg in Frankreich, a.a.O., S. 336

politische Phänomene gefasst werden. Als grundsätzliche Annäherung an die marxistische Bonapartismuskonzeption können jedoch zwei Elemente herausgestellt werden: die Verselbstständigung der Exekutive, erstens, auf Grundlage eines Kräftegleichgewichts der Klassen, zweitens. Allgemein wird also die Frage behandelt unter welchen Bedingungen der Staat sich „über“ die Klassen erheben bzw. eine verstärkte Autonomie erhalten kann und welche Schlussfolgerungen daraus für den Charakter des Staats allgemein, sowie konkrete Ausformungen, gezogen werden müssen.

Die Beschäftigung mit Bonapartismus bei Marx und Engels muss als Reaktion auf konkrete politische Ereignisse und sich daraus ergebender Fragestellungen gesehen werden. Wippermann identifiziert bei Marx und Engels zwei verschiedene Staatsverständnisse: auf der einen Seite ihre „klassische“ Geschichts- und Staatstheorie, wie sie gerade im *Kommunistischen Manifest* zum Ausdruck kommt, in der der Staat das bloße Instrument der herrschenden Klasse ist. Auf der anderen Seite ein heteronormistisches Verständnis, das gerade in der Diskussion um Bonapartismus entwickelt wurde und von einer relativen Autonomie des Staats und der Möglichkeit einer Verselbstständigung ausgeht. Eine zentrale These von Wippermann lautet, dass konkrete historische Ereignisse, gerade das Regime unter Napoleon III., eine Herausforderung für das „klassische“ Staatsverständnis dargestellt und eine Revision dieses notwendig gemacht hätten; deswegen stellen die Bonapartismusschriften auch eine Art Gelenk dar.³⁷⁹ Auch wenn ich mich Wippermanns doch recht strikter Gegenüberstellung so nicht anschließen kann³⁸⁰, hat er sicherlich damit Recht, dass gerade das Regime von Napoleon III. eine theoretische Herausforderung dargestellt hat; einige Fragestellungen wurden sehr konkret aufgeworfen und verlangten nach einer genaueren theoretischen Bearbeitungen und Erklärung.

Insgesamt sind die bonapartismustheoretischen Analysen bei Marx und Engels vielschichtig und beziehen sich auf eine Reihe unterschiedlicher Regime und Phänomene. Dabei ist es notwendig zwei unterschiedliche, wenngleich auch zusammenhängende Dimensionen dieser Debatte zu differenzieren: einerseits Bonapartismus als spezifische historische Form von Regimen (also die Fassung bestimmter historischer Phasen und Entwicklungen), andererseits Bonapartismus als staats*theoretisches* Problem, als Herausforderung für die mSt und ihren Gegenstandsbereich allgemein (gerade hinsichtlich der Verselbstständigung des Politischen,

³⁷⁹ Wippermann: Die Bonapartismustheorie..., a.a.O., S. 7ff

³⁸⁰ An Wippermanns Gegenüberstellung würde ich kritisieren, dass er einerseits den theoretischen Bruch im Denken von Marx und Engels, wie er in der *Deutschen Ideologie* zum Ausdruck kommt, nicht sieht und daher seine Bestimmung des „klassischen“ Geschichts- und Staatsverständnisses bei Marx und Engels mangelhaft ist. Andererseits verkennt er den Charakter des *Kommunistischen Manifests*, das in erster Linie eine politische Propaganda- und Programmschrift und kein theoretisch-analytisches Werk ist.

die Ein- und Auswirkung von Klassenverhältnissen...). Werden diese zwei Dimensionen nicht erkannt und auseinander gehalten (als zwei unterschiedliche, wenn auch zusammenhängende Gegenstandsbereiche), kommt es entweder zur Reduktion von Bonapartismus auf historische Erscheinungen (damit wird die staatstheoretische Ebene weitgehend ausgeblendet) oder dem Übergehen bzw. falschen Einbetten von wesentlichen theoretischen Problemen der mSt (etwa, dass aus den historischen Bonapartismen auf die *allgemeine* Möglichkeit zur Verselbstständigung der Exekutive geschlossen wird).³⁸¹

Schwierigkeiten ergeben sich freilich daraus, dass es bei Marx und Engels keine fertig ausgearbeitete Theorie des Bonapartismus und auch keine systematische Verknüpfung dieser Überlegungen mit ihren allgemeinen staatstheoretischen Ausführungen gibt. Eine tiefgehende und differenzierte Diskussion des Begriffs und der Theorie kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Außerdem wird es nicht möglich sein die historische Analyse von Marx und Engels, in denen sich ja wesentliche Überlegungen zum Bonapartismus finden, auf ihre historische Richtigkeit zu überprüfen.³⁸² Ich werde mich im Folgenden daher auf allgemeinere theoretische Fragestellungen konzentrieren. Zunächst werde ich mich mit der „historischen“ Dimension auseinandersetzen, also den historischen bonapartistischen Regimen. Ich werde argumentieren, dass diese allgemein am besten als „Regime des Übergangs“ gefasst werden. Diese Auseinandersetzung soll auch helfen, die bR besser und tiefgehender erfassen zu können – gerade auch hinsichtlich des Verhältnisses von Politik und Ökonomie. Danach können allgemeinere staatstheoretische Implikationen diskutiert werden; gerade welche Rolle eine Theorie des Bonapartismus in einer materialistischen Theorie des Staats einnehmen könnte/sollte.

Die Diskussion hier wird sich an folgenden Fragen orientieren: Wie gilt es die historischen bonapartistischen Regime einzuschätzen? Welche Rückschlüsse können daraus für eine mSt gezogen werden und welche für die Bestimmung des Verhältnisses von Theorie und Historie? Wie sieht es mit der (relativen) Autonomie des Staats aus? Wie weit geht diese bzw. kann diese unter bestimmten Umständen gehen? Woran muss fest gemacht werden, dass eine bestimmte Klasse (direkt) die politische Macht besitzt? Wie hängt das mit dem Klassencharakter des Staats zusammen? Wie sieht es mit dem Verhältnis von „Verselbstständigung“ und „Normalzustand“ des Staats aus? Hier werden also einige Fragen, die im bisherigen Verlauf der Arbeit aufgeworfen worden sind, wieder auftauchen: Wie muss

³⁸¹ Für eine Auseinandersetzung mit dieser Problematik, unter dem Begriff „Etatismus“, siehe: Jessop, Bob: Etatismus, in: derselbe: Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Argument 2007, Hamburg. S. 39-52

³⁸² Siehe dazu: Wippermann: Die Bonapartismustheorie..., a.a.O.

das Verhältnis von *politischer Form* und *Institution* konzipiert werden? Wie ist die Auswirkung von Kräfteverhältnissen auf den Staat zu fassen? Welche Chancen bietet das Konzept der *Verdichtung* und welche Grenzen hat es? Kann als *Staat* nur dessen bürgerlich-kapitalistische Form bezeichnet werden oder kann dieser und dessen Etablierung nicht nur vor dem Hintergrund der Existenz und Kontinuität von Staatlichkeit begriffen werden? Dadurch ergeben sich auch eine Reihe von methodischen Fragen: Können bonapartistische Regime überhaupt als Ausnahmen zum Normalzustand gesehen werden? Wie sieht dieser dann aus und wie kommen wir überhaupt zur Definition der politischen Form? Besteht nicht die Gefahr, dass historische Entwicklungen in ein abstraktes theoretisches Konzept gezwängt werden und so ihre eigenständige Bedeutung verlieren? Hier wird sehr gut deutlich, wie stark in der Bonapartismustheorie und ihren Fragestellungen die verschiedenen Seiten und Punkte von staatsrechtlichen Debatten zusammenlaufen.

Meine **Hypothese** für dieses Kapitel ist, dass bei Marx und Engels die Auseinandersetzungen mit Bonapartismus vor allem eine Auseinandersetzung mit widersprüchlichen historischen Regimen (zum Zeitpunkt noch nicht voll entwickelter kapitalistischer Strukturen und Verhältnisse) ist. Darin behandelte Probleme betreffen also gerade auch den Themenkomplex bR und allgemein die Etablierung von kapitalistischen Verhältnissen (auf ökonomischer und politischer Ebene). Auch wenn sich die Ausführungen bei Marx und Engels vor allem auf historische Entwicklungen beziehen, haben sie auch allgemeinere staatsrechtliche Implikationen: die Beschäftigung, erstens mit den Bedingungen unter denen sich eine Verselbstständigung des Staats vollziehen kann; zweitens mit dem Zusammenhang und Verhältnis des Entwicklungsstands von gesellschaftlichen Strukturen und Klassen(verhältnissen) auf der einen Seite und Charakter und Form des Staats auf der anderen Seite.

Nach dem bisher Gesagten ist klar, dass die Bonapartismustheorie eine zentrale Rolle in der materialistischen staatsrechtlichen Diskussion einnimmt. Eigentlich muss es jedoch heißen: eine zentrale Rolle in der materialistischen staatsrechtlichen Diskussion *müsste* die Bonapartismustheorie einnehmen. In wichtigen Debatten der mSt wurde ihr nämlich so gut wie keine Beachtung geschenkt.³⁸³ Hier werden wir auf mehrere Mängel der vorherrschenden Diskussion aufmerksam gemacht: die weitgehend fehlende allgemeine Auseinandersetzung mit staatsrechtlichen Überlegungen bei Marx und Engels selber, eine unzureichende Behandlung des *methodischen* Problems der Verknüpfung von abstrakten staatsrechtlichen

³⁸³ Vgl. ebd., S. 18ff. Gerade in jüngeren Debatten der mSt wird sie kaum behandelt. Am meisten wurde die Bonapartismustheorie noch in der historischen „marxistischen“ ArbeiterInnenbewegung diskutiert – doch auch diese Debatten finden kaum eine Rezeption in der aktuellen Diskussion.

Überlegungen und konkreten Analysen und, last but not least, kaum vorhandene konkret-historische Analysen. Dabei kommt den Ausführungen zum Bonapartismus gerade im Werk von Marx und Engels, aber auch in der mSt allgemein, wie ich zu zeigen versuchen werde, eine Art Gelenksfunktion zu: sie stellen ein Bindeglied zwischen konkret-historischen Analysen und allgemeinen staatsrechtlichen Überlegungen dar und können so auch dabei helfen die verschiedenen staatsrechtlichen Seiten und Elemente bei den „Klassikern“ auf ihre Vereinbarkeit zu überprüfen und somit Grundachsen einer Staatstheorie bei Marx und Engels zu rekonstruieren.³⁸⁴

4.1.2. Bonapartismus als „Regime des Übergangs“

Bei Marx und Engels beginnt die Bonapartismusdiskussion erst in den 1850ern, aber insgesamt gab es ähnliche Diskussionen schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; diese waren dort stark mit dem Regime Napoleon I. verbunden. Die Gründe warum sich Marx und Engels erst seit dem Regime Napoleon III. mit Bonapartismus ausführlicher auseinandergesetzt haben liegen auf der Hand: sie haben sich erst mit der Zeit immer dezidierter mit politischen Fragestellungen und Problemen auseinandergesetzt. Das *Kommunistische Manifest* steht hier sowohl inhaltlich als auch symbolisch gewissermaßen für eine neue Phase: vor dem Hintergrund eines politischen Programms kam politisch-strategischen Fragestellungen und damit auch politischen Analysen eine größere Bedeutung zu. Dort werden außerdem sehr starke Annahmen getroffen, die, so wie Wippermann betont, durch die konkreten historischen Ereignisse teilweise in Frage gestellt wurden (zumindest in dieser dezidierten Form).

Insgesamt darf die Diskussion über Bonapartismus aber nicht auf Napoleon III. reduziert werden. So behandeln Marx und Engels mit dem Begriff Bonapartismus und der dahinter liegenden Problematik ebenso andere Regime. Und auch bei anderen Theoretikern taucht dieser Begriff, oder synonyme Begriffe wie Caesarismus, Despotismus und Empire, für die Analyse verschiedener Regierungen und Regierungsformen auf.³⁸⁵ Bonapartismus tritt dabei vor allem als ein „Phänomen des Übergangs“ auf. Es handelt sich (in den meisten Fällen) um Regime, die in der Phase der bR (bzw. wenn das Ende dieser Phase mit 1848 terminiert wird, dann unmittelbar danach) auftreten, also einer Phase von widersprüchlichen Konstellationen auf politischer und ökonomischer Ebene – und sie spielen in dieser Situation ebenso eine besondere Rolle.

³⁸⁴ Vgl. ebd., S. 21

³⁸⁵ ebd.

Was ist im Zeitraum 1789-1848 passiert? Grundsätzlich kann beobachtet werden, dass das Programm der Französischen Revolution in den Jahren danach nicht vollständig verwirklicht wurde. In dieser Phase spielte das Regime von Napoleon I. in Frankreich selbst eine ganz besondere Rolle. In Frankreich selbst wurden zwar einige Fortschritte der Revolution stabilisiert und verankert, gleichzeitig auch etliche Errungenschaften zurückgenommen. Im restlichen Europa sorgte Napoleon für eine Art „Revolutionsexport“ und seine Kriege waren ein wesentlicher Faktor für die Neugestaltung der europäischen Landkarte. In anderen europäischen Ländern kam den (neo-)absolutistischen Regimen eine nicht unähnliche Rolle zu. Den Hintergrund dafür stellten die besonderen Konstellationen auf ökonomischer und politischer Ebene dar: die kPw dominierte zusehends die ganze Gesellschaftsformation, durchaus auch über die internationale Ebene; feudale „Überreste“ spielten dennoch eine gewichtige Rolle und standen einer Verallgemeinerung kapitalistischer Verhältnisse entgegen und verlangsamten diesen Prozess; die Französische Revolution hinterließ ihre Spuren, sowohl durch reale Veränderungen als auch durch den Wandel des politischen Klimas; die Bourgeoisie war (noch) nicht in allen Ländern zur tatsächlich dominanten Klasse geworden; gleichzeitig wurde das Proletariat zu einer immer bedeutenderen Klasse und agierte zusehends als eigenständiger Akteur.

Viele dieser Probleme waren auch nach 1848 noch nicht gelöst, auch wenn sie sich dort in anderer und spezifischer Weise stellten. Wenn ich also hier vom Bonapartismus als „Regime des Übergangs“ spreche ist damit nicht intendiert, dass es sich von Ende des 18. bis Ende des 19. Jahrhunderts um eine gleichförmige Übergangsphase gehandelt hätte. Zu bestimmten Phasen waren bestimmte Widersprüche vorherrschend, andere lösten sich (teilweise) auf und konnten durch neue politische Formen und vor dem Hintergrund sich verändernder gesellschaftlicher Kräftekonstellationen anders bearbeitet werden. Dennoch war diese Phase insgesamt jene des widersprüchlichen Prozesses der weitgehend vollständigen Entwicklung und Etablierung kapitalistischer Verhältnisse; sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht.

Bei der Fassung dieser Prozesse kann uns die von Engels in den 1880ern vorgenommene Verallgemeinerung der Überlegungen von Marx und ihm zum Bonapartismus helfen. Er kommt zur Erkenntnis, dass dieser allgemein die Funktion einnimmt eine „Revolution von oben“ durchzuführen.³⁸⁶ Wichtig ist auch die Feststellung, wie sie an mehreren Stellen geäußert wird, dass der Bonapartismus in einer Traditionslinie mit der Revolution von 1789 steht. Mit dieser Verknüpfung gelingt, meiner Ansicht nach, ein wesentlicher theoretischer

³⁸⁶ ebd., S. 66

Schritt: die Einbettung der bonapartistischen Regime in die widersprüchliche Gesamtsituation Mitte des 19. Jahrhunderts, oder allgemeiner in die Phase der bR. Zwar war die Macht der feudalen Klassen gebrochen, doch war die Bourgeoisie zu schwach bzw. das Proletariat bereits zu stark, um eine „geordnete“ Vollendung der bR, in dem Sinne, dass die Bourgeoisie als Klasse ein revolutionäres Programm exekutierte und die Umgestaltung der Gesellschaft durchführt, zu ermöglichen. Wippermann fasst es treffend zusammen:

„Tatsächlich hat das Empire in vielen Bereichen das ‘Programm der Revolution’ exekutiert. Es hat soziale und ökonomische Funktionen ausgeübt, zu deren Erfüllung die französische Bourgeoisie weder willens noch in der Lage war. Der bonapartistische Staat hat eine modernisierende Politik betrieben, die zwar dem ökonomischen und sozialen Interesse der französischen Bourgeoisie als Klasse entsprach, jedoch häufig mit den Wünschen und Bestrebungen der einzelnen konkreten Bourgeoisfraktionen kollidierte. Napoleon III. konnte eine derartige soziale und ökonomische Funktion erfüllen, weil sich sein Regime gegenüber den Klassen, Schichten und Parteien der französischen Gesellschaft weitgehend verselbständigt hatte.“³⁸⁷

Zwar wird hier vor allem das Regime Napoleon III. behandelt, aber dennoch wird die grundsätzlich widersprüchliche Rolle der Bourgeoisie in dieser gesamten Phase des Umbruchs angesprochen. Allerdings wies das Regime von Napoleon III., das mit „innovation et réaction“ charakterisiert werden kann, in mehrerlei Hinsicht Besonderheiten auf. Es war das Ergebnis der Französischen Revolution und der Entwicklungen in der Phase danach; gerade auch auf gesamteuropäischer Ebene. Wippermann beschreibt es folgendermaßen: der Bonapartismus

„[...] entstand in einem Land, das im Vergleich zu England einen bedeutenden ökonomischen Rückstand aufwies. Doch gerade weil es ihm gelang, diesen Rückstand weitgehend aufzuholen, ohne daß es dabei zu einer solchen sozialen Not wie in England und zu solchen sozialen Spannungen wie während der II. französischen Republik kam, konnte diese Staatsform zum Vorbild für Länder werden, die später als England den Prozeß der Modernisierung beginnen und fortsetzen mußten. Da der Parlamentarismus sich in Frankreich als unfähig erwiesen hatte, die Konflikte zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie auszugleichen, und da er den Ansprüchen der Arbeiterschaft nur mit extrem repressiven und risikoreichen Methoden begegnen konnte, entsprach der Bonapartismus den politischen und wegen seiner erfolgreichen sozialen und ökonomischen Funktion auch den ökonomischen Interessen der Bourgeoisie insgesamt.“³⁸⁸

Die Analyse der bonapartistischen Regime verweist auf einen Punkt den Gerstenberger stark macht: die eigene Entwicklungsdynamik bestimmter „Strukturtypen“ und die Schwierigkeiten im Umgang mit der Trennung der Bereiche „Politik“ und „Ökonomie“. Um den Prozess des Übergangs von feudalen zu kapitalistischen Gesellschaften zu verstehen ist es unumgänglich den widersprüchlichen Charakter der bonapartistischen Regime hinlänglich zu erfassen. Gerstenbergers Intervention macht auf einen wichtigen Umstand aufmerksam: die Phase der

³⁸⁷ ebd., S. 65f

³⁸⁸ ebd., S. 73

bR sind ein komplexer und widersprüchlicher Prozess mit der Durchsetzung von neuen Logiken auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Hier bietet ihr Ansatz sicherlich etliche positive Aspekte – gerade gegenüber verkürzten und mechanischen Vorstellungen. Allerdings, wie ich zu zeigen versucht habe, haben ihr Konzept der *Ancien Régime*, als eigenständiger Strukturtyp, und ihre Vorstellung der Entstehung von *bürgerlichen* Staaten, aufgrund von ganz spezifischen Auseinandersetzungen auf Grundlage des Rahmens der *Ancien Régime*, sehr weitreichende Konsequenzen. Sie führen letztlich zu einer völlig eigenständigen Theorie der bR sowie der Entstehung von Kapitalismus und bürgerlichem Staat; dabei fällt der Blick auch nur mehr „nebenbei“ auf die ökonomische Ebene und die dort produzierten Veränderungen und Widersprüche.

Ich habe vorgeschlagen, die bonapartistischen Regime als „Regime des Übergangs“ zu fassen, da somit der widersprüchliche Charakter dieser Übergangsperiode, sowie auf politischer Ebene die spezifischen Anforderungen und Möglichkeiten, erfasst werden können. Gerstenbergers Konzeption zielt jedoch genau auf etwas Gegenteiliges ab: die Fassung dieser historischen Periode als *eigenständiger* Strukturtyp, mit multiplen Entwicklungsmöglichkeiten, und nicht als widersprüchliche und spezifische *Übergangsperiode*. In ihrem Konzept finden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe um eine bürgerliche Form der Politik und des Staats daher auch in einem gänzlich anderen Kontext statt. Die Auseinandersetzung mit den Thesen von Gerstenberger kann jedoch dabei helfen, einerseits, mehr Sensibilität gegenüber verkürzten Annahmen von (über)historischen Entwicklungsdynamiken an den Tag zu legen und, andererseits, die Notwendigkeit der genaueren Bestimmung des *Übergangscharakters* der Phase der bR und der bonapartistischen Regime, und worin dieser begründet liegt, zu verstehen.

Im Anschluss daran stellen sich nun einige Fragen, die ich im Folgenden diskutieren werde: Ist das Auftauchen von bonapartistischen Regimen an diese spezifische Phase des 19. Jahrhunderts (oder allgemeiner: an die Phase des Übergangs von Feudalismus zu Kapitalismus) gebunden? Handelt es sich bei der „Verselbstständigung der Exekutive“ nur um die/eine „normale“ Art/Form des bkS oder doch um einen „Ausnahmestand“? Oder sogar um eine eigene Staatsform? Wie soll/kann die relative Autonomie des bkS grundsätzlich bestimmt werden? Welche Rolle spielt dabei das „Kräftegleichgewicht“ zwischen Klassen? Welche allgemeinen Schlussfolgerungen können für die mSt daraus gezogen werden?

4.2. Bonapartismus, bürgerlicher Staat und bürgerliche Revolutionen

„[...] die mit dieser Produktionsweise zusammenhängende und von ihr erzeugte Verkehrsform, also die bürgerliche Gesellschaft in ihren verschiedenen Stufen, als Grundlage der ganzen Geschichte aufzufassen und sie sowohl in ihrer Aktion als Staat darzustellen“³⁸⁹

Nun sollen die Überlegungen, die im Kapitel über Bonapartismus aufgeworfen worden sind, mit den Bereichen Staatstheorie und bR zusammengebracht werden. Ich werde dabei einige Diskussionspunkte, die bereits weiter oben aufgeworfen worden sind, wieder aufgreifen und versuchen diese nun ausführlicher, vor dem Hintergrund aller bisheriger Kapitel, zu diskutieren.

4.2.1. Methodische Überlegungen

Dabei stellt sich zunächst einmal das allgemeine, methodische Problem, wie denn die Prozesse und Veränderungen in der Phase der bR hinlänglich erfasst und bestimmt werden können. Die Auseinandersetzung mit den bR selber hat ergeben, dass es einen abstrakten, theoretischen Referenzpunkt braucht um die sich vollziehenden Veränderungen in ihrer Bedeutung und Tragweite überhaupt einordnen und verstehen zu können. Wenden wir uns nun zusätzlich dem Themenbereich mSt zu, stoßen wir auf ähnliche Probleme: um die Veränderungen auf der Ebene des Politischen im Zuge der bR, oder allgemeiner: der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse, überhaupt hinlänglich verstehen zu können, muss theoretisch bestimmt werden, welche spezifische Form das Politische in kapitalistischen Gesellschaften annimmt. Wird auf diese „Staatsableitung“ verzichtet, wird es unmöglich, die vor sich gehenden Veränderungen in Politik und Ökonomie, sowie ihren Zusammenhang und ihre gegenseitige Beeinflussung, analytisch zu bestimmen (und nicht nur beschreibend darzustellen) – die geschichtliche Entwicklung wäre demnach ein Prozess mit einem relativ zufälligen und letztlich beliebigem Zusammenspiel verschiedener Faktoren und gesellschaftlicher Ebenen. Hier wird wiederum deutlich, wie notwendig es ist über solide theoretische und methodische Grundlagen zu verfügen – und sich dieser Diskussion auch zu stellen. Somit ist auch klar, dass es, um überhaupt „Ausnahmestände“ bzw. andere, eigene Staatsformen ausmachen zu können, notwendig ist, die spezifische Form des bkS zu bestimmen.

Klarerweise besteht die Gefahr, dass, da auf einer abstrakten Ebene Bestimmungen vorgenommen werden, die historische Betrachtung und die konkrete Geschichte dann nur im Nachhinein in dieses Gerüst „eingepasst“ werden. Damit wäre freilich die eigenständige

³⁸⁹ Marx/Engel: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 37. Hervorhebung von mir, J.P.

Bedeutung der historischen Entwicklung und ihr Stellenwert für theoretische Analysen über Bord geworfen. Es ist also notwendig, sich in der theoretischen Bestimmung auf Grundachsen zu beschränken, sich dann der historischen Analyse zuzuwenden, diese vermittelt dieser theoretischen Grundachsen zu interpretieren und am Ende allgemeine theoretische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die historische Analyse ist notwendig um zu zeigen, welche *reale* Ausformung/Organisation der bkS annimmt, dass und wie sich die abstrakte Bestimmung der *Form* in der *Institution* niederschlägt. Daraus lassen sich wiederum Rückschlüsse ziehen, welche nun als die grundlegenden Eigenschaften der spezifisch bürgerlich-kapitalistischen Form anzusehen sind. Erst so können wir erkennen, welche Wirkung und Bedeutung die, aus der abstrakten Analyse der Strukturbedingungen gewonnene, spezifisch bürgerlich-kapitalistische Form in der realen gesellschaftlichen Praxis annimmt bzw. annehmen kann. So kann dann wiederum verdeutlicht werden, wie das Verhältnis von Form und Institution aussieht und wie das Verhältnis von konkret-historischen Prozessen und Entwicklungstendenzen, die sich durch die spezifische Formbestimmung ergeben, grundsätzlich begriffen und konkret-historisch bestimmt werden kann. Dabei erhalten wir auch Auskunft über die Grenzen der Veränderbarkeit des bkS und inwiefern die Formbestimmung hier „determiniert“.

Wird auf eine Staatsformanalyse verzichtet ergeben sich einige Probleme. So könnte etwa der Charakter der bonapartistischen Regime nicht geklärt werden und es wäre unmöglich, das „Auftauchen“ von bürgerlicher Staatlichkeit in der geschichtlichen Entwicklung festzustellen. Es wäre auch unmöglich, die konkret-historischen Ereignisse und Veränderungen – in ihrer Bedeutung und hinsichtlich der ihr zugrunde liegenden Triebkräfte – überhaupt einordnen zu können: Letztlich müsste man/frau sich mit einer unmittelbar aus der Geschichte deduzierten „Theorie“ des Politischen, die dann eben keine Theorie wäre, zufrieden geben.

4.2.2. Staat = bürgerlich-kapitalistischer Staat?

Hier wird nun auch klarer, dass Poulantzas' – wie auch Gerstenbergers – Ansatz von grundsätzlichen Widersprüchen geprägt ist: sie gehen zwar davon aus, dass von „Staat“ nur im Bezug auf den bkS gesprochen werden kann, es bleibt aber völlig unklar, woran der Unterschied zur Organisation des Politischen in nicht-kapitalistischen Klassengesellschaften festzumachen sei. Dass dieser Unterschied in der relativen Trennung des Politischen von der Ökonomie liegt, ist zwar richtig, aber im Rahmen von Poulantzas' Ansatz müsste man/frau sich mit dieser *allgemeinen* Bestimmung begnügen – diese Bestimmung fände ihren Ausdruck nicht in einer spezifischen Form der Organisation des Politischen. Es wäre völlig unklar, wo

und wie der bkS in der historischen Entwicklung auftaucht, woran diese relative Trennung überhaupt festzumachen sei und wo und wie sie sich materialisiert.

Nun wird auch deutlich, dass die Ablehnung der Anwendung des Begriffs „Staat“ auf alle Formen der Organisation von politischer Herrschaft in Klassengesellschaften zu Schwierigkeiten in der Analyse der Durchsetzung des Kapitalismus, der bR und der Etablierung bürgerlicher Staatlichkeit führen muss. Da die Analyse nicht von einer Kontinuität von Staatlichkeit, mit Veränderungen in der grundlegenden Formbestimmung, ausgeht, muss bei einer solchen engen Staatsdefinition dann folgerichtig der Bestimmung des historischen Zeitpunkts, an dem entpersonalisierte Staatsgewalt auftaucht, die entscheidende Rolle zufallen. Es müsste dann vor allem festgehalten werden können, ab welchem Zeitpunkt die politische Herrschaft einen entpersonalisierten Charakter angenommen hat – da eben nicht von einem widersprüchlichen Prozess mit grundsätzlichen Entwicklungstendenzen, mit Kontinuitäten und Brüchen, ausgegangen werden kann.

Dessen Etablierung wäre dann nur durch einen konzentrierten, bewussten Akt möglich, der vor allem die Umgestaltung der politischen Apparate bzw. den Aufbau von neuen Staatsapparaten und die Ersetzung der alten, abzielen müsste. Die historische Analyse hat jedoch vielmehr gezeigt, durch welche Widersprüche die Phase der bR geprägt war und welche Rolle (noch) nicht (vollkommen) bürgerlich-kapitalistische Staatlichkeit für die Etablierung kapitalistischer Verhältnisse gespielt hat. Weiters wurde deutlich, dass es für die vollständige Etablierung bürgerlicher Verhältnisse einen gewissen Entwicklungsgrad kapitalistischer Strukturen braucht.

Als ein weiteres Problem ergibt sich, dass der bkS, aufgrund seiner relativen Autonomie, als etwas *qualitativ* anderes als andere „Staats“formen konzipiert wird. Diese enge Staatsdefinition schlägt sich folgerichtig in der politisch-strategischen Ausrichtung nieder: bei Poulantzas wird unter Strich mit Hilfe dieser (relativen) Autonomie die Möglichkeit der Transformation von Staatlichkeit begründet. Das verkennt jedoch was Staat in allen Gesellschaften war/ist: „eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht [...], die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‘Ordnung’ halten soll“.³⁹⁰

4.2.3. Was bedeutet *Form* überhaupt? Form und Inhalt

Gehen wir zunächst noch einmal zu Gerstenbergers Kritik an der Staatsableitung zurück. Im Anschluss daran habe ich die Schlussfolgerung gezogen, dass sie zwar in einigen Kritikpunkten durchaus Recht hat, diese aber nicht gegen die Staatsableitung selbst, sondern

³⁹⁰ Engels: Der Ursprung..., a.a.O., S. 165

vielmehr für eine Überwindung der Schwächen und Problemen der konkreten Debatte sprechen. Sie trifft jedoch durchaus einen richtigen Punkt wenn sie schreibt: „Obwohl es in der Formanalyse darum gehen sollte, eine allgemeine theoretische Bestimmung *des* kapitalistischen Staats zu leisten, [...] die politische Form entwickelter kapitalistischer Gesellschaften des ‘Westens’ als strukturadäquat unterstellt worden ist.“³⁹¹ In Folge müsste die Staatsformanalyse in der historischen Analyse dann dazu führen, dass der Fokus nicht nur nicht auf die Bestimmung des Zeitpunkts der Etablierung bürgerlicher Staatlichkeit, sondern noch spezieller, den Zeitpunkt der Etablierung bürgerlicher Demokratie, gelegt würde. Eine solche Sichtweise würde allerdings weder der historischen Entwicklung entsprechen, noch würde sie das Potential der Staatsableitung für den Erkenntnisprozess ausschöpfen. Jedoch muss der Fehler, die Bestimmung der abstrakten Form aus der Betrachtung „westlicher“ bkS „abzuleiten“ oder zumindest zu stark mit dieser zu identifizieren, nicht zwangsläufig dem Unterfangen einer Staatsformanalyse anhaften.

Hier stoßen wir auf ein grundsätzliches Problem: das Verhältnis von Form und Inhalt – oder spezifischer für den Bereich Staatstheorie: das Verhältnis von Organisationsform der Staatsapparate und Klassencharakter der staatlichen Politiken. Dabei gilt es folgende zwei Positionen zu vermeiden: auf der einen Seite die zu enge Identifizierung der abstrakten Formbestimmung mit konkret ausgeformten Staaten („westliche“ Demokratien) bzw. die Reduzierung der Formbestimmung auf diese spezifischen Institutionen (wie es in der historischen Staatsableitungsdebatte durchaus vorgekommen ist); auf der anderen Seite die Verneinung eines Einflusses der Organisationsform auf den Charakter konkreter Politiken bzw. überhaupt die Ablehnung einer abstrakten Formbestimmung (wie es Poulantzas macht).

Nun wird auch schrittweise klarer was eine Formbestimmung überhaupt leisten kann und soll: die Verortung des Politischen im gesamtgesellschaftlichen Gefüge, im Sinne einer Analyse der gesellschaftlichen Strukturen und ihrer Dynamik, sowie der sich daraus ergebenden Beeinflussungen, oder stärker: Determinationen. Daraus ergeben sich dann auch Spezifika hinsichtlich Charakter und Form des Politischen. Oder wie Hirsch es formuliert: „Es geht also um die in den materiellen Produktionsverhältnissen liegenden Handlungsmöglichkeiten und –zwänge, die die politischen Institutionen und die politischen Prozesse der bürgerlichen Gesellschaft prägen, nicht um die Erklärung konkreter Staatsapparate oder einzelner politischer Systeme.“³⁹²

³⁹¹ Gerstenberger: Fixierung und Entgrenzung, a.a.O., S. 177. Hervorhebung im Original

³⁹² Hirsch: Herrschaft, Hegemonie..., a.a.O., S. 21

Der zentrale sich daraus ergebende Punkt ist die sich aus der Dynamik der kPw ergebende Notwendigkeit für eine relative Autonomie des Politischen und des Staats von allen Klassen. Die materiellen Zwänge und Widersprüche drängen tendenziell zur Etablierung und zum Erhalt dieser relativen Trennung der politischen von der ökonomischen Macht. Wie sehr diese verwirklicht werden kann und welche konkrete Ausformung sie annimmt ist Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse und Kämpfe; eine Garantie dafür gibt es nicht. Jedoch ist klar, dass eine zu enge Bindung der politischen Macht an die KapitalistInnenklasse oder einzelne ihrer Fraktionen letztlich in Konflikt mit den Dynamiken der kPw geraten und eine Reihe von Widersprüchen produzieren bzw. verstärken muss. Wie schnell das passiert bzw. welche Schwierigkeiten sich daraus ergeben ist wiederum durch eine Reihe von konkreten Faktoren abhängig. Das sind wohl die entscheidenden Punkte wenn Staat, allgemein wie konkret, auf die Klassenverhältnisse und -kämpfe, und damit auch auf die Dynamiken von Gesellschaften und Strukturen, bezogen wird.

Bürgerliche Demokratie ist nicht die einzige Ausformung bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit, sie ist nicht die einzige Ausformung, die diese relative Trennung annehmen kann. Sie verlangt, zumindest für eine stabile Existenz, nach einer starken Ausbreitung und Dominanz kapitalistischer Verhältnisse sowie einer weit entfalteten bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Sie ist aber auch Ergebnis konkreter gesellschaftlicher Prozesse und Kämpfe. Nach dem Gesagten wird deutlich, dass bürgerlich-kapitalistische Staatlichkeit weit mehr ausmacht als bürgerliche Demokratie. Außerdem wird ersichtlich, dass ein zentrales Element der Formbestimmung von bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit dessen relative Autonomie selbst ausmacht. Diese existiert jedoch klarerweise nicht abstrakt, sondern findet ihren Ausdruck erstens in bestimmten Zwängen und Beeinflussungen des Charakters des Politischen durch die ökonomischen Verhältnisse und zweitens in einer bestimmten Organisationsform der Staatsapparate.

Zur Erläuterung des ersten Punktes möchte ich vorschlagen, die Auffassung des bkS als *ideellem Gesamtkapitalisten* ins Zentrum zu stellen. Diese Funktion ist gerade Ausdruck davon, dass der bkS die *reale* Form des Politischen in der kapitalistischen Klassengesellschaft darstellt. Oder wie Engels es ausgedrückt hat: „Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat“³⁹³

³⁹³ Engels: Die Entwicklung des Sozialismus..., a.a.O., S. 223

Hinsichtlich des zweiten Punkts sehe ich die Bestimmung des Staats/der Staatsapparate als „aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende [...] Macht“³⁹⁴ als zentral an. Damit wird gerade auf den Verlust an Kontrolle und Einfluss der Gesellschaft im bzw. auf den Staat abgezielt und betont, dass die Herausbildung des Staats sich „[...] in der Herausbildung *besonderer* Körperschaften und Institutionen, die nicht mehr mit der Masse des Volkes zusammenfallen“ vollzieht.³⁹⁵

4.2.4. Staatlichkeit in der Übergangsphase der bürgerlichen Revolutionen

Werfen wir nun, vor dem Hintergrund der bisherigen Ergebnisse, erneut einen Blick auf die Staatlichkeit und ihren Wandel in dieser spezifischen Phase; dabei beschäftigen uns also erneut die bonapartistischen Regime. Der Fokus liegt dabei einerseits auf der Frage wo, wie und inwiefern die spezifisch bürgerlich-kapitalistische Form des Staats „auftaucht“ bzw. sich in konkreten Staatsapparaten zu materialisieren beginnt; andererseits auf dem Verhältnis und der gegenseitigen Beeinflussung von Politik und Ökonomie.

Die bonapartistischen Regime können als Ausdruck der widersprüchlichen Konstellationen in der Übergangsphase zwischen Feudalismus und Kapitalismus verstanden werden. Es hat sich gezeigt, dass diese Regime bereits als ideeller Gesamtkapitalist gewirkt haben, ohne jedoch (vollständig) eine bürgerlich-*demokratische* Staatsform angenommen zu haben. Dabei wird auch ersichtlich, dass es weder möglich noch sinnvoll ist den genauen historischen Zeitpunkt bestimmen zu wollen, an dem der bkS, als spezifische, klar abgegrenzte Staatsform, die historische Bühne betritt. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Verhältnis von Politik und Ökonomie. Am Beispiel der bonapartistischen Regime kann dieses einerseits in seiner konkreten Ausformung während dieser historischen Phase nachgezeichnet werden und andererseits können wir so Rückschlüsse auf einer allgemeinen Ebene ziehen.

Die determinierende Rolle der Ökonomie übersetzt sich auf die politische Ebene nicht direkt, jedoch durch materielle Zwänge und Widersprüche. In der Phase der bR waren gerade die Widersprüche zwischen der neuen und der alten Ordnung, die sich sowohl auf politischer wie ökonomischer Ebene zusehends verschärften, prägend. Diese Widersprüche konnten durch politische Handlungen nur bedingt und zeitweise zurückgedrängt werden, letztlich verlangten sie nach einer Auflösung. Der politischen Ebene kam nun aber nicht einfach die Rolle zu, die Veränderungen in „der Ökonomie“ nachzuvollziehen, sondern sie spielte eine eigenständige und aktive Rolle in der Ausgestaltung der materiellen Rahmenbedingungen und deren

³⁹⁴ Engels: Der Ursprung..., a.a.O., S. 165

³⁹⁵ Stojanovic: Die Entwicklung der..., a.a.O., S. 80. Hervorhebung im Original

Veränderung. Die politische Ebene, als Produkt von gesellschaftlichen Kämpfen, und damit nicht auf Struktur oder „die Ökonomie“ reduzierbar, war also durchaus von immanenter Bedeutung für die konkrete Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse. Sie war aber weder Auslöser dieser Prozesse, noch hätte sie diese – auf Dauer – aufhalten können.

Die Dynamik der materiellen Zwänge in der Übergangsphase der bR drängten auf politischer Ebene zum Agieren von staatlichen Strukturen, zu ihrem Eingreifen in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, als ideellem Gesamtkapitalisten – als der besten Art der politischen „Unterstützung“ für die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse. Hier wird deutlich, dass der Staat und das Politische allgemein von den gesellschaftlichen Strukturen, Anforderungen und Widersprüchen geprägt sind. In diesem Fall können wir sehen, dass die stärker werdenden und zusehends dominierenden kapitalistischen Verhältnisse ihren Ausdruck im Politischen finden. Sie können sich auch nur vermittelt durch politische Handlungen „voll“ durchsetzen.

Dabei kommt es zu einem Wandel von Staatlichkeit, der sich gerade in der Entpersonalisierung von Herrschaft und der Etablierung einer relativen Trennung der politischen von der ökonomischen Macht ausdrückt. Staaten sorgen prinzipiell – durch ihre strukturelle Stellung im gesellschaftlichen Ganzen – für die Wahrung der Klassenverhältnisse und der Verfeinerung der Ausbeutungsmechanismen. Mit dem Wandel allerdings zusehends weit weniger direkt, wie es der zentralen Aufgabe feudaler Staatlichkeit entsprach, als elementare Instanz in der Aufrechterhaltung der Klassenverhältnisse und der direkten Aneignung des Mehrprodukts. Die Dynamik der kPw und das Wertgesetz führen, gerade wegen der Versachlichung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen, sowohl zu einer Verlagerung der Reproduktion der Klassenverhältnisse auf die ökonomische Ebene selbst, als auch zu einer „indirekten“ Form der Aneignung des Mehrprodukts.

Die historischen bonapartistischen Regime können jedoch nicht als normale bzw. vollentwickelte Form bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit gesehen werden, waren sie doch gerade auch durch die Reste der alten Ordnung geprägt. Dabei wird ebenso deutlich, dass es sich hier sehr wohl um eine Kontinuität von Staatlichkeit gehandelt hat. Erhellend erscheint mir dabei die Bemerkung von Marx, dass sie die „Staatsmaschinerie nur verfeinert“ haben. So wird sowohl deutlich, dass der Wandel von Staatlichkeit Ergebnis von konkreten politischen Handlungen und Kräfteverhältnissen war, als auch, dass die Etablierung der bürgerlich-kapitalistischen Form von Staatlichkeit ein Prozess, mit einer gewissen Entwicklungstendenz, war. So kann auch verstanden werden, dass es durch die Existenz der bonapartistischen

Regime zu keiner grundsätzlichen Veränderung des Charakters des Staats gekommen ist, diese aber durchaus Ausdruck einer stärkeren Verselbstständigung des Politischen sind.

Ihre dominante Rolle, als politische Instanz gegenüber der Ökonomie, konnten sie nur durch eine Grundierung ihrer Staatsmacht, durch die Möglichkeit einer realen Ausübung von Macht, spielen. Es war dabei notwendig gegenüber allen Klassen, nicht nur gegenüber Bourgeoisie und Proletariat, sondern auch gegenüber der feudalen Klasse und der BäuerInnenschaft, eine relative Autonomie zu erlangen. Das war nur durch die Existenz eines staatlichen Zwangsapparats, der durchaus noch Elemente der feudalen Staatsapparate in sich trug und sich auf bestehende staatliche Strukturen stützen konnte, da es nicht möglich ist einen real wirksamen bkS mit einem einmaligen bewussten politischen Akt herzustellen, möglich. Staatlichkeit wirkt eben nicht durch ihre „bloße Existenz“, sondern durch eine Basis in der Gesellschaft und ihren Strukturen.

Die bonapartistischen Regime konnten ihre Funktion, als frühe und spezifische Form des ideellen Gesamtkapitalisten für die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse zu sorgen, gerade deshalb übernehmen, weil die politische Macht unter kapitalistischen Verhältnissen eben nicht mehr direkt mit der ökonomischen Macht zusammenfällt. Die bonapartistischen Regime hatten schon Elemente dieser relativen Trennung, trugen jedoch dennoch gerade den widersprüchlichen Konstellationen, dem bestehenden Kampf zwischen Elementen der alten und neuen Ordnung, Rechnung.

Hierin ist auch der Kern des Bonapartismus zu finden. Solche Regime verfügen über mehr Autonomie als ein „normaler“ bkS bzw. der bkS unter „normalen“ kapitalistischen Verhältnissen. Dabei wird auch deutlich, dass dieses „Über den Klassen“-Stehen nur vor dem Hintergrund spezifischer Konstellationen möglich ist und nicht als allgemeine Möglichkeit angesehen werden kann. Festzuhalten gilt es weiters, dass der Klassencharakter, trotz der erweiterten Autonomie, sich nicht verändert hat. Bei den historischen bonapartistischen Regimen war der Klassencharakter zwar nicht uneingeschränkt bürgerlich, aber dennoch war ihr politisches Wirken, *strukturell* eindeutig „kapitalistisch“ (mit allen Widersprüchen der Übergangsperiode).

Hier zeigt sich wiederum die Notwendigkeit für die Annahme einer spezifischen Form des Politischen im Kapitalismus: ohne Formanalyse wäre nicht zu bestimmen was die bonapartistischen Regime überhaupt sind und warum sie, trotz nicht „voll“ entwickelter kapitalistischer Verhältnisse, die Aufgabe der politischen „Unterstützung“ dieser Entwicklung erfüllten. Das wäre dann nur als Folge des Siegeszugs von bestimmten Vorstellungen und Ideen, im Sinne der Gewinnung einer „ideologischen“ Mehrheit in der Gesellschaft bzw. in

den Staatsapparaten, erklärbar – so wie es Gerstenberger letztlich vornimmt. Doch das entspricht weder einer historisch-*materialistischen* Analyse noch der historischen Realität. Und erst vermittels der Staatsformanalyse, die das Wirken des bkS als ideellem Gesamtkapitalisten erklären kann, wird es ermöglicht, den „kapitalistischen“ Charakter der bonapartistischen Regime zu bestimmen: es ist gerade nicht die Bourgeoisie, die direkt die politische Macht besitzt – und auch gar nicht besitzen muss – um „kapitalistische“ Maßnahmen umzusetzen, sondern diese sind vor allem Ausdruck struktureller Zwänge und Widersprüche.

Diese Analyse bestätigt, dass es einen abstrakten, theoretischen Referenzpunkt braucht um die bR – und das Wirken und die Veränderung von Staatlichkeit dabei – überhaupt adäquat erfassen zu können. Der widersprüchliche Charakter dieser Übergangsphase und jener der historischen bonapartistischen Regime kann hinreichend nur erfasst werden, wenn klar ist wohin die Reise geht. Deshalb bedarf es auch einer Bestimmung von historischen Entwicklungsdynamiken und Dynamiken unterschiedlicher *Produktionsweisen* – und nicht von „Strukturtypen“, in denen politische und ökonomische Momente zusammengeworfen werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: in der historischen Konstituierung kommen die Widersprüche der Etablierung der politischen Form des Kapitalismus, des Staats als ideellen Gesamtkapitalisten, zum Ausdruck. Die politische Form ist nicht das Ergebnis des historischen Prozesses, sondern vielmehr der kapitalistischen Verhältnisse selbst und durch diese bedingt und als Notwendigkeit konstituiert. Der historische Prozess bestimmt aber wesentlich die konkrete Ausformung dieser Form und den Weg ihrer Durchsetzung – und gibt dieser Form so erst eine Existenz.

4.2.5. Allgemeine staats-theoretische Lehren aus der Bonapartismuskussion

In diesem Abschnitt soll diskutiert werden, ob bzw. inwiefern es sich bei den bonapartistischen Regimen um singuläre historische Phänomene gehandelt hat bzw. welche allgemeinen Implikationen für die mSt sich daraus ergeben. Die Diskussion hier muss sich auf einige grundlegende theoretische Punkte beschränken; auf die Beschäftigung mit weiteren historischen Beispielen muss verzichtet werden. Im Zentrum stehen dabei die Bestimmung der relativen Autonomie des bkS und die Frage, ob bzw. inwiefern es sich bei bonapartistischen Regimen um „Ausnahmestände“ handelt und in welchem Verhältnis diese zum „Normalzustand“ des bkS stehen.

Mit Rückgriff auf Poulantzas' Konzept der *Verdichtung* könnte, nicht zu Unrecht, gefragt werden, ob es sich beim Bonapartismus nicht um eine spezifische Verdichtung eines Kräfteverhältnisses handelt. Die Antwort darauf lautet wohl Ja. Einerseits können wohl speziell bonapartistische Regime als Ergebnis (bzw. Verdichtung) „*eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat in spezifischer Form ausdrückt*“³⁹⁶ gesehen werden. Andererseits gilt es die grundlegenden Probleme mit dem Konzept der Verdichtung selbst zu bedenken: dabei wird der Staat als durch die politischen Kräfteverhältnisse *konstituiert* konzipiert – entsprechend seiner spezifischen Materialität (wobei diese Begrifflichkeit ungeklärt bleibt). So würde dann aus der Möglichkeit der Gewinnung einer besonderen Autonomie, dem „Über den Klassen“-Stehen des Bonapartismus, unter *bestimmten* Bedingungen (die abstrakt nur skizziert werden können und dann jedes Mal einer konkreten Analyse bedürfen) eine *allgemeine* Möglichkeit gemacht werden. Diese Position ist die logische Folge der Ablehnung einer Staatsformanalyse und dem Ineinanderfallen von abstrakter und konkreter Ebene bei Poulantzas.

Insgesamt zeigt sich, dass die Bonapartismuskonzeption gewissermaßen ein Prüfstein für die gesamte mSt ist, weil sie nach einer genauen theoretischen Begründung der relativen Autonomie des bkS verlangt. Dabei gilt es zwei problematische Positionen zu vermeiden: auf der einen Seite eine zu allgemeine, „grenzenlose“ Bestimmung der *relativen* Autonomie des bkS – dann könnte das entscheidende Wort *relativ* gestrichen und der bkS (bzw. allgemeiner: das Politische) als *grundsätzlich* autonom angesehen werden. Dann wäre Gesellschaft als loser, zufälliger Zusammenhang verschiedener, von einander unabhängiger Instanzen vorgestellt. Auf der anderen Seite führt eine „Unterbestimmung“ der relativen Autonomie des Politischen dazu, etwa wenn der Staat als Instrument in den Händen einer Klasse theoretisiert wird, dass, um bestimmte politische Maßnahmen oder Regime erklären zu können, sehr schnell von einem „Ausnahmestand“ gesprochen werden muss. Die Theorie des Bonapartismus würde dann sehr häufig zur Erklärung allerlei politischer Phänomene, die als nicht im unmittelbaren Interesse *der* KapitalistInnenklasse verstanden werden können, herangezogen werden müssen. Damit würde jedoch die grundsätzliche Funktion des bkS als ideellem Gesamtkapitalisten, seine Funktion als die reale Form des politischen Gemeinwesens in kapitalistischen Gesellschaften, nicht hinreichend verstanden werden.

Um diese zwei Positionen zu vermeiden, erscheint es mir auch notwendig, vorsichtig mit der Definition des Bonapartismus als „Ausnahmestand“ umzugehen. Bonapartistische Regime erfüllen vielmehr die „normalen“ Aufgaben des bkS – allerdings unter spezifischen

³⁹⁶ Poulantzas: Staatslehre, a.a.O., S. 159. Hervorhebungen im Original

Umständen. Damit der bkS in Zeiten eines Gleichgewichts zwischen den Klassen als ideeller Gesamtkapitalist agieren kann ist eine größere Autonomie notwendig – damit verändert sich aber nicht der Klassencharakter. In welchen Bezug zur Bonapartismustheorie kann nun die Staatsformanalyse gesetzt werden? An diesem Punkt wird wiederum deutlich, dass eine zu enge Formbestimmung, die (beinahe) Gleichsetzung von Form mit bürgerlicher Demokratie bzw. der Ausformung von Staatlichkeit im „Westen“, hier an ihre Grenzen stößt, denn bonapartistische Regime könnten so nur als tatsächlicher „Ausnahmestand“ konzipiert werden. Ich denke, dass sich auch in bonapartistischen Regimen wesentliche Elemente der Formbestimmung bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit niederschlagen: das Agieren als ideeller Gesamtkapitalist und das „Über der Gesellschaft“-Stehen des Staats.

Außerdem wird deutlich, dass Staaten, auch in einer bonapartistischen Ausprägung, die reale Form des politischen Gemeinwesens in der kapitalistischen Klassengesellschaft repräsentieren – allerdings mit spezifischen Ausprägungen aufgrund spezifischer Umstände. Die gesellschaftliche Basis bonapartistischer Regime stellt(e) in der Regel nicht die Bourgeoisie, sondern das KleinbürgerInnenentum dar. Darin kommt zum Ausdruck, dass gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Klassenkonflikte, Kämpfe und Widersprüche durchaus ihren Ausdruck im Staat finden – allerdings ohne dessen (Klassen-)Charakter grundlegend zu verändern. Als reale Form des politischen Gemeinwesens fällt dem bkS die Rolle zu die Probleme der gesamten kapitalistischen Gesellschaft zu bearbeiten und den Klassenkonflikt zu „[...] dämpfen, innerhalb der Schranken der ‘Ordnung’ [zu, Anm. J.P.] halten“³⁹⁷ – eben nicht nur, und nicht in erster Linie, in der Ausformung einer bürgerlichen Demokratie.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Bonapartismus *nicht* auf ein historisches Phänomen reduzierbar ist (obwohl die historischen bonapartistischen Regime klarerweise spezifische Eigenschaften vorzuweisen haben). Die Analyse des historischen Bonapartismus ermöglicht es zu sehen, dass es spezifische Umstände für die Erhöhung der relativen Autonomie des Staats braucht, diese jedoch nicht den grundlegenden Charakter des bkS verändert. Die Beibehaltung des Bonapartismusbegriffs im Rahmen der mSt macht also durchaus Sinn, verlangt aber nach einer genauen Auseinandersetzung, sowohl mit dem Bereich Bonapartismus selbst, als auch allgemein mit der Bestimmung der relativen Autonomie des bkS. Letztlich ist die „Richtigkeit“ des Bonapartismusbegriffs auch hier nicht ohne eine Analyse konkreter Regime, gewissermaßen die Überprüfung und Spezifizierung des Begriffs, zu erreichen.

³⁹⁷ Engels: Der Ursprung..., a.a.O., S. 165

4.3. Zu den Grundlagen materialistischer Staatstheorie – Ergebnisse

In vorliegender Arbeit wurden verschiedene Seiten der Debatte um mSt aufgeworfen und diskutiert. Zu Beginn habe ich mich den theoretischen und methodischen Grundlagen mSt gewidmet. Im weiteren Verlauf wurde, denke ich, deutlich, welche große Bedeutung diesen grundsätzlichen Fragen und damit der theoretischen und methodischen „Grundierung“ mSt zukommt. Als zentrale Elemente möchte ich folgende herausstellen: die Frage nach *Determination*, und damit im Zusammenhang die Verhältnisse von „Basis“ und „Überbau“ sowie von Struktur und Handlung; der Zusammenhang von Theorie und Historie (als „methodisches“ Problem), wobei besonders die Fragen, welche Rolle historische Betrachtungen für den Entwurf einer Theorie spielen können bzw. müssen und wo die Grenzen von Ausführungen auf theoretischer Ebene alleine sind, von Interesse waren.

Ich bin dabei zu den Ergebnissen gekommen, dass einer historisch-materialistischen Analyse die Annahme einer *determinierenden* Wirkung „der Ökonomie“ zu Grund liegen muss. Eine solche Annahme muss notwendigerweise aber auch eine genauere Bestimmung, worin diese besteht und wie sich diese auswirkt, beinhalten. Außerdem braucht es ein Bewusstsein über die begrenzten Möglichkeiten eine solche Determination auf abstrakt-theoretischer Ebene alleine bestimmen zu können – diese kann nicht isoliert von Analysen historisch-konkreter Prozesse vorgenommen werden. An diesem Punkt ist der Konnex zum Problem des Verhältnisses von Theorie und Historie gegeben. Die relativ ausführliche Auseinandersetzung mit diesen Problematiken hat, meiner Meinung nach, eine tiefgehende und umfassende Diskussion der eigentlichen Gegenstandsbereiche ermöglicht.

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Debatten und Ansätzen der mSt, im zweiten Kapitel, möchte ich folgende Punkte/Ergebnisse als besonders relevant herausstreichen: es braucht sowohl eine Staatsformanalyse, d.h. die „Ableitung“ der spezifischen politischen Form des Kapitalismus aus dessen zentralen Charakteristika, als auch, damit in Zusammenhang stehend, eine klare Definition des (Klassen-)Charakters des Staats. Ohne diese beiden Punkte wird es sowohl verunmöglicht das Verhältnis des Staats zur ökonomischen Ebene zu bestimmen, als auch die *qualitativen* historischen Veränderungen, die zur Etablierung des bkS geführt haben, zu erfassen. Ziel dieses Kapitels war es, sowohl zentrale Ansätze und Argumentationsmuster der mSt darzustellen und zu diskutieren, sowie auch die Voraussetzungen für die Bestimmung und Analyse der historischen Konstituierung bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit zu schaffen.

Im nächsten Kapitel wurden die *bürgerlichen Revolutionen* behandelt. In Auseinandersetzung mit dem Ansatz von Heide Gerstenbeger habe ich die treibenden Mechanismen und

Dynamiken hinter diesen Veränderungen in den Blick genommen, sowie die Struktur-Handlungs-Problematik anhand konkreter Prozesse diskutiert. Zusammengefasst kann als Ergebnis herausgestellt werden, dass die bR keinen automatischen Prozess oder Reflex auf „objektive“ Veränderungen darstellen, aber dennoch materielle Vorbedingungen und Widersprüche die elementare Grundlage für diese Prozesse, ihr Auftauchen und ihre Wirkungsrichtung, darstellen. Im Anschluss daran wurde der Fokus auf die konkret-historischen Prozesse in der Phase der bR gelegt und versucht zu bestimmen, wo bzw. inwieweit der bkS, als spezifische politische Form, „auftaucht“. Die Ausführungen in diesem Kapitel stellen eine notwendige Vorbedingung dar, um schließlich die zentralen Fragestellungen der Arbeit hinreichend behandeln und zu einer weiteren Klärung der Grundlagen mSt beizutragen zu können.

Im vierten und letzten Kapitel konnten so die bisherigen Diskussionspunkte und –stränge, rund um das Konzept des *Bonapartismus*, zusammengeführt werden. Dabei war eine zentrale Überlegung, dass es weder möglich, noch sehr sinnvoll ist, den historischen Zeitpunkt des „Auftauchens“ einer spezifisch kapitalistischen Staatsform genau bestimmen zu wollen. Dennoch ist ein Festhalten an der Staatsformanalyse notwendig; somit kann eine bestimmte Entwicklungsrichtung bestehender Widersprüche und ihrer politischen Bearbeitung erkannt und politische Kämpfe so in einen größeren Rahmen eingebettet werden.

Um die bisherigen Überlegungen nochmals pointiert zu diskutieren und auf den Punkt zu bringen, erscheint es mir interessant nun nochmals auf Gerstenbergers Begriff des *bürgerlichen* Staats zurückzukommen: sie sieht diesen als *direktes* Ergebnis der *bürgerlichen* Revolutionen – die Einsetzung der *Bürger* als Souverän, verknüpft mit einer öffentlichen Gewalt, d.h. dem Überwinden personaler Herrschaft. Für sie ist der bürgerliche Staat auch nur so, d.h. als Ergebnis konkreter, sehr spezifischer historischer Entwicklungen und Veränderungen, erklärbar. Die meisten nationalen kapitalistischen Staaten, gerade außerhalb des Gebiets der historischen Entstehung bürgerlicher Staatlichkeit, charakterisiert Gerstenberger nicht als simple Variante bürgerlicher, sondern als „andere kapitalistische Staaten“.³⁹⁸ Sie schlussfolgert: „Vielleicht ist es nachgerade an der Zeit, die Möglichkeit unterschiedlicher politischer Formen des Kapitalismus systematisch in Betracht zu ziehen.“³⁹⁹ Hier ist Gerstenberger, gerade gegenüber den Verkürzungen der historischen Staatsableitungsdebatte, sicherlich ein Stück weit zuzustimmen.

³⁹⁸ Gerstenberger: Die subjektlose Gewalt, a.a.O., S. 522ff

³⁹⁹ Gerstenberger: Fixierung und Entgrenzung, a.a.O., S. 194

Allerdings sind Staaten und ihre konkreten Ausformungen nicht in erster Linie Ergebnis von politisch-ideologischen Auseinandersetzungen, sondern diese Prozesse müssen vielmehr vor dem Hintergrund materieller Strukturen und Widersprüche verstanden und analysiert werden. Es ist eben *kein* Zufall, dass sich die spezifische Ausformung „westlicher“ Staaten vor allem in Ländern mit entwickelteren kapitalistischen Strukturen findet. Es wäre schon ein sehr großer historischer Zufall, dass in all diesen Ländern, und nur in diesen, politisch-ideologische Auseinandersetzungen zu dem gleichen Ergebnis (*bürgerlicher* Staat) geführt hätten – wenn dabei nicht die selben materiellen Zwänge und Entwicklungstendenzen gewirkt hätten.

Hier wird die Notwendigkeit für eine Formbestimmung deutlich: diese trifft, aufgrund der Analyse der spezifischen materiellen Konstellationen und Zwänge unter kapitalistischen Verhältnissen, allgemeine Aussagen über sich daraus ergebende Anforderungen für das Politische und bestimmte *Entwicklungstendenzen*. Hier kann dann einerseits die historische Analyse einsetzen und konkret bestimmen, sowohl wie sich diese Tendenzen niedergeschlagen haben, als auch was entgegenwirkende Ursachen waren. Andererseits wird deutlich, dass ohne Formbestimmung, d.h. ohne das Wissen über die spezifische politische Form des Kapitalismus, die aus einer abstrakt-theoretischen Analyse gewonnen werden muss, es verunmöglicht wird, die Phase der bR und die damals stattfindenden politischen Kämpfe und Konflikte in ihrem Charakter und ihrer Tragweite überhaupt erfassen zu können. Ohne einen solchen theoretischen Referenzpunkt könnte die historische Entwicklung dann nur aus sicher selbst heraus begriffen und erklärt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es sich wohl auch nicht, wie Gerstenberger meint, um unterschiedliche politische *Formen* des Kapitalismus, sondern vielmehr um unterschiedliche *Ausformungen* handelt. Diese Sichtweise bietet den Vorteil, dass die materiellen Zwänge, vor deren Hintergrund politische Auseinandersetzungen stattfinden, systematisch in Betracht gezogen werden. So kann eine politizistische Herangehensweise, die Konstruktion der Gesellschaft als zufälliges Nebeneinander verschiedener Instanzen und im Anschluss daran die Auflösung der *relativen* Autonomie des bkS in eine grundsätzliche, verhindert werden.

Im Verlauf der Arbeit habe ich auch versucht zu zeigen, dass Gerstenbergers (richtige) Kritik an den Defiziten der historischen Staatsableitungsdebatte (Unterstellung der „westlichen“ Demokratien als *die* politische Form des Kapitalismus, Sterilität, fehlender Übergang zur konkret-historischen Analyse) nicht zwangsläufig gegen die Staatsformanalyse selbst sprechen – sondern vielmehr gegen eine bestimmte Anwendung bzw. Interpretation davon.

Es wurde auch deutlich, welchen Wert eine historische Auseinandersetzung und „Grundierung“ für die mSt hat – und warum sie auch notwendig ist. Ohne eine solche bleibt die abstrakte Formbestimmung unvollständig und letztlich unklar, was eine solche überhaupt leisten kann. Gerade die Betrachtung des konkret-historischen Entwicklungswegs sollte zeigen, dass sowohl eine verkürzte, verengte Formbestimmung als auch das Fehlen einer Staatsformanalyse zu unlösbaren theoretischen Problemen führen muss. Ebenso wurde deutlich, dass sich die Bestimmung der relativen Autonomie des bkS nicht abstrakt ein für allemal festlegen lässt, sondern nach einer Analyse konkreter Situationen verlangt.

Hier bietet Poulantzas' Intervention in die Debatte um mSt, gerade sein Konzept der *Verdichtung*, einen interessanten und guten Vorstoß. Damit betont er die Einwirkungen von konkreteren Kräfteverhältnissen und deren Veränderungen auf den Staat. Allerdings habe ich auch versucht zu zeigen, dass das Konzept der *Verdichtung* auf theoretisch wackligen Beinen steht und auch nicht einfach, für die Analyse konkreter Prozesse, zur Staatsformanalyse „addiert“ werden kann. Im Verlauf der Arbeit habe ich demnach auch versucht deutlich zu machen, dass Bestimmungen auf der abstrakt-theoretischen Ebene Grenzen gesetzt sind. Eine kohärente Theorie muss sich über ihre begrenzte Erklärungskraft im Klaren sein und darlegen, an welcher Stelle ein Übergang zu einer konkreten, historischen Analyse notwendig ist.

Eine weitere Schlussfolgerung ist, dass es mehr als angebracht und an der Zeit ist, sich mit den allgemeinen wie staats-theoretischen Überlegungen bei den „Klassikern“ auch wirklich auseinanderzusetzen – und diese nicht einfach, ohne große Beschäftigung damit, als „unfertig“ und „ökonomistisch“ abzutun. Wie ich zu zeigen versucht habe, führen diese Versäumnisse, aufgrund des Umgehens elementarer Fragestellungen, einerseits zu einer mangelhaften theoretischen und methodischen Unterfütterung des eigenen Ansatzes und, gerade auch als Folge davon, andererseits zu problematischen und verkürzten Positionen und Schlussfolgerungen.

Abkürzungsverzeichnis

bkS: bürgerlich-kapitalistischer Staat

bR: bürgerliche(n) Revolutionen

kPv: kapitalistische Produktionsverhältnisse

kPw: kapitalistische Produktionsweise

mSt: materialistische(n) Staatstheorie

Pv: Produktionsverhältnisse(n)

Pw: Produktionsweise

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis: An die deutschen Leser, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 7-15
- Althusser, Louis: Vorwort: Heute, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 17-41
- Althusser, Louis: Die „philosophischen Manifeste“ Feuerbachs, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 43-51
- Althusser, Louis: Widerspruch und Überdeterminierung, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 52-99
- Althusser, Louis: Über die materialistische Dialektik, in: derselbe.: Für Marx. Suhrkamp 1968, Frankfurt am Main, S. 100-167
- Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate, in: derselbe.: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. VSA 1977, Hamburg/Westberlin, S. 108-168
- Anderson, Perry: Über den westlichen Marxismus. Syndikat 1978, Frankfurt am Main
- Callinicos, Alex: Althusser's Marxism. Pluto Press 1976, London
- Callinicos, Alex: Making History. Agency, structure and change in social theory. Polity Press 1989, Cambridge
- Demirovic, Alex: Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Westfälisches Dampfboot 2007, Münster, 2. Auflage.
- Demirovic, Alex/Hirsch, Joachim/Jessop, Bob: Einleitung der Herausgeber, in: Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA 2002, Hamburg, S. 7-34
- Eagleton, Terry: Ideologie. Eine Einführung. J.B. Metzler 2000, Stuttgart.
- Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, Dietz 1962, Berlin, S. 177-228
- Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), in: MEW 20, Dietz 1978, Berlin, S. 3-303
- Engels, Friedrich: Dialektik der Natur, in: MEW 20, Dietz 1978, Berlin, S. 305-568
- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW 21, Dietz 1981, Berlin, S. 25-173
- Engels, Friedrich: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW 21, Dietz 1981, Berlin, S. 259-307
- Engels, Friedrich: Brief an Joseph Bloch vom 21.-22.09.1890, in: MEW 37, Dietz 1967, Berlin, S.462-463
- Engels, Friedrich/Marx, Karl: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten, in: MEW 2, Dietz 1958, Berlin, S. 3-224
- Gerstenberger, Heide: Zur politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft. Die historischen Bedingungen ihrer Konstitution in den USA. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag 1973, Frankfurt am Main

- Gerstenberger, Heide: Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt. Westfälisches Dampfboot 2006, Münster, 2. Auflage
- Gerstenberger, Heide: Fixierung und Entgrenzung. Theoretische Annäherungen an die politische Form des Kapitalismus, in: PROKLA 147, Westfälisches Dampfboot 2007, Münster, S. 173-197
- Heinrich, Michael: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. Westfälisches Dampfboot 2003, Münster, 3. Auflage
- Heinrich, Michael: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Schmetterling Verlag 2004, Stuttgart
- Hirsch, Joachim: Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.): Politik, Regulation und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. VSA 1994, Hamburg, S. 157-211
- Hirsch, Joachim: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. VSA 2002, Hamburg.
- Hirsch, Joachim: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. VSA 2005, Hamburg.
- Hirsch, Joachim/Kannakulam, John: Die Räume des Kapitals. Die politische Form des Kapitalismus in der „Internationalisierung des Staates“, in: Hartmann, Eva/Kunze, Caren/Brand, Ulrich (Hrsg.): Globalisierung, Macht und Hegemonie. Westfälisches Dampfboot 2009, Münster. S. 181-211
- Hobsbawm, Eric: The Age of Empire. Vintage Books 1989, New York
- Hobsbawm, Eric: The Age of Capital. Vintage Books 1996, New York
- Hobsbawm, Eric: The Age of Revolution. Vintage Books 1996, New York
- Jessop, Bob: Holen wir den Staat zurück! Rückblicke und Perspektiven, in: derselbe: Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Argument 2007, Hamburg, S.13-38
- Jessop, Bob: Etatismus, in: derselbe: Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Argument 2007, Hamburg, S. 39-52
- Jessop, Bob: Karl Marx, in: derselbe: Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Argument 2007, Hamburg, S. 108-126
- Jessop, Bob: Über Aktualität, Vermächtnis und Aktualität von Nicos Poulantzas, in: derselbe: Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Argument 2007, Hamburg, S. 152-182
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Passagen 2006, Wien, 3. Auflage
- Lenin, W.I.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, in: LAW, Band 3, Dietz 1975, Berlin, S. 461-584
- Mandel, Ernest: Einführung in den Marxismus. Isp 2002, Köln, 7. Auflage
- Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts (§§261-313), in: MEW 1, Dietz 1972, Berlin, S. 201-333
- Marx, Karl: Zur Judenfrage, in: MEW 1, Dietz 1972, Berlin, S. 347-377
- Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW 1, Dietz 1972, Berlin, S. 378-391

- Marx, Karl: Thesen über Feuerbach, in: MEW 3, Dietz 1978, Berlin, S. 5-7
- Marx, Karl: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, in: MEW 4, Dietz 1959, Berlin, S. 63-182
- Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, Dietz 1960, Berlin, S. 111-207
- Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW 13, Dietz 1985, Berlin, S. 7-11
- Marx, Karl: Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie], in: MEW 13, Dietz 1985, Berlin, S. 615-642
- Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, Dietz 1962, Berlin, S. 11-32
- Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW 17, Dietz 1979, Berlin, S. 313-365
- Marx, Karl: Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“, in: MEW 17, Dietz 1979, Berlin, S. 572-610
- Marx, Karl: Vorwort zur ersten Auflage, in: MEW 23, Dietz 1969, Berlin, S. 11-17
- Marx, Karl: Nachwort zur zweiten Auflage, in: MEW 23, Dietz 1969, Berlin, S. 18-28
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, MEW 23, Dietz 1969, Berlin.
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, MEW 25, Dietz 1969, Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: MEW 3, Dietz 1978, Berlin, S. 9-530
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, Dietz 1959, Berlin, S. 459-493
- Merkens, Andreas/Rego Diaz, Victor (Hrsg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Argument 2008, Hamburg, 2. Auflage
- Münker, Stefan/Roesler, Alexander: Poststrukturalismus. Metzler 2000, Stuttgart
- Poulantzas, Nicos: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag 1974, Frankfurt am Main
- Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA 2002, Hamburg
- Scharinger, Manfred: Geschlechterverhältnisse bei Marx und Engels. Eine kritische Auseinandersetzung. RSO 2007, Wien
- Stojanovic, Christina: Die Entwicklung der Staatstheorie bei Marx und Engels, in: Arbeitsgruppe Marxismus (Hrsg.): Der „reale Sozialismus“. Marxismus Nr. 2, AGM 1994, Wien, S. 76-90
- Trotsky, Leo: Ergebnisse und Perspektiven, in: Trotsky, Leo: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution. Europäische Verlagsanstalt 1971, Frankfurt am Main, 1-136
- Woods, Alan/Grant, Ted: Aufstand der Vernunft. Marxistische Philosophie und moderne Wissenschaft. Promedia 2002, Wien

Wegner, Eric: Marxtische Revolutionstheorie in der Arbeiterbewegung der letzten 150 Jahre, in: Arbeitsgruppe Marxismus (Hrsg.): Revolutionen nach 1945. Marxismus Nr. 13, AGM 2001, Wien, 2. Auflage, S. 9-99

Wippermann, Wolfgang: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels. Klett-Cotta 1983, Stuttgart

ABSTRACT

In vorliegender Arbeit werden verschiedene Seiten der Debatte um materialistische Staatstheorie aufgeworfen und diskutiert. Das Forschungsinteresse gilt dabei besonders stark der Frage, welche Rolle der historische Prozess der Konstituierung bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit für eine materialistische Staatstheorie spielt bzw. spielen sollte. Am Beginn steht eine Diskussion der theoretischen und methodischen Grundlagen materialistischer Staatstheorie. Dabei wird diskutiert, wie überhaupt an eine materialistische Theorie des Staats herangegangen werden muss, als auch, welche theoretischen und methodischen Grundannahmen einem solchen Unterfangen zugrunde liegen müssen. Dies geschieht in der Auseinandersetzung mit Überlegungen bei Karl Marx und Friedrich Engels, sowie bei Luis Althusser und Michael Heinrich. Es wird argumentiert, dass einer historisch-materialistischen Analyse die Annahme einer *determinierenden* Wirkung „der Ökonomie“ zugrunde liegen muss. Eine solche Annahme muss notwendigerweise aber auch eine genauere Bestimmung beinhalten, worin diese besteht und wie sich diese auswirkt. Außerdem braucht es ein Bewusstsein über die begrenzten Möglichkeiten eine solche Determination auf abstrakt-theoretischer Ebene alleine bestimmen zu können – diese kann nicht isoliert von Analysen historisch-konkreter Prozesse vorgenommen werden. Im zweiten Kapitel werden verschiedene Ansätze und Debatten der materialistischen Staatstheorie vorgestellt und diskutiert (dabei wird besonders auf die Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels, sowie Nicos Poulantzas und Joachim Hirsch eingegangen). Als zentral wird dabei herausgestellt, dass sowohl eine Staatsformanalyse, d.h. die „Ableitung“ der spezifischen politischen Form des Kapitalismus aus dessen zentralen Charakteristika, als auch, damit in Zusammenhang stehend, eine klare Definition des (Klassen-)Charakters des Staats notwendig sind. Ohne diese beiden Punkte wird es sowohl verunmöglicht, das Verhältnis des Staats zur ökonomischen Ebene zu bestimmen, als auch die *qualitativen* historischen Veränderungen, die zur Etablierung des bürgerlich-kapitalistischen Staats geführt haben, zu erfassen. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit dem Themenkomplex *bürgerliche Revolutionen*, also dem Prozess der historischen Konstituierung bürgerlich-kapitalistischer Staaten. In Auseinandersetzung mit dem Ansatz von Heide Gerstenberger, wie er in ihrer Arbeit *Die subjektlose Gewalt* dargelegt wird, werden die treibenden Mechanismen und Dynamiken hinter diesen Veränderungen in den Blick genommen, sowie die Struktur-Handlungs-Problematik anhand konkreter Prozesse diskutiert. Zusammengefasst kann als Ergebnis herausgestellt werden, dass die bürgerlichen Revolutionen keinen automatischen Prozess oder Reflex auf „objektive“ Veränderungen darstellen, aber dennoch materielle Vorbedingungen

und Widersprüche die elementare Grundlage für diese Prozesse, ihr Auftauchen und ihre Wirkungsrichtung, darstellen. Im Anschluss daran wird, mit Bezug auf die Arbeiten von Eric Hobsbawm, der Fokus auf die konkret-historischen Prozesse in der Phase der bürgerlichen Revolutionen gelegt und versucht zu bestimmen, wo bzw. inwieweit der bürgerlich-kapitalistische Staat, als spezifische politische Form, seine Wirkung entfaltet. Im vierten und letzten Kapitel werden die bisherigen Diskussionspunkte und –stränge, rund um das Konzept des *Bonapartismus*, zusammengeführt. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass eine Auseinandersetzung mit der „historischen Dimension“, d.h. den Prozessen der historischen Konstituierung des bürgerlich-kapitalistischen Staats, eine Notwendigkeit für eine umfassende und kohärente materialistische Staatstheorie darstellt. Gerade durch die Betrachtung des konkret-historischen Entwicklungswegs soll gezeigt werden, dass sowohl eine verkürzte, verengte Formbestimmung als auch das Fehlen einer Staatsformanalyse zu unlösbaren theoretischen Problemen führen müssen. Es wird argumentiert, dass ohne Formbestimmung, d.h. ohne das Wissen über die spezifische Form des Politischen im Kapitalismus, die aus einer abstrakt-theoretischen Analyse gewonnen werden muss, es verunmöglicht wird, die Phase der bürgerlichen Revolutionen und die damals stattfindenden politischen Auseinandersetzungen und Konflikte in ihrem Charakter und ihrer Tragweite überhaupt erfassen zu können. Ein weiteres Argument ist, dass es jedoch weder möglich, noch sehr sinnvoll ist, den historischen Zeitpunkt des „Auftauchens“ einer spezifisch kapitalistischen Staatsform genau bestimmen zu wollen – mit Hilfe der Formbestimmung können vielmehr Entwicklungstendenzen erkannt und in einen größeren Rahmen eingebettet werden. Im Verlauf der Arbeit wird die Argumentation entwickelt, dass sich die Notwendigkeit einer theoretischen Bearbeitung des historischen Prozesses der Konstituierung bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit aus dem Umstand ergibt, dass die abstrakt-theoretische Analyse nur über begrenzte Erklärungskraft verfügt und deswegen nach einer Rückbindung an die Betrachtung konkret-historischer Prozesse verlangt.

LEBENS LAUF

Name		Johannes Pardatscher
Geburtsdatum		20. Juni 1984
Ausbildung	9/1990-6/1994	Volksschule Anton-Bruckner-Gasse, Klosterneuburg
	9/1994-6/1998	BRG Klosterneuburg
	9/1998-6/2003	HLT Tourismusschule Wassermann-gasse, Wien 21
	10/2003-9/2004	Zivildienst, Rotes Kreuz Klosterneuburg
	10/2004-9/2005	Studium Philosophie, Universität Wien
	10/2005-1/2011	Studium Politikwissenschaft, Universität Wien
Beruflicher Werdegang	6/2000-8/2000	Ferialpraxis im Servicebereich, Restaurant „Kaiserbahnhof“, Laxenburg
	6/2001-8/2001	Ferialpraxis im Servicebereich, Restaurant „Wallse“, New York
	6/2002-7/2002	Ferialpraxis im Servicebereich, Café Epicur, Klosterneuburg
	seit 9/2007	Trainer am BAZ (Berufsausbildungszentrum) des BFI Wien im Bereich Primärtraining